Dienstag, 8. November 1983 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 — Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 261 - 45.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Türkei: Die ersten Parlamentswahlen seit dem Militärputsch wurden zum Fiasko für die Generäle: Die von ihnen favorisierte Nationaldemokratische Partei erhielt eine klare Absage. Mit einer absoluten Mehrheit von voraussichtlich 212 Mandaten bildet die liberal-konservative Mutterlandpartei unter dem früheren Wirtschaftsminister Özal allein die neue Regierung.

Drahtzieher Libyen: In Katar wurde ein Bombenattentat auf den Gipfel des Kooperationsrats der Golfstaaten vereitelt. Das Tagungshotel in Doha sollte in die Luft gesprengt werden. Hinter dem Komplott stand nach Auskunft informierter Kreise Libyen.

Parade ohne Andropow: Erstmals seit den Zeiten Lenins fehlte auf der Ehrentribüne in Moskau bei der Parade zum Jahrestag der Oktoberrevolution der Parteichef. Andropows Sohn trat in Helsinki Spekulationen um eine schwere Erkrankung entgegen: Seinem Vater gehe es „nicht schlecht".

Weinberger: Der US-Verteidigungsminister hat eine militärische Intervention in Nicaragua indirekt nicht ausgeschlossen. Diese Frage habe sich nicht ergeben, sei aber auch nicht auszuschließen, sagte er.

Syrien macht mobil: Seit gestern ruft der staatliche Rundfunk die Reservisten mit verschlüsselten Signalen zu ihren Einheiten. Sämtliche Truppenteile sind in voller Alarmbereitschaft. Aus informierten Kreisen verlautete, dies geschehe „angesichts amerikanischer und israelischer Truppenkonzentrationen, die auf einen Angriff gegen Syrien hinauslaufen".

Kohl weist Kritik zurück: Der Kanzler verteidigt die von CSU-Chef Strauß kritisierte Stimmenthaltung der Bundesrepublik Deutschland bei der UN-Abstimmung über die US-Intervention in Grenada: Nur der Kanzler bestimme die Richtlinien der Politik.

CSU gegen Genscher: Nach dem Routinetreffen der CSU-Minister mit Parteichef Strauß in München kritisiert Staatssekretär Stoiber neben der Haltung des Außenministers im Grenada-Konflikt die Personalpolitik Genschers zugunsten von FDP und von Anhängern der alten sozial-liberalen Koalition.

Heute: US-Präsident Reagan beginnt Asien-Besuch in Tokio. – Premierministerin Thatcher zu deutsch-britischen Konsultationen in Bonn. – Fachkongreß der CDU über europäische Sicherheit. – Entscheidung des Gesamtbetriebsrats von Arbed Saarstahl über Kürzungen im Sozialplan.

ZITAT DES TAGES



„Der Kampf der Afghanen ist der eines Volkes, das die Vorherrschaft ablehnt. Dieser Kampf kann uns vielleicht peinlich sein, weil er daran erinnert, daß wir selbst häufig uns aufgezwungene Lösungen annehmen."

Die frühere Präsidentin des Europa-Parlaments, Simone Veil, über den afghanischen Widerstand

FOTO: WOLFGANG ZIEGLER

WIRTSCHAFT

Revierkonjunktur: Die Ruhrwirtschaft hat sich seit dem Frühjahr weiter erholt, doch kam es vor allem wegen der Probleme bei Kohle und Stahl bis Herbst nicht zum entscheidenden Durchbruch. (S. 11)

Veba: Der umsatzstärkste deutsche Mischkonzern rechnet für 1983 mit einem deutlich verbesserten Ergebnis. Es wird wieder eine Dividende von 7,50 DM pro 50-DM-Aktie gezahlt.

Arbeitszeit: Mindestens 370 000 und maximal drei Millionen neue Vollarbeitsplätze sind möglich, wenn die Wochenarbeitszeit bei entsprechenden Einkommensabschlägen freiwillig und flexibel um fünf Stunden reduziert würde, errechnete das Institut der deutschen Wirtschaft.

Autoversicherer: Das Bundesaufsichtsamt hat den Antrag des Marktführers Allianz auf Prämienzuschläge für Ausländer abgelehnt. (S. 11)

Börse: Schleppendes Geschäft an den Aktienmärkten führte zum teilweisen Nachgeben der Kurse. Auch der Rentenmarkt gab nach. WELT-Aktienindex 144,7 (145,6). Dollarmittelkurs 2,6828 (2,6632) Mark. Goldpreis pro Feinunze 379,00 (381,00) Dollar.

KULTUR

Robert-Koch-Preis: Die mit 80 000 Mark dotierte Auszeichnung erhielten der deutsche Mikrobiologe Werner Goebel (Universität Würzburg) und der amerikanische Mediziner Robert Weinberg (Universität Cambridge.)

Film: Zum Abschluß der 25. Nordischen Filmtage in Lübeck wurde der norwegische Spielfilm „Die Piraten" des Regisseurs Morten Kohlstad mit dem Publikumspreis „Die Lübecker Filmlinse" geehrt. (S. 17)

SPORT

Ski alpin: Wegen angeblicher Werbetätigkeiten wurde die zweimalige Olympiasiegerin Hanni Wenzel (Liechtenstein) vom olympischen Wettbewerb ausgeschlossen. Die Liechtensteinerin hat Einspruch erhoben. (S. 9)

Handball: Rumänien gewann in Dortmund das Finale um den Supercup gegen die Sowjetunion mit 26:25 nach Verlängerung. UdSSR-Trainer Jewtuschenko: „Jetzt sind die Rumänen Olympia-Favorit Nummer eins."

AUS ALLER WELT

Fünf Tote: Beim Absturz eines Lufttaxis beim Anflug auf den Frankfurter Flughafen sind alle Insassen ums Leben gekommen. Die einmotorige Maschine, die aus Venedig kam, war bei Nebel offenbar stark vom Kurs abgekommen.

Vor dem Kollaps?: Die Severin-Bridge zwischen Südengland und Wales, als Jahrhundert-Bauwerk gefeiert, droht nach 17jähriger Benutzung einzustürzen. (S. 18)

Wetter: Wolkenarm und sonnig. Frühnebel, 8 bis 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Werden Ankaras Generale das neue Parlament akzeptieren?

Wahlsieger Özal will West-Bindung „stabilisieren" / Schlappe für Junta

E. ANTONAROS/DW. Ankara

Der unerwartet hoch ausgefallene Wahlsieg der türkischen Mutterlandpartei des ehemaligen Vizepremiers Turgut Özal bedeutet: Die Türken haben sich mehrheitlich und mit aller Deutlichkeit für eine Rückkehr zur Normalität, zum gemäßigten Parlamentarismus, entschieden.

Staatspräsident General Kenan Evren hatte am Vorabend der Wahlen dazu aufgefordert, für den Kandidaten der Nationaldemokratischen Partei, General Turgut Sunalp, zu stimmen. Evren kritisierte Özal, weil dieser den Wählern „unerfüllbare Versprechungen" gemacht habe. Insofern kommt Özals Wahlsieg einer Ohrfeige für die Generale gleich.

Ein westlicher Diplomat erklärte in Ankara: „Nun kommt es darauf an, was die Generale als nächstes unternehmen." Ihre Haltung wird in der Tat ein Test dafür sein, ob diese Wahl der erste Schritt zur Demokratie oder nur ein weiterer Akt eines unglaubwürdigen Theaterstücks ist. Die Kardinalfrage lautet: Werden die Generale von ihrem Recht Gebrauch machen, vor dem Zusammentreten des neuen Parlaments gewählte Kandidaten abzulehnen?

Nach Auszählung von 90 Prozent der Stimmen hatte Özals Mutterlandpartei 172 der bisher vergebenen 330 Parlamentssitze erhalten. Rund 45 Prozent der Wähler sprachen sich somit für Özals Partei aus. Insgesamt scheint ihr die absolute Parlamentsmehrheit – vermutlich 212 von 400 Sitzen – sicher.

Auf Platz zwei kam bei diesem Auszählungsstand mit 97 Sitzen und 30,4

SEITE 2:
Die Türken: Diszipliniert

Prozent der Stimmen die Populistische Partei unter Necdet Calp. An dritter und letzter Stelle lag Sunalps NDP mit 61 Sitzen und 23,3 Prozent der Stimmen. Weniger als 5 Prozent der Wähler enthielten sich der Stimme oder gaben ungültige Wahlzettel ab. Da zwölf von 15 Parteien die Teilnahme an den Wahlen verwehrt worden war, hatten konservative und sozialdemokratische Kreise zum Wahlboykott aufgerufen.

Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur erklärte der Wahlsieger, die Türkei werde unter einem Ministerpräsidenten Özal eine aktivere Außenpolitik vor allem gegenüber dem Westen anstreben als bisher. Hauptaufgabe der türkischen Politik bleibe die „Stabilisierung unseres Verhältnisses zum Westen, zur NATO und zur EG", auch wenn die Beziehungen zur islamischen Welt stärker geworden seien. Schwerpunkte der künftigen Innenpolitik würden die Bewahrung des inneren Friedens, der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Reform der Bürokratie sein.

Sein Verhältnis zu Evren bezeichnete Özal als „vernünftig". Der Präsident werde aufgrund der neuen türkischen Verfassung in den noch verbleibenden sechs Amtsjahren im Verhältnis zur Regierung viel Macht haben. Doch, so Özal, habe er den Staatschef in den 22 Monaten seiner Tätigkeit als Vizepremier und Wirtschaftsminister als einen Mann kennengelernt, der „sich von sachlichen Argumenten überzeugen läßt und auch seine Meinung ändern kann".

Wie in Brüssel aus EG-Kreisen verlautete, sieht die EG-Kommission auch nach der Parlamentswahl in der Türkei keinen Anlaß, die im Finanzprotokoll mit Ankara vereinbarte Hilfe von über 1,3 Milliarden Mark freizugeben. Zwar sei die Wahl eine „positive Entwicklung", doch werde die Kommission erst „im Lichte der Fortschritte" bei der Verwirklichung der demokratischen Rechte und der Menschenrechte die Möglichkeit einer Neubelebung ihrer Beziehungen zur Türkei prüfen.

Kohl weist die Kritik von Strauß zurück

Kanzler nimmt Genscher in Schutz: Grenada-Erklärung „einvernehmlich besprochen"

BERNT CONRAD, Bonn

Mit ungewöhnlicher Schärfe hat Bundeskanzler Kohl gestern Kritik aus den Reihen der Union gegen die Bonner Haltung in der Grenada-Frage zurückgewiesen. Kohl blieb bei seiner Erklärung, die – vor allem von CSU-Seite kritisierte – Stellungnahme zur militärischen Intervention der USA sei im Bundeskabinett „einvernehmlich besprochen" worden.

Der Kanzler verteidigte sowohl die von Strauß kritisierte Stimmenthaltung der Bundesrepublik Deutschland in der UNO-Vollversammlung als auch die Aussage, die Bundesregierung hätte von einem Eingreifen in Grenada abgeraten, wenn sie vorher konsultiert worden wäre. Die Stimmenthaltung in der UNO nannte Kohl eine „kluge Entscheidung". Den Amerikanern hätte er „eine Menge Anregungen gegeben, was man anders machen könnte". Er werde das aber nicht öffentlich, sondern intern dem heute in Bonn erwarteten

SEITE 2:
Subversion, vertragsgemäß
Seite 10:
Grenada vor neuer Regierung

stellvertretenden amerikanischen Außenminister Kenneth Dam mitteilen. Danach werde die Bundesregierung auch ein abschließendes Urteil abgeben können.

Auf einer Pressekonferenz, nur wenige Stunden nach der Rückkehr von einer Asien-Reise, versicherte der Bundeskanzler: „In unserer Amerika-Freundlichkeit sind wir, auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, von niemandem in der Bundesrepublik Deutschland zu übertreffen." Und er fügte hinzu: „Wir brauchen von überhaupt niemandem in der Bundesrepublik politischen Nachhilfeunterricht. Wer in diesem Staat Bundeskanzler ist, steht in der Verfassung, und er bestimmt die Richtlinien der Politik. So wird es auch bleiben."

Den Parlamentarischen Staatssekretär Spranger (CSU), der sich in Grenada über die Situation persönlich informiert hatte, habe er noch nicht gesprochen, sagte der Kanzler auf der Pressekonferenz. Mit dem Kanzleramt sei Sprangers Reise vorher nicht abgestimmt worden. Im übrigen vertrat Kohl die Auffassung, mit der von Genscher im Bundestag dargelegten Haltung zu Grenada stehe die Bundesregierung in einer „erstklassigen Position".

Ustinow beherrschte die Moskauer Szene

Kreml-Chef Andropow fehlte auch bei der Parade auf dem Roten Platz

DW. Moskau

Der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow fehlte auch gestern bei der traditionellen Militärparade zum Jahrestag der Oktober-Revolution auf dem Roten Platz in Moskau. Bereits am vergangenen Samstag hatte Andropow nicht an der Kreml-Feier zum Revolutionstag teilgenommen. In Moskau kursierten Informationen, wonach sich der 69jährige Andropow seit August an seinem Urlaubsort in Kaukasus aufhalte. Igor Andropow, der Sohn des sowjetischen Staats- und Parteichefs, beantwortete gestern in Helsinki eine Journalistenfrage nach dem Gesundheitszustand seines Vaters mit der Kurzformel, dem Kreml-Chef gehe es „nicht schlecht".

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Jurij Andropow, in 66 Jahren erst der vierte Spitzenmann des Regimes, wurde durch ein chronisches Leiden daran gehindert, die Militärparade auf dem Roten Platz abzunehmen. Doch das eingespielte Zeremoniell lief ab, als stünde Andropow inmitten der Kreml-Führung auf der Balustrade des Lenin-Mausoleums.

Mit keinem Wort haben die sowjetischen Medien bisher davon Kenntnis genommen, daß der 69jährige Partei- und Staatschef seit nunmehr 82 Tagen öffentlich nicht mehr in Erscheinung getreten ist. Keine Grußbotschaft, keine Genesungswünsche – offiziell ist alles in Ordnung. „Eine Erkältung", auf diese Erklärung wurden die Funktionäre des Apparats eingeschworen, die neugierigen Ausländern mit Auskünften zu dienen haben.

Aus ihren Kreisen kamen bis zum Wochenende gelegentlich auch zuversichtliche Hinweise, die sicherheitshalber als „persönliche Ansichten" ausgegeben wurden: Andropow werde wohl am 7. November dabeisein. Indizien dafür, daß bis zuletzt versucht wurde, den Eklat zu vermeiden? Dafür spricht auch, daß die zehn verbliebenen Mitglieder des Politbüros und die Spitzenmilitärs diesmal nicht die Außentreppe des Mausoleums benutzten.

Vor einem Jahr, drei Tage vor seinem Tode, hatte Leonid Breschnew diesen beschwerlichen Weg ebenso auf sich genommen wie sein Nachfolger Andropow am 1. Mai dieses Jahres. Ausländische Diplomaten und Korrespondenten, auf den benachbarten Tribünen postiert, konnten aus nächster Nähe beobachten, wie

● Fortsetzung Seite 10

Arbed: Regierung setzt eine letzte Frist bis heute

Mk. Bonn

Heute fällt die endgültige Entscheidung über das Schicksal von Arbed Saarstahl. Um 12 Uhr läuft die Frist ab, die gestern die Bundesregierung und die Regierung des Saarlandes den Betriebsräten und der Geschäftsführung des Unternehmens gesetzt hatten. Bis dahin muß Einvernehmen über den Abschluß eines Sozialplanes erzielt werden, der Abfindungsvergütungen von durchschnittlich 82 Prozent des letzten Nettoentgelts für ausscheidende Arbeitnehmer vorsieht. Nur bei Annahme dieser Sozialplan-Regelung durch die Betriebsräte, dies machten Ministerpräsident Zeyer und Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff unmißverständlich klar, könne das Unternehmen mit weiteren umfangreichen Hilfen des Landes und des Bundes rechnen.

Da zuvor keine Einigung zwischen Firmenleitung und Betriebsräten erreicht werden konnte, wurde gestern nachmittag die im Betriebsverfassungsgesetz vorgesehene Einigungsstelle zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern angerufen.

Seite 11: Der Fortbestand

„Waffenembargo gegen Argentinien soll bleiben"

DW. London

Die britische Premierministerin Thatcher hat die USA vor einer Aufhebung des Waffenembargos gegen Argentinien gewarnt. In einem Interview mit der Londoner Zeitung „Daily Mail" sagte Frau Thatcher, ein solcher Schritt würde den nach der US-Intervention in Grenada in Großbritannien um sich greifenden „Antiamerikanismus" noch weiter verstärken und auch die Stationierung amerikanischer Marschflugkörper erschweren. Die Sonderbeziehungen zwischen Großbritannien und den USA würden Schaden nehmen.

In der britischen Presse waren Berichte erschienen, wonach die US-Regierung nach der Rückkehr Argentiniens zu einer demokratischen Regierungsform eine Aufhebung des Embargos beabsichtigt, das vom früheren Präsidenten Carter aus Protest gegen die Menschenrechtsverletzungen des Militärregimes in Buenos Aires verhängt worden war. Die Militärs haben nach dem Wahlsieg Raul Alfonsin bei den Wahlen vom 30. Oktober angekündigt, im Dezember die Macht in die Hände der Zivilisten zurückgeben zu wollen.

Mobilmachung in Syrien angeordnet?

dpa, Damaskus

Nach zuverlässigen Anzeichen hat Syrien gestern die Mobilmachung angeordnet. Der staatliche Rundfunk sendete wiederholt verschlüsselte Aufrufe für Reservisten, sich bei ihren Einheiten zu melden.

Eine amtliche Bestätigung für die Mobilmachung wurde nicht gegeben. Informierte Quellen wiesen jedoch darauf hin, daß die Entsendung eines amerikanischen Flottenverbandes ins östliche Mittelmeer, Drohungen amerikanischer Regierungskreise und wiederholte US-Aufklärungsflüge über Libanon für Syrien darauf hindeuteten, daß „Washington eine Aggression gegen Syrien" vorbereite.

Die bisher größte Übung zur Mobilmachung seit fünf Jahren kündigte ein israelischer Militärsprecher ebenfalls gestern an. Von der Generalmobilmachung, die innerhalb von 24 Stunden erfolgen kann, werden insgesamt rund 400 000 Personen betroffen sein.

In Washington schloß der Chef des Vereinigten Generalstabs, General John Vessey, eine amerikanische Strafaktion gegen die Urheber der Anschläge in Beirut nicht aus.

Seite 3: In der Schlacht

DER KOMMENTAR

Mißklang

HERBERT KREMP

Um den Doppelbeschluß geht es in Bonn nicht mehr – an ihn hält man sich in seinen beiden Teilen –, jetzt geht es vordringlich um den Doppelton in der Koalition, den man als dissonant empfindet. Thema des Mißklangs: Grenada, das geographisch fern liegt, uns aber politisch nahegeht, weil die Vereinigten Staaten dort gehandelt haben – allen Indizien nach zu Recht, gestern fand man dort ein Massengrab.

Bundeskanzler Kohl, gerade aus Asien zurückgekehrt, erklärte gestern vor der Presse, in der Kabinettssitzung vom 26. Oktober – einen Tag nach dem Eingreifen der USA in der Karibik – habe hinsichtlich der ersten Stellungnahme der Regierung „Übereinstimmung" geherrscht. Beim üblich gewordenen Jour fixe mit Franz Josef Strauß in München erklärten die CSU-Minister derselben Regierung jedoch etwas anderes. Sie hätten sich zwar „wiederfinden" können in dem, was der Kanzler in der Kabinettssitzung gesagt habe, aber nicht in dem, was der Bundesaußenminister nach Tisch verlautbaren ließ: daß Bonn den Amerikanern „abgeraten" hätte, wäre man vorher gefragt worden.

Damit der Herbst nicht zu kühl wird, schob die CSU noch einige Briketts nach: Sie kritisierte die Stimmenthaltung der Bundesrepublik beim Grenada-Votum der UNO und attackierte Genschers Personalpolitik bei der Besetzung wichtiger Botschaften. In vier Fällen habe der Außenminister sozialdemokratisch etikettierte Beamte ins Ausland entsandt, während qualifizierte Unions-Beamte übergangen worden seien. Die Vorwürfe, so energisch vorgetragen wie noch nie, werden für eine erhebliche Rauchentwicklung unter dem Koalitionsdach sorgen. Wer dieser Bundesregierung nicht übelwill und das Ausmaß der Probleme kennt, vor denen sie steht, fragt sich beklommen nach der weiteren Entwicklung. Der Bundeskanzler steht fest zu Genscher, den er aus verschiedenen Gründen, auch solchen der Kabinettsraison, für seinen ersten Koalitionspartner hält. Im gleichen Maße verschärfen sich die Spannungen zwischen CSU und FDP, wobei sowohl Gründe wie Hintergründe eine Rolle spielen. Der Kanzler beruft sich auf die Richtlinienkompetenz, was sein gutes Recht ist, kann damit aber den inneren Frieden in der Koalition nicht herstellen, von dem die Arbeitsfähigkeit der Regierung abhängt.

Erstaunlich: Grenada führt zum Streit zwischen den Regierungsparteien. Das macht es sehr schwer herauszufinden, welchen Rat die Regierung den USA gegeben hätte, wären diese vor Grenada vorstellig geworden.

CSU-Minister gehen offen auf Distanz zu Genscher

Scharfe Kritik auch an Personalpolitik des Außenministers

PETER SCHMALZ, München

Die CSU ist offenbar entschlossen, tiefgreifende politische Meinungsverschiedenheiten mit dem FDP-Vorsitzenden und Außenminister Hans-Dietrich Genscher öffentlich auszutragen. Nach dem gestrigen „Jour fixe" der CSU-Bundesminister mit Franz Josef Strauß in der bayerischen Staatskanzlei rügten führende CSU-Politiker neben Genschers Haltung im Grenada-Konflikt auch die Personalpolitik des Auswärtigen Amtes.

Bei der Besetzung deutscher Botschaften im Ausland betreibe Genscher nach wie vor eine massive Personalpolitik für die FDP und für Anhänger der früheren Koalition mit der SPD, erklärte Staatssekretär Edmund Stoiber nach der Münchner Sitzung vor Journalisten.

Seine abweichende Haltung zu Genscher sah Strauß gestern durch erste Informationen gerechtfertigt, die der Parlamentarische Staatssekretär Carl-Dieter Spranger (Bundesinnenministerium) nach einem überraschenden Besuch in Grenada telefonisch seinem Parteifreund Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann übermittelt hatte. Der Minister berichtete während des Münchner Treffens von sechs großen Hallen, die Spranger bis an die Decke mit Waffen gefüllt gesehen hatte. CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel nach der Sitzung: „Was vorgefunden wurde, geht weit über das hinaus, was der Öffentlichkeit bisher bekannt ist."

Die vier anwesenden CSU-Minister – Bundesbauminister Schneider war verhindert, – beteuerten ihrem Parteivorsitzenden, die Grenada-Diskussion im Bundeskabinett sei anders verlaufen, als es die anschließende Erklärung Genschers habe erkennen lassen. Waigel nach der Sitzung: „Die Minister konnten sich wiederfinden in dem, was der Bundeskanzler im Kabinett gesagt hat, aber nicht in dem, was der Bundesaußenminister danach verlautbart hat." Die CSU teile die Meinung Genschers nicht und finde es auch nicht gut, daß sich die Bundesrepublik Deutschland in der UNO der Stimme enthalten hat.

Edmund Stoiber, der als engster Mitarbeiter von Strauß gilt, verstärkte anschließend die Kritik an dem FDP-Vorsitzenden. Nachdem in der Union seit geraumer Zeit die Personalpolitik des Auswärtigen Amtes intern kritisiert wird, attackierte Stoiber den Koalitionspartner in dieser Sache nun erstmals öffentlich. „Mit gewissem Interesse und gewisser Sorge" betrachte man Genschers Personalpolitik. Auf die Bitte von Journalisten, Namen zu nennen, ließ sich Stoiber aus seinem Büro eine Liste bringen, aus der er vier Fälle vorlas, in denen SPD-Mitglieder zu Botschaftern berufen wurden: Wolfgang Behrends für Kanada, Gerhard Ritzel, der frühere persönliche Referent von Willy Brandt, für Schweden, von der Gablentz für die Niederlande und Horst Grabert für Budapest.

Stoiber: „Wir halten sie (die Diplomaten) an diesen Plätzen im Sinne der Union für problematisch." Unionsmitglieder, die für solche Berufungen qualifiziert wären, seien übergangen worden; die Union müsse stärker zum Zug kommen.

Afghanische Flüchtlinge brauchen weitere Hilfe

Neue Zahlen / Rückkehr vorläufig nicht in Sicht

DW.AFP, Genf/Bonn

Ein Drittel der afghanischen Bevölkerung lebt nach Angaben des „Internationalen Afghanistan-Büros" derzeit im Exil. Auf einer am Wochenende in Genf von diesem Büro veranstalteten Konferenz erklärte der Vizepräsident der Organisation, Jean Elleinstein, „mit 4,5 Millionen Flüchtlingen in pakistanischen und iranischen Lagern sei Afghanistan eines der „großen Probleme unserer Zeit".

Die von dem Afghanistan-Büro angegebenen neuen Flüchtlingszahlen sind deutlich höher als die des UN-Hochkommissariats für Flüchtlingsfragen, das bislang von 2,1 Millionen Flüchtlingen in Pakistan und 50 000 Afghanen in Iran ausging.

Von der Genfer Konferenz wird keine politische Antwort auf die afghanische Flüchtlingsfrage erwartet. Die Teilnehmer an der Gesprächsrunde waren sich aber einig, daß der Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Land die Voraussetzung für die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat ist. In diesem Zusammenhang verwies auch die frühere Präsidentin des EG-Parlaments, Simone Veil, in ihrer Rede auf die moralische und politische Bedeutung des afghanischen Widerstandes: „Der Kampf der Afghanen ist der eines Volkes, das die Vorherrschaft ablehnt. Dieser Kampf kann uns vielleicht peinlich sein, weil er daran erinnert, daß wir häufig uns aufgezwungene Lösungen annehmen."

In seiner Schlußbilanz plädierte das Afghanistan-Büro für eine weitere und stärkere humanitäre Hilfe. Aus der Bundesrepublik flossen den Flüchtlingen allein über die parteipolitisch neutrale Organisation „Help"-Hilfe zur Selbsthilfe e. V. im vergangenen Jahr rund 1,9 Millionen Mark zu. Schwerpunkte der unter dem Motto „Deutsche helfen Afghanistan" geleisteten humanitären Hilfe sind dabei die handwerkliche Ausbildung von Jugendlichen und die medizinische Versorgung. Die Leistungen der Bundesregierung betrugen 1981 rund sieben und 1982 9,8 Millionen Mark. Für Projekte in Flüchtlingslagern und Nahrungsmittelhilfe brachte die Bundesregierung in den beiden vergangenen Jahren zusätzlich mehr als 60 Millionen Mark auf.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rüstungs-Dialektik

Von Herbert Kremp

In der verkürzten Form der Agenturberichte über den Besuch des Präsidenten der Europäischen Gemeinschaft, Gaston Thorn, in China kommt eine Zustimmung Pekings zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa zum Ausdruck. Deng Xiaoping betrachtet nach diesen Berichten die Dislozierung als „unvermeidlich", weil ein „Nachholbedarf" vorliege. Gleichzeitig äußert Peking jedoch für die Friedensbewegung am entgegengesetzten Ende des Kontinents jenes populistische Verständnis, auf das man in China stets rechnen kann, wenn „Volk" auf die (kapitalistische) Straße geht. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Maßgebend für China ist die „dritte Position", die seine Führer einnehmen wollen. Der Grundgedanke ist einfach: Vom Reich der Mitte aus betrachtet, konkurrieren zwei Supermächte, *die USA und die Sowjetunion, um die Vorherrschaft.* Sie verfügen beide über große Atompotentiale, mit deren Hilfe sie aus dieser Sicht versuchen, in Europa und in der ganzen Welt die nukleare Hegemonie zu erringen. Nach außen behaupteten sie (wie in Genf), das „Gleichgewicht" wiederherstellen zu wollen, in Wirklichkeit trachteten sie nach „Überlegenheit". Das gegenseitige Hochschaukeln fördere die Kriegsgefahr. Daraus erkläre sich die Friedensbewegung. Da aber keine Supermacht der anderen nachstehen wolle, sei die Stationierung der US-Raketen in Westeuropa „unvermeidlich". Es gibt also keinen Widerspruch, sondern nur Dialektik.

Die Chinesen sind demnach gegen die Zurüstungen der Weltmächte, halten diese aber für zwangsläufig. Als Ausweg empfehlen sie seit jeher ein geeintes, starkes – also mit eigenen *Atomwaffen ausgerüstetes – Europa. Solange es das nicht gibt,* ist das Atlantische Bündnis nach dieser Lesart eine politische Notwendigkeit. Existierte es nicht, stünde China in Eurasien der atomaren Monopol-Macht Sowjetunion allein gegenüber. Das hätte Peking nicht gern. Infolgedessen sind die chinesischen Führer am Schlußpunkt ihrer Logik für die westliche Nachrüstung, obwohl diese als solche abzulehnen ist. Für den Dialektiker ist es ein reines Glück, wenn es nicht nur eine, sondern zwei Supermächte gibt. Beide gelten als gleich gefährlich, die eine Macht, nämlich die sowjetische, in allerletzter Konsequenz etwas gleicher.

Subversion, vertragsgemäß

Von Thomas Kielinger

Wir haben in den letzten Jahren viel Aufschlußreiches über das „Terror-Netz" lesen können, wie Claire Sterling in ihrem 1981 erschienenen gleichnamigen Buch die Strategie nannte, mit der Moskau die Staatengemeinschaft vor allem der Dritten Welt überzieht. Jedermann kennt die Protagonisten dieses Spiels: Kuba, Nordkorea, Libyen, ganz zu schweigen von den Experten der Destabilisierung in Ost-Berlin, Sofia und Prag.

All dies wohldokumentierte Material muß verblassen, wenn wir an einem aktuellen Beispiel, am Fall Grenada, die Gruppe der Verschwörer sozusagen in flagranti ertappen. Was die amerikanischen Befreier der Muskat-Insel am Südrand der Kleinen Antillen *vorfanden, war die perfekte Blaupause* eines von langer Hand eingefädelten militärischen Aufmarschplans. Das Waffenarsenal, die Ausrüstung, der Aufgalopp der „Spezialisten": Das alles hatte nichts mit friedlicher Entwicklungshilfe zu tun, sondern mit der sehr unfriedlichen Zerstörung der Souveränität Grenadas und der Verwandlung der Insel in ein Heerlager der Unruhe, die sich in die umgebenden Inselstaaten wie ein tödliches Virus hätte exportieren lassen – und alles wunderschön durch Verträge bestätigt.

Die UNO-Charta ist für diese Art „Diplomatie" nur der Deckmantel, in dessen Schutz sich Eroberungen und Okkupationen vorantreiben lassen. Die „Unverletzlichkeit der Staaten" gerinnt dabei zu einem Zerrbild: Souveränität ist, was zur logistischen Erweiterung des Terror-Netzes vorgespiegelt werden kann.

Es ist dieser Aspekt, den das Eingreifen der Amerikaner auf Grenada so scharf profiliert hat. Wenn man nur Intervention nennt, was zur Beseitigung der Anarchie auf Grenada diente, aber nicht von Intervention spricht, wenn sich Moskau mit Hilfe stellvertretender Chargen als Destabilisierungsfaktor in der Welt ausbreitet, dann sind die internationalen Beziehungen von Auszehrung bedroht. Die USA unter Präsident Reagan halten es da freilich mit dem Grundsatz principiis obsta. Soweit ihre nervösen europäischen Verbündeten die Unterschiede von Okkupation und Befreiung studieren möchten, brauchen sie nur die Menschen auf Grenada zu fragen.

Freiraum auf Abruf

Von Henk Ohnesorge

Endet mit dem Luther-Jahr auch der verhältnismäßig große Freiraum, der von der Staatspartei der evangelischen Kirche in der „DDR" zugestanden worden ist?

Zumindest in der Frage „Kirche und Friedensbewegung" sind am Wochenende deutliche Zeichen durch den Staat gesetzt worden: Nachdem die Übergabe einer Friedensschrift an die Botschaften der beiden Supermächte in Ost-Berlin durch westdeutsche Grüne, britische und niederländische Angehörige von Friedensbewegungen und deren Freunde, Angehörige kirchlicher Friedensinitiativen aus Mitteldeutschland, unterbunden worden ist, wurde auch der Vorschlag abgelehnt, Bischof Gottfried Forck von dem mitteldeutschen Teil der Kirche von Berlin-Brandenburg solle die Denkschriften an die Adressaten übergeben.

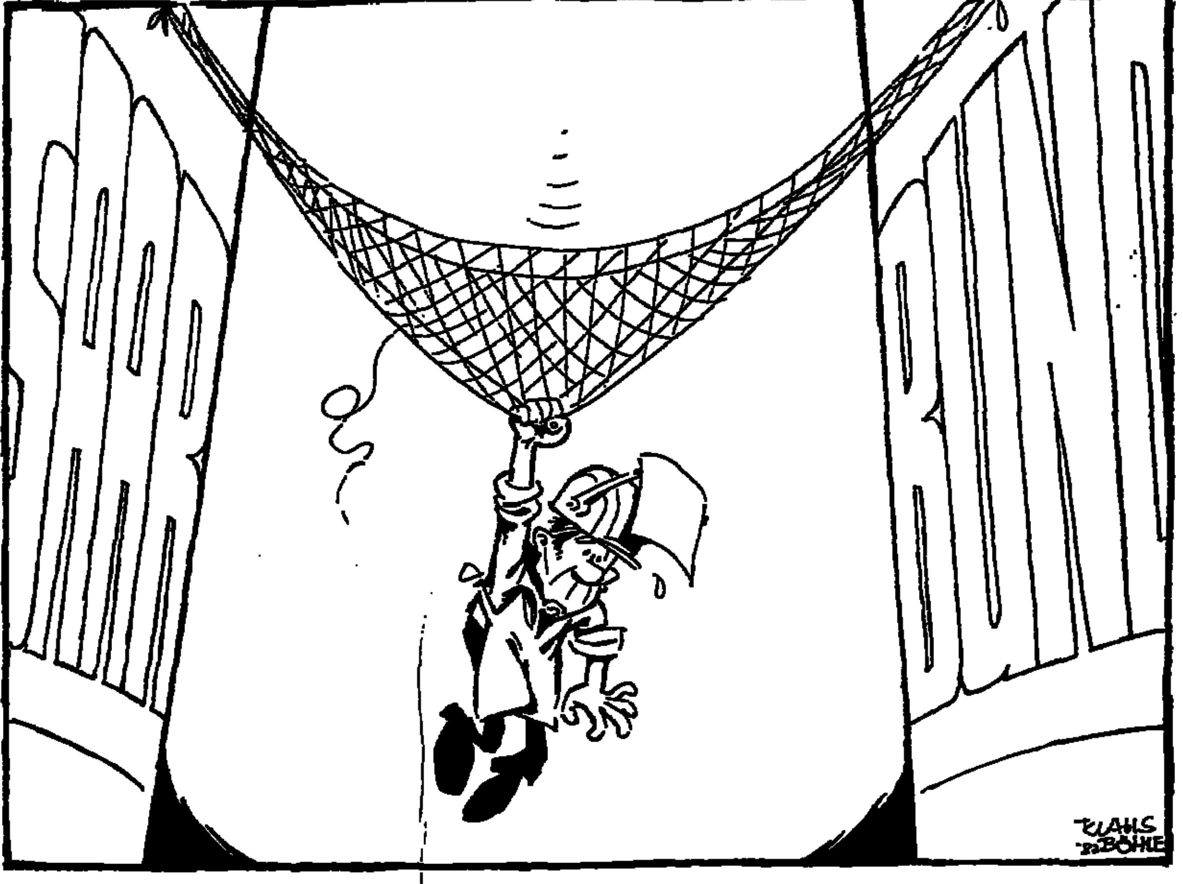
Der Bischof hat am Sonntag während eines Gottesdienstes in der Ostberliner Marienkirche den Hergang geschildert und es als einen Fehler der Regierung bezeichnet, *daß sie die* Übergabe der Schrift verhindert habe, mit der die Supermächte an ihre Verantwortung für den Frieden erinnert werden sollten.

Derartig offene Kritik ist nicht allzu häufig. Sie hat jedoch in diesem Jahr an Stärke gewonnen, ebenso wie der Einsatz der Protestanten in der „DDR" für Abrüstung auf beiden Seiten. Die SED, für die friedensbedrohende Raketen nur im Westen stehen, hört das nicht gerne. Sie applaudiert lediglich, wenn – wie jetzt auf dem Festakt in Worms – Bischof Hempel als Vorsitzender des Bundes evangelischer Kirchen in der „DDR", außerhalb des SED-Bereichs die Weltmächte zur Abrüstung auffordert.

Daß zu den sieben regionalen Kirchentagen in der „DDR" im *Luther-Jahr 200 000 Menschen zusammenkamen, nannte* Hempel „erstaunlich" – die SED wird darin sicher noch mehr sehen. Das Gedenkjahr hat Kräfte erkennbar gemacht, deren Ausmaß überraschte. Die Protestanten Mitteldeutschlands sind alles andere als „ein Häuflein klein".

Jetzt hat Honecker – freundlich zu den grünen Bundestagsabgeordneten im Gespräch, hart zu Bischof Forck, der den Brief den Adressaten übergeben wollte – klare Grenzen gesetzt. Ist das nur zu einer bestimmten Sache gedacht oder Anzeichen eines *neuen* Kurses?





Hängepartie ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Börners Gegenmodell

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Mit seiner Hinwendung zu den Grünen macht sich Holger Börner zum Vollstrecker von Entwürfen künftiger Strukturen der Parteien und ihrer Wählermassen, deren Urheberrecht bei Franz Josef Strauß liegt. Es geht um die Frage, ob die Stabilität der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie in Deutschland nicht am besten zu sichern wäre, indem man zwei große Wählerblöcke organisiert, einen, der von der Mitte nach rechts, und einen anderen, der von der Mitte nach links ausgreift. Das hieße, sich vom zur Gewohnheit gewordenen *Modell* der breit von rechts bis links gefächerten Volksparteien zu verabschieden. Die Integration des politischen Pluralismus fände nicht mehr in der Form von *Koalitionen* erst *im Parlament* statt, sondern im Wahlkreis, also an der Wählerbasis.

Greift man die Grundidee der zwei Wählerblöcke auf, so ist von *höchstem Interesse, wie sich die* Mitglieder- und Wählermassen der gegenwärtig bestehenden Parteien auf die beiden Blöcke aufteilen würden. Im Ansatz läßt sich das jetzt in Hessen studieren.

Für eine selbständige FDP gäbe es im Straußschen Entwurf keinen Platz. Börner ist genau dieser Meinung; er bezeichnet die hessische FDP als „Kunstprodukt der CDU" und vereinnahmt die bisherige linke Wählerschaft der Freien Demokraten für sein rot-grünes Sammelbecken. Was die Zukunft der SPD betrifft, so entscheidet sich Börner allerdings extrem anders als Strauß.

Der CSU-Vorsitzende hat für Hessen eine Große Koalition (CDU/SPD) empfohlen. Seine Begründung ist, daß aus staatspolitischer Notwendigkeit alles getan werden müsse, um zu verhindern, daß die in sich bitter zerstrittene SPD zerbricht. Die Große Koalition – irgendwann auch in Bonn – könnte nach diesen Vorstellungen das Mittel sein, die deutsche Sozialdemokratie im Einklang mit ihrer Tradition zu halten und ihren *breiten gemäßigten Flügel,* einschließlich großer Teile der DGB-Gewerkschaften, in den Mitte-rechts-Block einzubinden.

Auch Börner sieht die landespolitischen Vorteile *einer Großen Koalition* in Hessen. Dennoch erteilt er ihr eine deutliche Absage. Er will die deutsche Sozialdemokratie möglichst komplett in den Mitte-links-Block hinüberziehen. Sein waghalsiges Mittel ist – ganz im Sinne des SPD-Vorsitzenden Brandt – die Hinwendung zu den Grünen mitsamt deren diffusem Anhang, genannt „neue soziale Bewegung" und „Friedensbewegung".

Behält man den Leitgedanken von den zwei Wählerblöcken im Hinterkopf, so ist es frappierend, wie Börner seine Entscheidung begründet. Sein Ausgangspunkt ist die polemische Behauptung, die „konservative" Regierung Kohl in Bonn spalte die Gesellschaft. Damit werden alle, die Helmut Kohls Regierung tragen – am 6. März war das die klare Mehrheit der Wähler –, ins Abseits der Gesellschaftsspaltung bugsiert. Für alle übrigen entwirft er ein grandioses „Modell des politischen Konsenses" als „Gegengewicht und Gegenmodell zur Bonner Politik".

Den Konsens will er aus einem Generalthema traditioneller sozialdemokratischer Identität und einem Generalthema der „neuen sozialen Bewegung", voran die Grünen, zimmern. Börner: „Einmal müssen wir in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik die klassischen Aufgabenfelder der Arbeiterbewegung wahrnehmen und Strategien für unsere Zeit des technologischen Umbruches formulieren ... zum anderen müssen wir Position bei den sogenannten neuen Themen beziehen. Hierzu gehören der Umweltschutz, die Friedenspolitik und die Angst vor dem Überwachungsstaat." Da kann man nur sagen: Nur zu, wenn das so einfach ist!



Wer sind die Gesellschaftsspalter? Börner FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Es spricht für die erstaunliche Wendigkeit Börners, daß es ihm mühelos gelingt, seinen Abmarsch nach links, über die Grünen bis in die außerparlamentarische „neue Bewegung" hinein, mit dialektischem Salto als Modell des Konsenses, sozusagen als das wahre Modell der Mitte anzupreisen. Damit nimmt er den Wandel der SPD von der traditionellen Partei der Arbeiterbewegung zu einer Partei des ausfransenden Bürgertums vorweg.

Wissenschaftliche Analysen weisen nach, daß die Protestbewegung, beginnend in den sechziger Jahren, bis auf den heutigen Tag nicht der Arbeiterschaft, sondern *dem Bürgertum entspringt. Sie ist* auch keine Jugendrevolution, sondern ein Aufbegehren junger Menschen meist in Übereinstimmung mit der Grundhaltung ihrer Elternhäuser. Oft handelt es sich um bürgerliche Elternhäuser, in denen – sei es aus religiösen, sei es aus weltanschaulichen Gründen – der gedankliche ideal-eindimensionale Überbau der gesellschaftlichen und politischen Zustände eingeübt ist.

Börner erspart sich den analysierenden Tiefgang, hat aber sofort die Formel zur Hand, daß er mit seinem „*Gegenmodell* zu Bonn" den Weg des Godesberger Programms weitergehe. Soll heißen: Hat die SPD mit dem Godesberger Programm den Schritt von der *Arbeiterpartei zur Volkspartei getan,* so macht sie mit seinem Modell den Schritt zur Partei eines sozial- und friedensbewegten Bürgertums. Börner erklärt offen, das „*liberale Bürgertum*" verstärkt gewinnen und „die neuen Mittelschichten" ansprechen zu wollen.

Und abermals nimmt Börner die Kurve: Er verordnet den „neuen Mittelschichten" ein Arbeitnehmerbewußtsein, um zu schlußfolgern, daß sich die SPD keineswegs zwischen ihren „Kernwählern" und den „neuen Schichten" zu entscheiden habe; denn zwischen der sozialdemokratischen Wählerschaft aus der Arbeiter- und Mittelschicht gebe es keinen Gegensatz in der Interessenlage. Womit der flexible Börner ein atemberauben*des Kunststück fertiggebracht hat:* Er betreibt die nach links ausufernde Integrationspolitik Willy Brandts und redet wie Helmut Schmidt.

IM GESPRÄCH Hermann Strich

Schnoors parteiloser Ausweg

Von Wilm Herlyn

Der Kommentar des Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen Freien Demokraten, Jürgen W. Möllemann, fiel gleichermaßen karg wie bissig aus: „Wir nehmen diese Entscheidung zur Kenntnis", und: „Damit ist die gesamte gegen die FDP gerichtete Aktion nach der Entlassung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Achim Rohde konsequent abgeschlossen." Denn Innenminister Herbert Schnoor hat nun – nach langem Suchen – den *Nachfolger* Rohdes benannt: Hermann Strich, ein promovierter Jurist und seit 16 Jahren im Hause Schnoor Gruppenleiter für öffentliches Dienstrecht, für Arbeits-, Tarif- sowie Personalvertretungsrecht zuständig. Es fällt auf, daß Strich bisher nicht auffiel; vor allem landespolitisch ist er weitgehend unbekannt. Es fällt auch auf: Er ist parteilos. Und es fällt zum dritten auf: Er wird am 1. Dezember 62 Jahre alt.

Die Schlußfolgerungen daraus – ohne daß diese gegen die Person Hermann Strich gerichtet sind, denn selbstverständlich ist der Ministerialbeamte ein tüchtiger Mann und wird dies als Chef des größten deutschen Regierungsbezirkes unter Beweis stellen – liegen auf der Hand. Nach der Entlassung des unbequemen, „politischen" Regierungspräsidenten Rohde, der zielbewußt mit FDP-Thesen wider den Stachel der SPD-Landesregierung lökte, wolle Schnoor *wieder einen Liberalen in das* Amt berufen. Denn die Aktion sollte nicht aussehen, als sei sie gegen die FDP insgesamt als flurbereinigender Racheakt gerichtet; vielmehr sollte man *glauben,* es gehe nur gegen die Person Rohde selber. Der berühmte Arnold-Schlüssel wurde bemüht: Unter dem damaligen Ministerpräsidenten Karl Arnold wurde festgelegt, ein Regierungspräsidium solle der FDP, die vier anderen paritätisch CDU und SPD zufallen.

Aber Widerstand regte sich in der SPD-Fraktion. Deren stellvertretender Vorsitzender Gerd Wendzinski wie auch der SPD-Chef Niederrhein Heinz Schleußner pochten darauf, daß die Liberalen schon seit 1980



Anstelle des FDP-Regierungspräsidenten: Strich FOTO: DPA

nicht mehr parlamentsfähig seien, ihnen also nichts, der SPD aber alles zustehe. Und nachdem Schnoor Absagen von FDP-Politikern erhalten hatte, robbte man sich in öffentlichen Erklärungen an die Lösung heran: Hieß es erst, der Nachfolger werde ein hochqualifizierter liberaler Beamter sein, ging die Formulierung dann auf „qualifizierter Beamter" zurück.

Nun ist Strich kein Genosse, sondern parteilos. Aber bald nach der Landtagswahl 1985 wird der Posten wieder neu zu besetzen sein, weil Strich 1986 in den Ruhestand gehen wird. Dann kann die SPD – vorausgesetzt, sie gewinnt die Wahl – den Düsseldorfer Regierungspräsidenten mit einem der ihren besetzen – auf das kurze Gedächtnis der sogenannt kritischen Öffentlichkeit vertrauend.

„Äußerst sachkundig, kritisch, offen und loyal" lobt Schnoor seinen Mann, Vater von drei Kindern, der für den Hausgebrauch ein bißchen Klavier spielt und sich mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts beschäftigt, bastelt und joggt. Dieses Fitneß-Programm wird er brauchen bei dem Berg an Arbeit und ungelösten Problemen vor allem im Umweltbereich, die auf ihn warten. Und: Loyal? Natürlich sucht ein alter Ministerialbeamter drei Jahre vor der Pensionierung keinen politischen Streit.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

EL TIEMPO

Das liberale Blatt aus Bogotá befaßt sich mit der Äußerung des Schriftstellers Grass, Lateinamerika könne seine Probleme nur auf dem kubanischen Weg bewältigen:

Die meisten europäischen Schriftsteller sympathisieren aus der Ferne mit Castros Regime, das sie niemals in ihren eigenen Ländern akzeptieren würden. Das ist auch der Fall Grass ... Es ist sehr bequem, politische Ratschläge zu erteilen, wenn man alle Rechte genießt, die die Demokratie gibt, und dann sogar Castros Modell als wirkungsvolles und sicheres Heilmittel für alle politischen und sozialen Leiden unserer Länder zu betrachten. Es ist ein Modell, das wirtschaftlich ein totaler Mißerfolg ist und Kuba in eine Abhängigkeit von der UdSSR zwang, die praktisch einem Verzicht auf seine Unabhängigkeit gleichkam. Ein solches Regime empfiehlt Grass zur Nachahmung, vielleicht, weil er es nicht aus der Nähe kennt oder weil seine Umnebelung ihn zu solch einem Irrtum geführt hat ... Grass weiß nicht, daß dieses „Modell" eben nicht nachahmenswert ist, um das wenigste zu sagen. Die Tatsachen haben das bewiesen.

EST ECLAIR

Die französische Zeitung schreibt zu Arafats letztem Kampf:

Wahr *ist,* daß es Syrer, also Araber sind, die für den Sturz Arafats verantwortlich zeichnen und seine Bewegung zerschlagen. Und wenn die wirkliche Geschichte der Ereignisse des Nahen Ostens geschrieben ist, wird deutlich werden, daß die Palästinenser *vor allem Opfer der Araber* wurden, von der Zeit des „Schwarzen September" in Aman bis heute in Tripoli. Syrien hat sich der Palästinenser bedient, um den Libanon zu ruinieren. Aber Damaskus läßt es nicht zu, daß die Palästinenser wie ein Volk reagieren, das für seine eigene Sache arbeitet. Der syrische Präsident Assad hält den Libanon für einen Teil Syriens, der so schnell wie möglich annektiert werden muß.

BADISCHE ZEITUNG

Wenn das, was die hessische SPD am Wochenende beschlossen hat, zu dem angestrebten Ergebnis führen sollte, dann wäre dies für die Bundesrepublik wirklich eine Wende: Nicht nur, weil dies der erste Fall einer langfristig angelegten grün-roten Zusammenarbeit wäre, sondern weil es ausgerechnet Holger Börner ist, der diese Wende möglich macht. Doch vorerst ist Zurückhaltung geboten und die Frage ist erlaubt, ob man hier nicht eher zum Zeugen einer taktischen Riesenwelle als einer politischen Kehrtwendung wird. Börners Opfergang, der ein erstaunliches Maß an persönlicher Selbstverleugnung voraussetzt, ist ja noch längst nicht am angeblich angesteuerten Ziel angelangt ... Mit Gewißheit läßt sich derzeit *nur sagen, daß der geschäftsführende hessische Ministerpräsident* im Begriff ist, sich von seinen Wahlversprechungen abzuseilen und die Wähler vergessen zu machen, daß er den *Mund* zu *voll* genommen hat.

Die Türken: Diszipliniert, aber nicht auf Kommando

Weder Generäle noch Demagogen setzten ihren Willen durch / Von Evangelos Antonaros

Die Türken besitzen die Gabe, in kritischen Situationen genau das Gegenteil dessen zu tun, was man von ihnen erwartet." Diese Einsicht des *langjährigen* „Times"-Korrespondenten in Ankara, David Hotham, in seinem Buch „The Turks" haben die Türken mit dem Wahlergebnis vom Sonntag bestätigt.

Seit Wochen ist in Ankara mit einem Wahlsieg des konservativen Parteiführers Turgut Özal gerechnet worden. Doch nicht einmal die kühnsten Prognosen ließen erahnen, daß Özals „Mutterlandpartei" eine absolute Sitzmehrheit erlangen würde. Oder anders gesagt: Niemand rechnete in der Türkei mit einem derart deutlichen Debakel für den farblosen General a. D. Turgut Sunlap, den Lieblingskandidaten der Generalität, für den sogar der sehr zurückhaltende Staatschef Evren am Freitagabend noch ein Indossament auf den Weg gegeben hatte.

Überraschend ist der Wahlausgang trotzdem nicht. Denn wann immer die Generäle in der Nachkriegszeit die Macht an sich gerissen haben – es ist ihnen anschließend nie gelungen, ihnen genehme Politiker an die Macht zu bringen. *Nach dem Staatsstreich von 1960,* als der damalige Regierungschef Menderes hingerichtet wurde, wurde nicht der Lieblingskandidat der Generäle, Ismet Inönü, Wahlsieger, *sondern Menderes' Gesinnungsgenosse,* Süleyman Demirel – und zwar mit absoluter Mehrheit. Auch 1973 konnte der von der Generalität favorisierte Ecevit nur mit Mühe und Not die stärkste Fraktion im Parlament stellen. Die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung glückte ihm allerdings nicht. Diesmal hat sich – und zwar mit aller Deutlichkeit – die Geschichte zum dritten Mal wiederholt.

Noch etwas verdient Beachtung. Nach westeuropäischen Maßstäben war die Wahl gewiß nicht befriedigend. Die Generäle *haben* sich einfach zu sehr in das Geschehen vor der Wahl eingemischt; sie hielten die Zahl der Parteien bewußt niedrig. Viele einflußreiche Formationen wurden zu den Wahlen nicht zugelassen. Gerade diese Gruppen hatten die Türken dazu aufgerufen, ungültig zu stimmen. Sie wollten so die Generäle bloßstellen.

Aber dieser Appell stieß bei den Türken auf taube Ohren. Nicht einmal sechs Prozent aller Wähler gaben ungültige Stimmen ab. Die *Türken entschieden sich gegen die* Empfehlungen der Vertreter der früheren Parteien, die weitgehend für das Chaos vor dem Putsch am 12. September 1980 verantwortlich waren, *und für eine gemäßigte* Partei, die den Weg zur Demokratie ebnen soll. Noch zu frisch ist die Erinnerung an die bürgerkriegsähnlichen Zustände in den zwei *Jahren unmittelbar vor dem* Staatsstreich der Generäle. Auch die Unfähigkeit der damaligen Parteien, einen Konsens auszuarbeiten, hat niemand vergessen.

Das Wahlergebnis vom Sonntag zeigt: Die Türken sind armeemüde geworden, daher auch die Abfuhr für Sunalp. Aber sie wollen keine Experimente riskieren. Daher haben sie *eine Partei mit einer so* deutlichen Mehrheit ausgestattet, wie sie in der türkischen Parlamentsgeschichte selten vorkam. Und diese Partei ist eine durchaus „konservative" Formation, keine Partei der staatlichen Wirtschaftsplanung, der demagogischen Experimente, allerdings auch keine Partei des islamischen *Rückschritts.*

Mit diesem Wahlergebnis sind die Generäle nicht zufrieden. Die Erfahrung tut immer wieder weh, daß Wähler keine Befehlsempfänger sind. Aber sie würden der Stabilisierung der Demokratie einen großen Dienst erweisen, wenn sie nun nicht aktivistische Korrekturversuche unternähmen – und es gibt ganz sicher Kräfte, die mit solchen Gedanken spielen. Es gilt allerdings als sicher, daß die um Staatschef Evren gescharten gemäßigten Kreise die Oberhand behalten und die schrittweise Rückgabe der Macht an die Politiker reibungslos vollziehen werden.

Auch dem Wahlsieger Özal fällt eine *große* Verantwortung *zu.* Er muß seine ziemlich gestörten Beziehungen zur Staatsspitze glätten, er muß aufs neue beweisen, daß er diplomatisches Fingerspitzengefühl besitzt. Seine Zurückhaltung in den ersten Stunden nach seinem Wahltriumph zeigt, daß er den richtigen Weg erkannt hat. Ihm ist wohlbekannt, daß er in der nächsten Zeit nicht gegen die Generäle, sondern mit deren Duldung wird regieren müssen.

Zweierlei braucht er auf jeden Fall: gute Beziehungen zu den Streitkräften und Erfolg in der Wirtschaftspolitik. In den achtzehn Monaten, seitdem Özal die Wirtschaft der Türkei nicht mehr geleitet hat, haben sich Krisensymptome wieder bemerkbar gemacht. Özal, der erfahrene Wirtschaftsexperte, muß im wirtschaftspolitischen Bereich fest bleiben und gegenüber den Generälen seinen nicht immer populären Kurs durchsetzen. Und auch Ankaras Verbündete und Partner müssen die Realitäten einsehen und dem Land Zeit lassen. Druck kann nur schaden.

Wenn die Lust auf Tabletten zur Sucht wird

Der Verbrauch von Psychopharmaka steigt. Die Abhängigkeit von diesen „Pillen für die Seele“, vor zwanzig Jahren noch eine Seltenheit, ist längst zum medizinischen Problem geworden. Die Caritas schätzt die Zahl derartiger Suchtkranker in der Bundesrepublik auf 700 000.

Von ALBERT MÜLLER

Unentwegt wird die Angebotspalette der sogenannten Psychopharmaka erweitert, werden größere und teurere Packungen auf den Markt geworfen. Nach ärztlichem Urteil verschreiben manche Kollegen leichtfertig, ja mitunter werde sogar das Rezept von der Sprechstundenhilfe verlängert. Die Patienten sind dankbar, sie schlukken gern, weil das leichter ist als mit Unruhe, Angst, Streß, Schlafstörung, Hoffnungslosigkeit aus eigener Kraft fertig zu werden.

Psychopharmaka-Umsatz an zweiter Stelle

Doch werden keine Probleme gelöst, wenn die Valium, Librium, Lexotanil, Tavor und wie die Hunderte „Sonnenbrillen für die Seele“ alle heißen, ins Blut gelangen, ohne vom Arzt gezielt und zeitlich scharf begrenzt eingesetzt zu werden. Meist läßt die beruhigende Wirkung schon nach kurzer Zeit nach, die Dosis wird erhöht, die Häufigkeit der Einnahme gesteigert, der Effekt kehrt sich um, die Erregungszustände folgen immer dichter aufeinander. Die Sucht ist da, der Zusammenbruch nicht weit.

Noch vor zwanzig Jahren war Medikamentenabhängigkeit so selten, daß allenfalls Psychiater solche Kranken sahen. Tablettensucht spielte in Studium und Weiterbildung kaum eine Rolle. Heute haben unter den wichtigsten Gruppen von Medikamenten die sogenannten Psychopharmaka den zweiten Platz, was Verordnungshäufigkeit und Umsatz betrifft. Allein die gesetzlichen Krankenkassen mußten 1982 für 42,3 Millionen Packungen rund eine Milliarde Mark ausgeben.

Hier zum größten Teil für eine „Gegenmedizin“. Aber nicht, was man alles sparen könnte, sollte der entscheidende Gesichtspunkt sein. Vom Geld ist immer wieder ausweichend und ergebnislos geredet worden. Arzneien haben die Aufgabe, Krankheiten zu lindern oder davon zu befreien. Psychopharmaka dagegen können erweislich Krankheiten schaffen und von Freiheit gründlich befreien.

Besonders deshalb haben die Organisationen, die Suchthilfe anbieten, Unterstützung verdient. Allein von der Caritas, die sehr zurückhaltend die Zahl der Psychopharmaka-Suchtkranken auf 700 000 schätzt, sind die ambulanten Beratungs- und Behandlungsstellen auf jetzt 189, die der Fachkrankenhäuser auf 25 vermehrt worden. Bei der Diakonie, heißt es, seien die Größenordnungen ähnlich. Beide zusammen stellten 75 Prozent des Hilfsangebots. Aber der Bedarf wächst unaufhaltsam über das Angebot hinaus.

Umkehr auf dem Wege zur Valium-(Lexotanil etc.)-Gesellschaft kann nur vom einzelnen und von seinen Angehörigen kommen. Einen ganz ausgezeichneten „Ratgeber für Medikamentenabhängige“ hat die Zentrale der Caritas herausgegeben. Hier werden (von Professoren der Pharmakologie und Neurologie) kurz, verständlich und übersichtlich, nüchtern und ohne erhobenen Zeigefinger die maßgebenden Aspekte konzentriert dargeboten. Das Büchlein ist Gold wert, ohne Geld erhältlich, doch nicht ohne Selbsthilfe (Postkarte an den Deutschen Caritas-Verband, Karlstraße 40, 7800 Freiburg).

Nur beiläufig heißt es darin, die Industrie sollte das Suchtpotential von Produkten nicht verschweigen oder herabspielen, die Ärzte hätten Grund, Schlaf- und Beruhigungsmittel verantwortungsbewußt und kontrolliert zu verschreiben – wenn es denn sein muß.

Frontal werden dagegen die Gefährdeten angesprochen. Zum Beispiel erfahren sie, woran sie sich erkennen. Aus 25 Kennzeichen hier eine Auswahl. Medikamentenabhängig ist:

- Wer die Einnahme von Medikamenten mit Suchtpotential nicht aus eigener Kraft aufgeben kann.
- Wer eine bestimmte Menge „seines“ Medikaments einnehmen oder spritzen muß, um sich wohl zu fühlen.
- Wer „sein“ Medikament von mehreren Ärzten gleichzeitig verschreiben läßt.
- Wer Ärzte oder Apotheker belügt, um „sein“ Medikament zu bekommen.
- Wer so viel Beruhigungs-, Schlaf- oder Schmerzmittel nimmt, daß er lallt, schwankt oder stürzt.
- Wer Schlaf-, Schmerz- oder Beruhigungsmittel zur Anregung benutzt oder bei wem die früher beruhigende Wirkung plötzlich in eine anregende umschlägt.
- Wer ständig daran denken muß, wie er den Nachschub sichert.
- Wer mehrere Schlaf-, Beruhigungs- oder Schmerzmittel nebeneinander einnimmt.
- Wer andere über den eigenen Medikamentenkonsum belügt oder versucht, das wahre Ausmaß des Konsums zu verheimlichen (Verstecken der Schachteln, Erbetteln von Medikamenten bei Mitpatienten).

Im Durchschnitt 50 Prozent Rückfälle

Warum ist Abstinenz so schwierig? „Der Glaube an die grundsätzliche Lösbarkeit seelischer Probleme durch Psychopharmaka und die damit einhergehende Einbuße der gewöhnlichen Distanz gegenüber Medikamenten fördert generell die Suchtneigung ... Vor allem ist es schwer einzusehen, daß ein ‚Heilmittel‘, welches dem Patienten zuerst Erleichterung von seinen subjektiven (und objektiven) Beschwerden gebracht hat, plötzlich verantwortlich gemacht wird für Schlaflosigkeit, Depressionen, Unruhe. Unterstützt wird dieser Tatbestand dadurch, daß sich der Betroffene hinter dem Rezeptblock des Arztes verstecken kann.“

Umkehr ist schwer, oft bis zur Verzweiflung. Der Wille muß Berge versetzen: „Heute kann man davon ausgehen, daß eine Rückfallquote von 50 Prozent bei mehrmonatiger Behandlung als durchschnittlich angesehen werden muß. Entgiftungsbehandlungen von einigen Wochen reichen in der Regel nicht. Die Rückfallquote kann bis zu 90 Prozent steigen.“

Echte Motivation werde erkennbar, wenn der Süchtige sich einer Selbsthilfegruppe anschließe. Wie lange muß er grundsätzlich auf Schlaf- und Beruhigungsmittel verzichten? Antwort des Ratgebers: „Für den Rest seines Lebens!“



Versorgungskampf auf Polens Bürgersteigen: Von der Butter bis zum Buch – hinten anstellen FOTO: POLY-PRESS

Alltag in Polen, die Kunst des Überlebens in der Malaise

Polen im Herbst 1983: Trotz aller proklamierten „Normalisierung“ lebt das Land weiter mit Bezugsscheinen. Das Warenangebot ist zwar größer geworden, doch mangelnde Qualität trübt die Freude. Im Volksmund heißt es heute: „In Polen ist alles möglich, fragt sich nur wann, wo und für wieviel.“

Von H. SCHMIDTENDORF

Frühmorgens schon bildeten sich Menschenschlangen vor den Geschäften. Sie wuchsen auf 100 Köpfe und mehr. So war es in Warschau und in anderen polnischen Städten zu Beginn der vergangenen Woche. Am vorausgehenden Sonntag hatten die Abendnachrichten im Fernsehen die Polen mit der Ankündigung überrascht, daß Butter wieder rationiert wird: Ein Pfund Butter pro Monat und Person – das ist nicht eben viel, zumal die ebenfalls rationierte Margarine wegen eines gewissen Beigeschmacks wenig populär ist.

„Jetzt hatte ich mal den Zusicherungen geglaubt und nur so viel gekauft, wie ich wirklich brauchte“, schimpfte eine Käuferin, „und dann dieses.“ Eine Verkäuferin berichtete konsterniert, daß ihre Vorräte normalerweise für mehr als eine Woche gereicht hätten. Am letzten Tag vor der erneuten Rationierung waren sie bis zum Mittag verkauft. Wie wenig die Entscheidung auf die Stimmung im Volk Rücksicht nahm, zeigte ihre Terminierung. Der 1. November, Allerheiligen, wird in Polen als Gedenktag für die Verstorbenen besonders geehrt. Diesmal wurde jedoch in den Familien vor allem die sprunghafte Regierungspolitik diskutiert.

Wer in diesen Tagen einen Bummel durch das Warschau des „normalisierten“, des „erneuerten“ Polen „nach dem Krieg“ unternimmt, sieht im Vergleich zur Vorjahreszeit gefülltere Schaufenster. An den Einkaufsbuden vor dem monumentalen „Kulturpalast“ herrscht normaler Betrieb, Stände bieten in der Innenstadt eine breite Auswahl herbstlichen Gemüses an. Doch das ist nur die eine Seite. Was es heißt, mit Reglementierungen leben zu müssen, erfährt man aus privaten Gesprächen mehr als auf erste Blicke.

Da ist einmal die „Wissenschaft“, die um die Bezugskarten entstanden ist: Butter für Erwachsene gibt es auf Kartenabschnitt „R-M-1“ und „R-M-2“, für Kinder aber zusätzlich über den Abschnitt „RS“ der Karte „M-I-D“ und „M-II-D“ sowie für Bergleute über die Karte „G-I“ und „G“. Oder: Man steht vormittags zwei Stunden vergeblich im Fleischerladen, um dann zu sehen, daß sich für die Nachmittagslieferung bereits eine neue Schlange gebildet hat. Da erscheint es nachgerade keiner Erwähnung wert, beim Hot-dog-Snacklokal „Donald“ in Warschaus Innenstadt anstatt der gewohnten Fleischröllchen gebratene Pilze im Brot verabreicht zu bekommen.

Es scheint voraussehbar, daß Polen noch auf unbestimmte Zeit ein Land der wirtschaftlichen Pendelgänge und Improvisation, ja der Paradoxa bleibt, auch wenn staatliche Statistiken stolz von einem mehrprozentigen Anstieg von Inlandsproduktion und Export sprechen. Paradox erscheint so manches: Da lockt an Warschaus zentraler Aleje Jerozolimskie das Kaufhaus „Smyk“ mit schmucken Kinderartikeln. Doch die im Fenster ausgestellten Strampelhosen oder Anzüge sind nicht etwa in 100 000 oder gar 200 000 Exemplaren vorrätig, wie ein voreiliger Passant aus der Beschilderung vermuten könnte. „Wir suchen einen Produzenten“, verkündet vielmehr ein weiteres Plakat unzweideutig und für die zentrale Planungsbehörde wenig schmeichelhaft. Waschpulver ist in den Kiosken und Läden wieder vorrätig. Doch bleibt die volle Freude darüber versagt: Ein Grauschleier bleibt bei einheimischen Standardpulvern, wie dem gewichtig klingenden „Radion D2“ (37,50 Zloty die Packung) allemal zurück, versichern Hausfrauen. Also wird weiter das um mehr als das Zehnfache teurere deutsche „Dixan“ oder das italienische „Lanza“ gekauft – und belastet das Familienbudget.

Oder das Telefonnetz: Knackende, oft kaum vernehmbare und nach längeren Wartezeiten vermittelte Gespräche zeugen von der starken Auslastung der Leitungen. Wer aber das Pech hat, in einer Behörde an eine sogenannte „automatische Zentrale“ zu geraten, muß das Telefonnetz noch einmal belasten. Die Telefonistin gibt dann nämlich nur die Direktnummer der gewünschten Nummer durch, anstatt weiterzuverbinden – die Zentrale ist ja „automatisiert“.

Mit der Streichung eines Drittels der Verkaufsstellen und ein Verkaufsverbot in Restaurants bis nach 13 Uhr hat die Regierung der Volksseuche Alkoholismus den Kampf angesagt. Wieder geht die Rechnung nicht auf. Wodka ist in den Läden für 600 Zloty und bei zahllosen Privatbrennern und Schwarzhändlern zu einem Vielfachen weiter zu haben. Bier aber ist selten noch aufzutreiben. Trinkgewohnheiten werden so kaum gebessert.

Der Volksmund reagiert mit einem Scherz. Kennen Sie den? Reagan, Andropow und General Jaruzelski gehen durch die Wüste. Es ist heiß. Reagan wünscht sich ein Glas Whisky-Cola und erhält es durch eine himmlische Hand. Andropow wählt einen Wodka und erhält ihn. Doch als Jaruzelski bescheiden um ein kühles Bier ersucht, winkt die Himmelshand strafend ab: „Du weißt doch, erst ab 13 Uhr ...“

Zuverlässiger scheinen die Eisenbahnverbindungen geworden zu sein. Züge fahren nicht nur, sie fahren auch relativ pünktlich, ein Eilzug hat nicht mehr automatisch eine Verspätung von einer halben Stunde und mehr. In einem Land mit nach wie vor geringer privater Motorisierung ist das nicht unerheblich. Gespräche in den gut besetzten Abteilen betreffen Gott und die Welt. Eine Frau erörtert mir ihrer Nachbarin die Differenzen zwischen dem Katholizismus und den Zeugen Jehovas. Ein Siebzehnjähriger fragt mich nach der Beurteilung des Friedens-Nobelpreises für Arbeiterführer Lech Walesa und schließt an: „Das war gut, nicht?“

Kirche und Religion haben Hochkonjunktur. Davon zeugen Anstecknadeln und Kreuze am Revers gerade jugendlicher Polen ebenso wie gutbesuchte Gottesdienste oder freie Plakatwerbung für religiöse Veranstaltungen. Die katholische Kirche bietet sich weiter als Hort für jene an, denen ein Platz im offiziellen Leben versagt wird. Jan Josef Szczepanski, der Vorsitzende des aufgelösten Schriftstellerverbandes, gehört sicher hierzu. In der katholischen Zeitung „Slowo Powczechne“, die als einzige Landespublikation zensierte Stellen als solche ausweist, finden sich lange Beiträge von ihm.

Ihr Land verlassen – das möchten trotz aller Alltagssorgen wohl die wenigsten Polen. Sie gründen unbeirrt neue Familien, betrachten die Fähigkeit zum Überleben in der Malaise vielleicht gar mit einem gewissen Stolz. „In Polen ist alles möglich, fragt sich nur wann, wo und für wieviel“, ist ein geläufiger Spruch. Bei einem monatlichen Durchschnittslohn von etwa 12 000 Zloty und deutlich darunter liegenden Renten bereitet dieses „für wieviel“ genügend Kopfzerbrechen.

In der Schlacht um Tripoli leidet wieder das Volk

Syrische Soldaten haben einen dichten Ring um die nordlibanesische Stadt Tripoli gezogen. Ein blutiger Machtkampf ist im Gange: die Syrer auf der einen Seite, Arafat und ihm ergebene PLO-Verbände sowie die Moslembrüder auf der anderen.

Von PETER M. RANKE

Mit quietschenden Reifen rasen Mercedes 450 um die Straßenecken. In den Hauseingängen stehen ein paar ängstliche Zivilisten. Yassir Arafat ist in der Innenstadt von Tripoli unterwegs, seine Leibwache benutzt nur Mercedes-Limousinen und fährt ihm voraus. Die „body guards“ wirken nervös und unsicher.

Arafat fährt durch Tripoli, um ein neues Hauptquartier zu suchen. Auch er ist bewaffnet. Seine Leibwächter tragen schußsichere Westen und mindestens zwei Revolver oder Kalaschnikows. Dazu haben sie sich Munitionsgürtel um die Schultern gewunden. Seitdem am frühen Sonntag das Camp Nahr-el-Bared verlorenging, ist auch Baddawi nicht mehr zu halten, und Arafat sucht in Tripoli ein sicheres Quartier für sein „letztes Aushalten“, wie er versichert. Außerdem kamen keine Journalisten mehr zu Arafats Pressekonferenzen nach Baddawi, da dieses Lager mit seinen engen Gassen und Steinhäusern dauernd unter schwerem Beschuß liegt.

Im Norden sind dumpfe Einschläge zu hören. Syrische Artillerie feuert von den Hängen der Torbol-Bergkette 19,5 Sprenggranaten nach Baddawi hinein, das am Stadtrand vor Tripoli liegt. Die Raffinerie dort brennt noch immer. Die Straßen im Zentrum der Stadt, die einmal 400 000 Einwohner hatte, sind ausgestorben. Zehntausende sind nach Süden oder in die Berge bei Zghorta geflüchtet. Es gibt kein Wasser und keine Elektrizität mehr. Gelegentlich sieht man Frauen oder Jungen mit Wassereimern über die Gassen der verbauten alten Innenstadt huschen. Am Montag sollte eigentlich wieder die Schule anfangen. Aber Tripoli droht unter dem mörderischen Beschuß der Syrer ebenso kaputtzugehen wie Nahr-el-Bared.

Verwundete können nicht mehr versorgt werden

Die syrischen Truppen setzen etwa 150 bis 170 Geschütze aller Kaliber ein, dazu kommen die Panzerkanonen der T-55 der 500 bis 900 libyschen „Freiwilligen“. Außerdem stehen um Tripoli mit dem nördlichen Vorort Baddawi etwa fünftausend Palästinenser und die übergelaufene Hittin-Brigade. Diese überlegene Feuerkraft wird tagelang eingesetzt, ehe die Truppen vorstoßen – sowjetische Kampftaktik. Dieser Beschuß war Voraussetzung für das blutige Gemetzel in den beiden Lagern. Man spricht von rund fünfhundert toten Palästinensern und Libanesen, die Verwundeten können gar nicht mehr versorgt werden. Nur gelegentlich kommen Ambulanzwagen aus Baddawi und Tripoli heraus.

Arafat und seine vielleicht noch zweitausend Mann stehen mit dem Rücken zum Meer, seitdem sie noch einigermaßen heil mit ihrer Ausrüstung aus Nahr-el-Bared herauskamen. Ähnlich war die Lage vor einem Jahr in Beirut. Aber die Raketenwerfer, auch die Zwillingsflak, die in den Straßen und Höfen von Tripoli aufgefahren ist und Munition sparen soll, deuten auf weiteren Widerstand. Wie immer, wie schon 1970 in Amman, zieht der Terroristen-Chef die Zivilbevölkerung in seine Kämpfe hinein, mögen es auch die eigenen Palästinenser sein. Ihre Opfer sind heute schon größer als in jedem Krieg gegen Israel. Dazu die Libanesen, die das Schlachtfeld an Fremde abtreten müssen und selbst wehrlos in die Massaker hineingezogen werden.

Damaskus kämpft gegen den Arafat der Moslembrüder

Der Krieg der Palästinenser und Syrer geht in Wirklichkeit nicht mehr um eine neue, kollektive PLO-Führung oder die Absetzung Arafats und die Kontrolle der PLO durch das syrische Baath-Regime. Der Machtkampf der Syrer gegen Arafat ist seit seiner Ausweisung Anfang Juni aus Damaskus offenkundig. Daran können jetzt die Ausweisung von zehn führenden Fatah-Mitgliedern aus Arafats Hausmacht oder die Hilfsappelle des PLO-Vorsitzenden nichts ändern. Arafat will Zeit gewinnen, daß vielleicht die Syrer das Feuer einstellen und er nach Zypern entkommen kann. Aber die Syrer kämpfen nicht mehr gegen Arafat als PLO- oder Fatah-Chef, sondern gegen den viel gefährlicheren Arafat der Moslembrüder. Die sunnitische Bruderschaft mit ihrem Rückhalt in Jordanien und Saudi-Arabien ist der einzige Feind, der dem Alawiten-Regime der Brüder Assad in Damaskus gefährlich ist.

Die syrischen Alawiten, die den Schiiten im Glauben verwandt sind und daher das Bündnis Syriens mit dem radikalen Iran unterstützen, haben eines nicht vergessen: Vor zwei Monaten hat sich Arafat mit den antisyrischen Moslembrüdern in Tripoli verbündet. Seine Palästinenser sahen zu, als vor einem Monat die Milizen der „Tauhil“ (Einheit) Kommunisten und pro-syrische Baath-Parteigänger frühmorgens aus den Betten holten, ihnen noch zehn Sekunden für ein „Allahu Akhbar“ zugestanden und sie dann kaltblütig erschossen. Es waren etwa vierzig Mann. Gefangene werden nicht gemacht. Seitdem beherrscht der bärtige Führer der Moslembrüder, Scheich Mustafa Said Schabaan, die Innenviertel von Tripoli mit dem alten Basar und der Kreuzfahrer-Feste St. Gilles.

Scheich Schabaan kann etwa fünftausend Mann aufbieten, da sich unter ihm alle sunnitischen Moslem-Milizen zusammengeschlossen haben. Das ist mit den Palästinensern Arafats zusammen eine Kampfmacht für Straßengefechte, die die syrische Armee noch wochenlang aufhalten könnte.

Noch herrschen die Moslembrüder über Tripoli. Die Kämpfer der „Tauhil“ tragen grüne Stirnbänder, überall in den Gassen flattern grüne Fahnen. Die Milizmänner sorgten dafür, daß zu den Gebetszeiten alle Geschäfte (jetzt sind sie es ohnehin) geschlossen wurden und daß es in der Stadt keinen Alkohol mehr gibt. Sogar badende Frauen wurden im Sommer am Strand belästigt, weil Frauen und Mädchen nach islamischen Sitten keinen Badeanzug in der Öffentlichkeit tragen dürfen. Ein Händler, der an eine wartende Menschenschlange Brotfladen verkauft: „Bei uns ist es jetzt wie in Saudi-Arabien.“ (SAD)

Bund will mehr Einfluß auf Hochschulen

PETER PHILIPPS, Bonn

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat gestern vor der Vollversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) die *Grundzüge dargestellt, aus der sich* die von der Bundesregierung angestrebte Neuorientierung der Hochschulpolitik entwickeln wird. Zwar sei Hochschulpolitik in sehr starkem Maße Ländersache, aber für längerfristige Perspektiven habe der Bund „ein Bündel von Instrumenten, das bisher allerdings noch nicht unter dieser Zielvorstellung überprüft und systematisch genutzt wurde".

Mit der Rahmenkompetenz könnten Grundsätze und Leitlinien aufgezeigt werden, über das Besoldungs- und Beamtenrecht das Studienverhalten beeinflußt und mit Hilfe des Haushalts- und des Steuerrechts „die Finanzierung und das Haushaltsgebaren der Hochschulen positiv beeinflußt" werden.

Zu den Kernfragen, die beantwortet werden müßten, gehöre die Struktur der Studienangebote. Frau Wilms distanzierte sich von den Vorschlägen zur Einführung von Kurzstudiengängen, deren Abschluß sowohl berufsqualifizierend als auch zu einem „echten" wissenschaftlichen Weiterstudium berechtigend wären. Statt dessen plädierte sie für ein Abitur als „Bildungsabschluß mit Eigenwert" und eine Politik, die „den wissenschaftlichen Hochschulen noch deutlicher die Aufgabe zuweist, die jetzt bestehenden Studienangebote so zu gestalten, daß sie normalerweise in vier Jahren zum Abschluß führen".

Wenn man derartigen Entwicklungen Rechnung tragen wolle, wäre die „notwendige Konsequenz, den Hochschulzugang über ein eigenständiges Hochschuleingangsverfahren zu regeln". Frau Wilms verwies in diesem Zusammenhang auf Überlegungen des WRK-Präsidenten Theodor Berchem, den Schulabschluß nach 12 Jahren machen zu lassen und das (bisher) 13. Jahr für eine Vorbereitung auf das Studium zu nutzen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Wallmann warnt Börner vor dem Preis der Wende

CDU und FDP kritisieren SPD-Annäherung an die Grünen

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Die Hinwendung der hessischen SPD zu den Grünen hat in einem Punkt bei allen anderen Parteien eine einhellige Beurteilung gefunden: Holger Börners Ankündigung auf dem SPD-Parteitag in Baunatal am vergangenen Wochenende, „da die CDU sich verweigert, werden wir gezielt mit den Grünen verhandeln", wird als epochale Weichenstellung gewertet. Je nach politischem Standort der einzelnen Parteien schwanken die Kommentare dazu zwischen Ablehnung, Enttäuschung, skeptischer und freudiger Zustimmung.

Am frühesten hatten sich die Grünen und die FDP geäußert, die nach Baunatal eigene Beobachter entsandt hatten. Während die Grünen begreiflicherweise Hochstimmung signalisierten (WELT vom 7. November), meinte FDP-Sprecher Frank Methlow, die Sozialdemokraten hätten nunmehr „ohne Not und bewußt" die „mühsame Tarnung ihres Weges zu den Grünen endgültig aufgegeben". In Börners kritischen Äußerungen über CDU und FDP sah Methlow den Versuch einer „Schuldzuweisung im Hinblick auf das vorprogrammierte Scheitern einer rot-grünen Koalition". Als Beweis führte er die „falsche Behauptung" der SPD an, die CDU stehe für Gespräche nicht zur Verfügung.

Noch deutlichere Worte fand FDP-Chef Wolfgang Gerhardt. Die SPD sei nun keine zur Grünen-Ehe Vergewaltigte mehr, sondern habe sich „zum buhlenden Gockel gemausert". Innerhalb eines Jahres hätten Börner und seine SPD nun bereits zum zweiten Mal nach einer Wahl das Gegenteil dessen vollzogen, was sie vor der Wahl dem Wähler versprochen hätten.

Auch der Landesvorsitzende der hessischen CDU und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann erklärte: „Die Wähler müssen sich von Holger Börner und der SPD verhöhnt fühlen." In einem Interview mit der Frankfurter „Abendpost/Nachtausgabe" sagte Wallmann voraus, Börners Kurswechsel werde „schlimme Konsequenzen" haben, weil die Grünen hohe Preise verlangen würden, „die letztlich die Bürger dann zu bezahlen haben". Zu den hohen Preisen, so Wallmann, werde „mit Sicherheit der Ausstieg aus dem Kernkraftbereich" gehören. Die Folge würde dann eine Minderung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit letztlich eine „unsoziale Politik" sein.

Wallmann attestierte der SPD in dem Interview, sie sei im Begriff, „einmal von ihr mitbeschlossene Sachen" über Nacht für „hinfällig" zu erklären, *wie im Bund bei der Sicherheits-* und Verteidigungspolitik, so im kommunalen Bereich und beim Autobahnbau. Die CDU habe mehrfach Gespräche über eine große Koalition angeboten, aber keine einzige offizielle Einladung erhalten, sich an einen Tisch zu setzen. Wallmann: „Wir machen jetzt keine Angebote mehr."

Bei den kleinen hessischen Parteien, die bei den Landtagswahlen vom 25. September an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert waren, löste Börners grüne Wandlung ungläubiges Staunen aus. So meinte der Bundesvorsitzende der Liberalen Demokraten, Horst Krüger: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Allerdings nehme er die Ankündigung von Verhandlungen zwischen SPD und Grünen „im Moment ganz positiv zur Kenntnis". Sollten die Grünen tatsächlich handlungsfähig werden, wäre der Platz, den seine Partei hätte einnehmen wollen, besetzt. *Dann könne es auch zur Auflösung* der Liberalen Demokraten kommen, von denen sich dann ein Drittel aus der Politik zurückziehen werde, während sich der Rest zwischen SPD und Grünen entscheiden würde.

Auch der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik schließt ein Aufgehen der von ihm mitgegründeten Partei „Demokratische Sozialisten" in der „neuen SPD" und den Grünen nicht aus. Die jüngste Entwicklung beurteile er jedenfalls „positiv". Für die DKP erklärte deren Bezirksvorsitzende Ellen Weber: „Wir sind sehr dafür, daß SPD und Grüne zu einer politischen Mehrheit in Hessen und zu einem Gegengewicht gegen Bonn *zusammenfinden*. Für die Linksparteien gehe es darum, ihren „gemeinsamen Gegner CDU zu erkennen".

Seite 2: Börners Gegenmodell

Bonn will rasch Gesetz für „Tarifrente"

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Bundesregierung ist offenbar an einer raschen Ausarbeitung und Verabschiedung des Rahmengesetzes für die „Tarifrente" interessiert, damit für die *Anfang 1984* anstehenden Verhandlungen der Tarifparteien mindestens verläßliche Eckdaten vorliegen. Über die Grundzüge der sogenannten Vorruhestandsregelung – zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit – auf freiwilliger Grundlage sind sich die damit befaßten Fachminister für Soziales, Finanzen und Wirtschaft in Chefgesprächen einig geworden. Details, unter anderem die genauen Anteile der Finanzierung, sind noch zu regeln. Das Thema steht neben anderem auch auf der Tagesordnung einer Beprechung der Minister Blüm, Stoltenberg und Graf Lambsdorff bei Bundeskanzler Kohl in den nächsten Tagen.

Als erstes Großunternehmen hat sich jetzt die gewerkschaftseigene co op AG bereit erklärt, „sofort nach Vorliegen eines entsprechenden Rahmengesetzes" Verhandlungen für den Abschluß eines Tarifvertrags über eine Vorruhestandsregelung aufzunehmen. Der co op-Vorstand *hat dies der Gewerkschaft Nahrung*, Genuß, Gaststätten (NGG) mitgeteilt. Die NGG spielt in der Diskussion um diese freiwillige Form der Lebensarbeitszeitverkürzung eine Vorreiterrolle. Ihr Vorsitzender Günter Döding hat einen Plan vorgelegt, nach dem ein 58jähriger Arbeitnehmer aus dem aktiven Arbeitsleben ausscheiden kann; er soll dann bis zum üblichen Rentenalter eine „Tarifrente" erhalten in Höhe von 75 Prozent des letzten Nettoverdienstes. Voraussetzung ist, daß der auf diese Weise frei werdende Arbeitsplatz neu besetzt wird.

Das Sozialministerium hat einen Entwurf für ein Rahmengesetz ausgearbeitet. Allerdings hält man den ursprünglich von Döding vorgelegten Finanzierungsplan, der den Löwenanteil der Bundesanstalt für Arbeit zuschob, nicht für realisierbar. Die NGG rechnet damit, daß insgesamt durch diese Regelung rund 500 000 Arbeitslose eine Stelle finden könnten. In Regierungskreisen rechnet man mit einer Akzeptanz im ersten Jahr, in dem diese Vorruhestandsregelung angeboten wird, von 100 000 bis 150 000 Fällen.

„Friedenskrieg" in der Schule

Die Hamburger CDU legt Dokumentation zu Ereignissen bei der Aktionswoche vor

UWE BAHNSEN, Hamburg

Ein „Sorgentelefon" für Eltern, Schüler und Lehrer, das die Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion eingerichtet hat, erwies sich gestern, am ersten Tag, bereits als „schulpolitischer Hit": Zahlreiche Anrufer informierten *die Opposition im Rathaus* der Hansestadt über Manipulations- und Indoktrinierungsversuche in den Schulen – vor allem während der jüngsten „Friedenswoche". Für die Hamburger CDU ist dies der Beginn einer politischen Offensive, um vor allem die Eltern gegen eine einseitige Beeinflussung ihrer Kinder zu mobilisieren. Der nächste Schritt soll eine ständige rechtliche Beratung bei der Abwehr derartiger Unterrichtsmißbräuche sein: Flugblatt- und andere *Aufklärungsaktionen werden folgen.*

Damit zieht die Opposition in der Hansestadt die Konsequenzen aus zum Teil äußerst bedenklichen Vorgängen in den hamburgischen Schulen. In einer umfangreichen Dokumentation hat die CDU-Bürgerschaftsfraktion einige dieser Fälle geschildert. Oppositionsführer Hartmut Perschau erklärte dazu, es handele sich lediglich um die „Spitze des Eisbergs". Es sei bezeichnend für das Klima an den Hamburger Schulen, *daß viele Eltern es bislang nicht gewagt* hätten, mit ihren Beschwerden an die Öffentlichkeit zu treten, weil sie Nachteile für ihre Kinder befürchteten.

Linksgerichtete Pädagogen hatten, so Perschau, in den Schulen der Hansestadt einen „unzulässigen und freiheitsfeindlichen Anpassungsdruck" erzeugt, für den Schulsenator Professor Joist Grolle die politische Verantwortung trage. Zu den makabren Beispielen für den von der Hamburger *CDU massiv kritisierten „Mißbrauch* von Kindern und Jugendlichen während der sogenannten ‚Friedenswoche'" – so der Titel der Dokumentation – zählt eine Alarmübung mit Lautsprecherdurchsagen, die der Schülerrat eines Gymnasiums inszenierte. Dabei wurde den Schülern zugerufen: „*Dies ist keine Übung.* Bewahren Sie Ruhe. Suchen Sie die Schutzräume auf ... Was tun wir in diesen letzten Minuten unseres Lebens? Beten? Weglaufen, irgendwohin? ..."

In den sechsten Klassen eines anderen Gymnasiums wurden die Schüler von ihren Lehrern dazu angehalten, Atompilze zu malen und „Kohls Botanischen Garten" zu zeichnen – Raketen, die zwischen Blumen und Pflanzen aufragen. „Friedenspolitische Unterrichtsvorhaben" wie das Ausheben eines symbolischen Grabes für Atomkriegsopfer, offizielle Aufrufe von Schulen zu politischen Demonstrationen in einzelnen Stadtteilen mit vorzeitiger Beendigung des Unterrichts. Kraß einseitige Behandlung von ohnehin schon propagandistischen Themen wie „Atomkriegspropaganda der USA" und „Atomkriegsplanung in der Bundesrepublik" – solche und ähnliche Vorgänge haben vor allem viele Eltern zu empörten Protesten bei den Schulleitern veranlaßt.

Dabei zeigte sich häufig, daß nicht nur Schüler, sondern auch Lehrer von Pädagogen, die fest in der Lehrergewerkschaft GEW verankert sind, unter Druck gesetzt wurden. So mußten Schüler, die sich weigerten, spontan verfaßte „Friedenslieder" auswendig zu lernen, sich von ihrem Lehrer mit dem Argument zurechtweisen lassen, wenn Goethe-Gedichte gelernt würden, dann sei es ebenso berechtigt, Friedenslieder auswendig zu lernen. An einer Sonderschule für Behinderte ließen die Lehrer ihre Schüler Friedenstauben basteln, Bilder zum Thema Frieden zeichnen und Friedensgedichte schreiben – ein nach Auffassung der CDU-Fraktionsführung besonders verwerfliches Beispiel für Manipulation.

In einem anderen Fall bedurfte es des energischen Einschreitens durch den Schulleiter, um eine körperliche Mißhandlung von Schülern zu verhindern, die sich geweigert hatten, einen *vorgefertigten* Brieftext an Bundeskanzler Helmut Kohl mit einem Protest gegen den NATO-Doppelbeschluß abzuschreiben. Mitschüler [illegible] en ihnen Prügel angedroht. An einem Gymnasium hatte die Schulkonferenz sich mit großer Mehrheit gegen eine Resolution ausgesprochen, in der der NATO-Doppelbeschluß verurteilt wurde. Sie sollte demzufolge auch nicht veröffentlicht werden. Daraufhin pinselten diejenigen Lehrer, die sich für diese *Resolution* eingesetzt hatten, ihren Text auf ein Bettlaken und hängten es vor die Schule.

Schulsenator Professor Grolle hat nach Auffassung der Hamburger CDU als oberster Dienstherr der Lehrer „grünes Licht" für zahlreiche Verstöße gegen das Beamtenrecht gegeben, weil er nicht bereit gewesen sei, Arbeitsniederlegungen während der „Friedenswoche" zu unterbinden. In der CDU-Dokumentation wird der Schulleiter eines Hamburger Gymnasiums zitiert, der sich mit der Bitte um Klärung der Situation an den Schulsenator wandte und ihm schrieb: „Eine politisch motivierte Arbeitsniederlegung ihres Lehrers wird auf sie (die Schüler, d. Red.) als ein scharfer Gefühlsappell wirken; er wird bei vielen kritiklose Zustimmung, bei mehreren Unsicherheit erzeugen, bei einigen Angst; er zielt auf Gefolgschaft, nicht auf kritisches Denken."

Der Schulleiter erklärte weiter, er müsse „jeder auch noch so idealistisch motivierten Arbeitsniederlegung, wie allen anderen Dienstpflichtverletzungen entgegentreten; anders kann ich meinen Diensteid nicht verstehen. Ich vertraue dabei auf die Unterstützung durch meinen Dienstherrn." Grolles Antwort: Er werde sich für den Fall von Konflikten, die arbeits- oder dienstrechtliche Fragen aufwerfen, um eine „einheitliche Klärung" bemühen. Dabei ist es bislang geblieben.

„Reden ist Silber – Helfen ist Gold"

Die Union startet heute Aktion für ein neues Verständnis von Sozialpolitik

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Wir setzen auf die ansteckende Kraft guter Vorbilder", sagte Bundesfamilienminister Heiner Geißler gestern anläßlich der Vorstellung einer *heute beginnenden Aktion unter* dem Titel „Reden ist Silber – Helfen ist Gold". Bis zum Frühjahr 1984 sollen in ihrem Rahmen bundesweit Beispiele „für praktische Solidarität, für gelebte Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit und nicht zuletzt auch für ein neues Verständnis von Sozialpolitik" ermittelt und neugegründet werden.

Soziale Initiativen des Bürgers sollen dabei ausdrücklich nicht Ersatz für den Sozialstaat, sondern seine Ergänzung sein. Geißler betonte, daß Menschen in Not nicht nur materielle Sicherheit suchten, sondern auch menschliche Zuwendung und Geborgenheit. Das soziale Netz des Staates müsse deshalb mit einem „sozialen Netz der Nächstenliebe" verbunden und verknüpft werden.

Der einzige „Preis", der Teilnehmern an der Aktion winkt, deren Öffentlichkeitsarbeit 1,1 Millionen Mark kostet, ist die Nennung von Namen der *Helfer* in einer 1984 erscheinenden Broschüre über „Reden ist Silber – Helfen ist Gold". Repräsentanten besonders nachahmenswerter Initiativen werden nach Bonn eingeladen und hier von Bundeskanzler Helmut Kohl und Geißler ausgezeichnet. Kohl hatte in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai dieses Jahres einen „Wettbewerb sozialer Initiativen" angekündigt.

Als gute Beispiele für die gesuchten Hilfen erwähnte Geißler den Berliner „Oma-Hilfsdienst", bei dem Großmütter für Notstände in Haushalte „verliehen" werden können, und die hessische Initiative zur Förderung *der* Bewährungshilfe. Hier haben sich 200 Personen zusammengeschlossen, die sich um Haftentlassene und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft kümmern. Nach den Worten des Ministers soll das soziale Netz des Staates durch solche Aktivitäten in Zeiten knapper öffentlicher Mittel „wetterfest" gemacht werden: „Niemand, der Hilfe braucht, wenn er alt oder krank oder arm ist, darf in seinem Anspruch auf Hilfe und in seiner sozialen Sicherheit davon abhängen, ob freiwillige soziale Dienste erreichbar sind oder nicht."

Auf drei Millionen Faltblättern zur Aktion, die das Signum von fünf ineinander verschränkten Händen zeigt, und auf drei Millionen Plakaten wird dazu aufgerufen, daß Bürger der dem Familienministerium unterstellten „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung" in Köln Beispiele privater sozialer Hilfen bekanntmachen.

In einer Beispielsammlung, die vorab geliefert wird, werden als vorbildlich unter anderem die Mieter eines Wohnblocks beschrieben, die ein altes Ebepaar betreuen, damit es in seiner vertrauten Umgebung bleiben kann und nicht in ein Heim muß. Nachhilfe von deutschen Kindern für ihre türkischen Mitschüler wird genauso herausgestellt wie praktische Hilfe eines Kegelclubs, dessen Mitglieder das begonnene Eigenheim eines verunglückten Freundes für die Familie fertigbauten, oder die Aktivitäten von drei Arbeitern, die regelmäßig an Wochenenden mit Bewohnern eines Altenheims Ausflüge in die Umgebung machen.

Gesucht werden neben solchen Hilfen einzelner für Bedürftige auch Aktionen, bei denen gegenseitige Hilfe stattfindet. Aufgeführt wird in diesem Zusammenhang eine Gruppe von Rheumakranken, die gemeinsam besser mit den Folgen der Krankheit fertig wird, und eine Zusammenarbeit von Eltern behinderter und nicht behinderter Kinder, um aus den Problemen der anderen für die Erziehung der eigenen Kinder zu lernen.

Bundesfamilienminister Geißler ist überzeugt: „Familie, Nachbarschaft und Initiativgruppen können mehr Bürgersinn und Bürgerverantwortung erzeugen, als es großen anonymen Institutionen je möglich sein wird."

Fährt Honecker doch nach Eisleben?

Weizsäcker schlug Einladung nach Ost-Berlin aus / Luther-Feier live im Fernsehen

HANS-RÜDIGER KARUTZ, Berlin

Zehn Tage nach der Hauptfeier der Christen in der Bundesrepublik für Martin Luther erreichen die Gedenkstunden zum 500. Geburtstag des Reformators in der „DDR" in dieser Woche ihren Höhepunkt. Die Staatsführung *feiert* morgen *mit* einem Referat von Erich Honecker in der Staatsoper Unter den Linden. Die evangelischen Christen treffen sich am 10. November in Luthers Geburts- und Sterbestadt Eisleben – mit Lampions auf dem Marktplatz. Diese Feier wird live in beiden Teilen Deutschlands vom Fernsehen übertragen.

An der Gedenkstunde in der Ostberliner Oper mit Erich Honecker als Vorsitzendem des staatlichen Luther-Komitees sollten *nach den* Vorstellungen der „DDR"-Führung die Staatsoberhäupter sämtlicher protestantischer Länder Europas teilnehmen. Nachdem Bundespräsident Karl Carstens im Spätsommer aus statuspolitischen Gründen die Einladung nach Ost-Berlin ausschlug, bleiben nun auch Königin Margarethe von Dänemark, König Carl Gustav von Schweden und König Olav von Norwegen dem Abend in einem Akt protokollarischer Solidarität fern.

Wie unterdessen bekannt wurde, „rächten" sich die „DDR"-Behörden für Carstens' Absage, indem sie dem Staatsoberhaupt nicht die Bitte erfüllten, im Laufe des Oktobers mit seiner Frau privat die Luther-Stätten *zu besuchen.* Verschiedene Erinnerungsorte wollte er bei dieser Gelegenheit auch erwandern.

Um die Absage des Bundespräsidenten ein wenig zu überglänzen, versuchte die „DDR"-Führung vor einigen Wochen, Berlins Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker als Gast in der Oper zu gewinnen. Aus Ost-Berlin verlautete, der *CDU-Politiker* sei „auf Umwegen" gefragt worden, ob er einer Einladung folgen werde. Weizsäcker lehnte jedoch dem Vernehmen nach sofort ab, um nicht als „Carstens-Ersatz" gewertet zu werden und somit den Bundespräsidenten zu desavouieren.

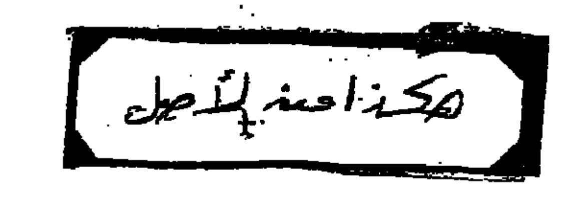
Noch scheint es nicht ausgeschlossen, daß Erich Honecker an der für den Nachmittag des 10. November auf dem Marktplatz zu Eisleben geplanten großen Abschlußveranstaltung der acht evangelischen Landeskirchen teilnimmt. Inoffiziell heißt es jedoch, der Staatsratsvorsitzende wolle mit seiner Absage – nach einer bereits eingeleiteten Reisevorbereitung – den Unmut der SED über die harten Äußerungen auf der Potsdamer Bundessynode über die innere Verfassung der „DDR" und einseitige Abrüstungsschritte des Ostens zum Ausdruck bringen.

Die gesamte Freiluft-Veranstaltung wird live und gleichzeitig mit dem 1. Programm des „DDR"-Fernsehens vom ZDF übertragen. Der gesamte technische Apparat für diese Übertragung stammt vom Ostberliner Fernsehen und wird vom Mainzer Fernsehen nach internationalen Gebührensätzen in Devisen bezahlt. Es gibt – wie schon bei einer ähnlichen deutsch-deutschen Live-Sendung am 4. Mai von der Wartburg – keinen eigenen westlichen Kommentar.

Zu dem Treffen Tausender von Christen aus der Umgebung leiten verschiedene Gottesdienste in Eisleben hin, die eine Stunde früher beginnen. „Stimme der DDR" überträgt mit dem Hauptgottesdienst aus der Andreaskirche vermutlich zum erstenmal in der Geschichte der „DDR" live einen Gottesdienst. Sämtliche Radio-Morgenfeiern in der „DDR" passieren üblicherweise vor der Bundsendung eine Kontrolle.

Noch am selben Abend setzt sich ein Sonderzug mit Hunderten von Ehrengästen in Richtung Leipzig in Marsch. In der Messestadt erfolgt das kirchliche Finale zum Luther-Jahr. Am kommenden Freitag sprechen Gäste aus Rumänien, der Schweiz und den USA über „Martin Luther – Perspektiven der Kirchen der Reformation". Abends steht die Thomaskirche im Zeichen ökumenischer Begegnungen. Dabei ergreifen der höchste Vatikan-Vertreter für die Ökumene, der holländische Kardinal Johannes Willebrands, der Erzbischof von Canterbury, Robert Runcie, sowie der amerikanische Vizepräsident des Lutherischen Weltbundes, David Preuss, das Wort.

Der Repräsentant der EKD spricht am kommenden Sonnabend in der Thomaskirche im Verlauf eines Festkonzerts mit dem Thomanerchor. Das ARD-Fernsehen überträgt dieses Ereignis von 15 Uhr an direkt. Auch Ost-Berlin mochte nicht zurückstehen und sendet das Konzert live über „Stimme der DDR".



Belgrad: Freiheit ja – aber wieviel davon?

Der Richtungsstreit über die Rolle der Partei

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Innerhalb der kommunistischen Führung Jugoslawiens ist es als Folge der schweren Wirtschaftskrise zu einer heftigen ideologischen Diskussion, ja sogar zu einer Polemik gekommen, die bereits großenteils öffentlich über die Medien geführt wird. Dabei stehen einander ein eher liberaler, weltoffener Flügel und eine streng „linientreu" agierende, sich immer wieder auf Tito berufende Gruppe gegenüber. Zentrum des „Liberalismus" ist Belgrad, wo die Zeitungen – sogar das einstmals gestrenge Parteiblatt „Borba" – inzwischen zu einer erstaunlich freimütigen Berichterstattung und Kommentierung übergegangen sind. Die kommunistische „Orthodoxie" hat demgegenüber ihre Zentren in einigen Landeshauptstädten – etwa im kroatischen Zagreb oder im bosnischen Sarajewo.

Bei der Eröffnung des in Cavtat bei Dubrovnik abgehaltenen wissenschaftlichen Kolloquiums „Sozialismus in der gegenwärtigen Welt" erklärte das Präsidiumsmitglied des „sozialistischen Bundes", Aleksandar Grlickow, der Sozialismus könne sich nur durch „ständige Erweiterung der Demokratie und Freiheit" festigen.

Grlickow, der bis vor kurzem für die Beziehungen der jugoslawischen KP zu den anderen kommunistischen Parteien zuständig war, stellte den in Cavtat Anwesenden – darunter auch prominenten Sowjets – die Frage: „Wie kann man vermeiden, daß die führende und herrschende politische Partei allmählich, aber fast unaufhaltsam und unvermeidlich die Eigenschaften einer revolutionären Bewegung verliert, was sich durch ihr Zusammenwachsen mit dem Machtapparat ergibt?" Grlickow warnte davor, daß sich die KP immer mehr in eine „Ordnungspartei" verwandle.

Scharfe Kritik

Die Belgrader „Borba", die einstmals als jugoslawisches Gegenstück zur Moskauer „Prawda" galt, veröffentlichte dieser Tage ein ganzseitiges Interview mit einem der engsten Mitarbeiter Titos, dem jetzt in Pension lebenden einstigen Politbüromitglied und Partisanenführer Svetozar Vukmanovic-Tempo. Vukmanovic (über den seinerzeit Nikita Chruschtschow zu Tito gesagt hatte: „Wenn du dich mit jemandem verkrachen willst, mußt du nur Tempo als Unterhändler schicken"), bleibt auch hier seinem Ruf als „Enfant terrible" treu. Er erklärt unumwunden – und die kommunistische Parteizeitung druckt es wörtlich ab: „Ich glaube, wir brauchen keine monolithische Partei. Im Namen des Monolithismus werden immer wieder Diskussionen über die weitere Entwicklung des Sozialismus verhindert."

Scharf kritisiert Vukmanovic, der heute als einzige politische Funktion nur noch die Mitgliedschaft im „Rat der Föderation" hat, das Verhalten der jugoslawischen Partei gegenüber den Intellektuellen. Es gebe „Streitigkeiten und Mißverständnisse" zwischen der kommunistischen Führung und einer „nicht geringen Zahl" von fähigen Wirtschaftswissenschaftlern, Soziologen, Schriftstellern und Philosophen über den Aufbau des Sozialismus. Wörtlich sagt Vukmanovic: „In Wirklichkeit handelt es sich um bürokratische Tendenzen innerhalb der Partei. Denn die Bürokraten betrachten für gewöhnlich jene Menschen, die sich kreativ gegenüber der weiteren Entwicklung unserer Gesellschaft verhalten, als Bedrohung ihrer Position." Statt dessen sei eine „bürokratisierte Intelligenzschicht" herangezogen worden, welche aus einer „Monopolposition" heraus im Namen der KP bestimme, was auf der Linie des Sozialismus liege und was nicht.

Scheinbare Harmonie

Zur gleichen Zeit und in der gleichen Ausgabe der „Borba" fordert Predrag Vranicki, einer der bekanntesten marxistischen Philosophen Jugoslawiens, die Partei auf, die demokratischen Prozesse in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens voranzutreiben. Der Philosoph erklärt: „Durch die Unterdrückung der demokratischen öffentlichen Meinung wird ein Scheinfrieden und eine scheinbare Harmonie erreicht – aber in Wirklichkeit häufen sich die Widersprüche und Deformationen an, um dann in sehr unbequemer, ja sogar gefährlicher Form ans Tageslicht zu treten."

Hätte es in Jugoslawien eine freiere Zirkulation von Informationen gegeben, wäre es nach Vranickis Meinung nicht zu den dramatischen Ereignissen der Vergangenheit – Säuberung in Kroatien 1971, in Serbien 1972 und jüngst die Kosovo-Unruhen gekommen. Fazit des Professors: Jugoslawien brauche keinen verlogenen inneren Frieden, sondern die permanente Unruhe eines demokratischen Dialogs.

Neue Schlappe für die Linke in Frankreich

v. K. Paris

Bei zwei weiteren Nachwahlen zu den französischen Gemeindewahlen hat die Linke in der bisher als weithin „rot" geltenden Pariser Bannmeile neue schwere Verluste hinnehmen müssen. In der Stadt Villeneuve-Saint-Georges im Südosten der Hauptstadt konnte die Liste der Oppositionsparteien im ersten Wahlgang mit 51,6 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit erreichen und ihren Kandidaten, den Gaullisten Marius Faisse, als neuen Bürgermeister durchsetzen. Der bisherige kommunistische Bürgermeister Roger Gaudon erhielt nur noch 37 Prozent der Stimmen (50,34 Prozent im März).

In der Industriegemeinde Aulnoy-sous-Bois im Norden, die 1982 durch zwei wochenlange, von der kommunistischen Gewerkschaft CGT angezettelte Streiks im örtlichen Citroën-Werk auch außerhalb Frankreichs bekannt wurde, konnte die Rechte als Sieger aus dem Duell mit der Einheitsliste der Linken hervorgehen. Sie hat gute Aussichten, in der Stichwahl am nächsten Sonntag ihren Kandidaten durchzubringen. Dann hätte die Linke trotz des inzwischen etwas gestiegenen Ansehens des sozialistischen Staatspräsidenten Mitterrand im Gefolge der Libanon-Krise seit September fünf große Gemeinden im Raum Paris verloren.

Die schlechten Ergebnisse bei diesen Nachwahlen haben Sozialisten und Kommunisten veranlaßt, noch in diesem Monat ein Treffen ihrer Spitzenpolitiker einzuberufen.

Frankreichs schnelle Eingreiftruppe

Mobilität und hohe Feuerkraft für den konventionellen Einsatz

AUGUST GRAF KAGENECK, Paris

In der von Verteidigungsminister Charles Hernu eingebrachten und von der Kammer am 3. November angenommenen Haushaltsvorlage zu dem Wehretat 1984 spielt die „Modernisierung und Straffung des Heeres" eine vorrangige, auch für den deutschen Nachbarn wichtige Rolle. Zwar erhalten die nuklearen Streitkräfte Frankreichs getreu dem 1983 vorgelegten Fünf-Jahres-Rüstungsplan bis 1988 den Löwenanteil der insgesamt 142,1 Milliarden Franc betragenden Mittel, nämlich 32,7 Prozent, aber der Akzent lag bei Hernus Budgetrede unüberhörbar auf dem Bemühen Frankreichs, sich neben einer laufend verbesserten atomaren Abschreckung, die den Krieg verhindern soll, auch auf die erfolgreiche Führung eines konventionellen Abwehrkrieges mit stark bewaffneten, schnell beweglichen klassischen Streitkräften an der Seite der atlantischen Verbündeten vorzubereiten.

Fünf Divisionen

Kern dieser Reorganisation der Landstreitkräfte ist die seit einem Jahr in Aufstellung befindliche „schnelle Eingreifstreitmacht" (Force d'Action Rapide), FAR. Hernu definierte den neuen Verband als eine „polyvalente, schnell bewegliche, über hohe Feuerkräfte verfügende Eingreiftruppe zum Einsatz sowohl in Übersee als auch in Europa an der Seite der Alliierten". Die FAR soll insgesamt fünf Divisionen stark sein, 47 000 Mann umfassen und unter dem direkten Befehl des Staatspräsidenten stehen. Schon heute sind ihr die bereits bestehende 11. Fallschirmjägerdivision, die 9. Marineinfanteriedivision, die 27. Alpenjägerdivision und die 31. Brigade assigniert. Im Laufe des kommenden Jahres soll die vornehmlich aus Einheiten der Fremdenlegion bestehende 31. Brigade in eine luftbewegliche „leichte Panzerdivision" verwandelt werden, die über ein besonderes „Panzerabwehrregiment" verfügt. Dieses Regiment wird, eine Neuerung im französischen Heer, mit 120 Kampf- und Panzerabwehrhubschraubern ausgerüstet, die einen schnellen Einsatz an jedem denkbaren Schwerpunkt, etwa dem Durchbruch eines feindlichen Panzerkeils in Europa, ermöglicht. Eine gleich große Hubschraubereinheit wird im Laufe des Jahres 1985 im Rahmen der 4. Luftlandedivision aufgestellt werden. Diese Division formiert sich aus der augenblicklich in Lothringen stehenden 4. Panzerdivision, die „leicht und beweglich" gemacht wird und als „Speerspitze" der schnellen Eingreifstreitkräfte gilt.

Die Aufstellung der FAR ist nach Zeit und Haushaltsmitteln voll im Fünf-Jahres-Rüstungsplan eingeplant. Sie gilt als das persönliche Werk des augenblicklichen Verteidigungsministers. Ihre Einheiten sollen in Friedenszeiten auf französischem Boden stationiert bleiben, also nicht schon jetzt die 55 000 Mann französische Truppen in der Bundesrepublik verstärken, aber im Kriegsfalle würden sie eng mit diesen zusammenarbeiten.

Über die genaue Rolle der FAR ist in Frankreich in letzter Zeit heftig diskutiert worden. Die Kommunisten sehen in ihr eine „NATO-Reserve" und damit den Beweis, daß Frankreich unter Mitterrand in die militärische Integration des Atlantischen Bündnisses zurückgekehrt ist. Als solche verstand sie auch NATO-Oberbefehlshaber General Rogers, der die Aufstellung des neuen Verbandes im Sommer freudig begrüßt hatte. Hohe französische Militärs hinterfragten unter einem Pseudonym in der Zeitung „Le Monde" kürzlich zwar nicht ihre Daseinsberechtigung, aber ihre möglicherweise mangelhafte Ausrüstung. Hernu selbst sprach klar von ihrer Aufgabe, als Eingreifreserve auf dem europäischen Kriegsschauplatz, und zwar „von dem ersten Auftreten eines Friedenszeichens an".

Im Manöver erprobt

Ein erstes Element der künftigen FAR, eine „Blitzbrigade", wurde in diesem Sommer in Ostfrankreich bereits im Manöver erprobt. Ihr Chef, General Etienne Doussau, sagte in der Manöverbesprechung, die neue Truppe solle im Krisenfall „von den französischen Streitkräften in Deutschland und neben den alliierten Streitkräften" eingesetzt werden und besonders die von den Sowjets inzwischen aufgestellte „operationelle Manövergruppe", die zum schnellen Durchstoß ins feindliche Hinterland bestimmt ist, bekämpfen. In Regierungskreisen waren die Äußerungen des Generals als „vorlaut" kritisiert worden. Aber Hernu hatte seinen General in Schutz genommen und nur noch hinzugefügt, der Einsatz der FAR müsse schon heute mit den Alliierten genauestens abgesprochen werden.

Algerischer Präsident bei Mitterrand

v. K. Paris

Zum ersten Mal seit dem Ende des Algerien-Krieges vor 21 Jahren besucht ein algerischer Staatschef in diesen Tagen offiziell Frankreich. Präsident Chadli Benjedid traf gestern mit mehreren Ministern zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Paris ein.

Probleme der 800 000 algerischen Gastarbeiter, die illegale Einwanderung, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und der von Algerien gewünschte stärkere Transfer französischer Technologie werden die Hauptgesprächsthemen zwischen Chadli und Präsident Mitterrand sein, der Algerien im Dezember 1981 besucht hatte. Auf rassistische Erscheinungen in Frankreich eingehend, hatte Präsident Chadli verlangt, daß die Prinzipien der Französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – auch den Algeriern gegenüber endlich angewandt werden müßten.

Afrika und der Nahe Osten stehen im Vordergrund der von den beiden Staatschefs zu behandelnden außenpolitischen Themen. Frankreich weist Algerien unter der gemäßigten Führung Chadlis eine entscheidende Rolle bei der Beilegung schwelender afrikanischer Konflikte zu. Chadli tritt für den Abzug aller ausländischen Truppen, also auch der libyschen, aus Tschad ein. Im seit 1979 andauernden Westsahara-Krieg zwischen dem Königreich Marokko und der Befreiungsfront Polisario befürwortet Chadli eine auch von König Hassan von Marokko gewünschte Volksabstimmung unter der westsaharischen Bevölkerung.

Der Mahdi kehrt in den Sudan zurück

Saudis vergolden Numeiri die Re-Islamisierung

Eine Flasche Whisky kostet jetzt auf dem Schwarzen Markt in der sudanesischen Hauptstadt Khartum 100 Dollar. Alle Bars sind geschlossen, es gibt auch kein Bier mehr. Alle Restaurants und Hotels mußten ihre Alkohol-Vorräte vernichten. Diese Folge der neu eingeführten Scharia-Gesetzgebung, des islamischen Rechts mit strengem Alkohol-Verbot, betrifft nur wenige Sudanesen, aber alle Ausländer.

Anders ist es mit den Strafen der Scharia. In Kürze sollen im Kobargefängnis von Khartum Mörder erstmals öffentlich geköpft werden. Ein Gericht hat einen Dieb dazu verurteilt, sich die rechte Hand und das linke Bein abschlagen zu lassen. Ein anderer verliert nur die rechte Hand. Ehebrüchige Frauen können künftig gesteinigt werden, Alkoholsünder werden wie in Saudi-Arabien öffentlich ausgepeitscht. Die Scharia soll für alle 20 Millionen Sudanesen gelten, ob sie aber auch in Südsudan mit seinen Millionen Christen und Animisten angewendet wird, ist noch unklar.

SUDAN

Knapp 100 Jahre nach dem Aufstand des Mahdi (Gottgesandten) Mohammed Achmed, der 1885 Khartum eroberte und den britischen Verteidiger General Gordon niedermetzeln ließ, führt Präsident Numeiri (53) das größte Land Afrikas (zehnmal so groß wie die Bundesrepublik) nun wieder in das Lager des orthodoxen Islam. Das 1899 eingeführte britische Rechtssystem gilt nicht mehr. Zu erwarten sind jetzt auch Anordnungen, daß Frauen sich zu verhüllen haben und nicht mehr mit Männern zusammenarbeiten dürfen.

Die Entscheidung des an sich pragmatischen Numeiri hat innenpolitische und wirtschaftliche Hintergründe. Vor allem das Königreich Saudi-Arabien drängt wie auch in Ägypten auf die volle Islamisierung. Die Einführung der Scharia ist daher ein großer Erfolg für König Fahd, der nach sudanesischen Angaben dafür Sudan aus seinen Devisennöten befreien wird. Khartum konnte schon letztes Jahr nicht mehr die 500 Millionen Dollar für seine Öl-Importe bezahlen. Jetzt steht eine saudische Soforthilfe von 100 Millionen Dollar an, geplant ist für die nächsten drei Jahre insgesamt eine Milliarde Dollar. Sudan ist also bald wieder zahlungsfähig und für Entwicklungshilfe kreditwürdig.

Außenpolitischer Berater des Präsidenten wurde bei einer kleinen Kabinettsumbildung nach Einführung der Scharia am 8. September der Führer der orthodoxen Moslembrüder in Sudan, Hassan el Turabi, der enge Beziehungen zur saudischen Prinzengarde hat. Präsident Numeiri, der seit seiner Machtergreifung 1969 schon zahlreiche politische Wendemanöver hinter sich hat, will sich jetzt also mit den orthodox-islamischen Kräften aussöhnen. Das geht jedoch nicht ohne Widerstand und neue Konflikte im christlich-animistischen Südsudan. Aus Furcht vor der neuen Islamisierungspolitik Khartums sind bereits über 20 000 christliche Sudanesen nach Äthiopien geflohen, andere setzten sich zum Widerstand in den Busch ab

Auch die Moslems der Ansar-Bruderschaft, die die Tradition der Machdisten pflegt, haben sich gegen die Einführung der Scharia gewandt. Im Gegensatz zu König Fahd, der Numeiri beglückwünscht hatte, weil Sudan nun ein Modell sei und weil der Präsident persönlich Bierfässer in den Nil entleerte, erklären die Ansar, nur ein Imam könne die Scharia-Gesetzgebung einführen und nicht ein Staatspräsident. Sicherheitshalber ließ Numeiri daraufhin den Führer der Ansar, Saddiq el Mahdi, unter Hausarrest stellen. Andererseits öffnete er für 12 000 Häftlinge am 24. September die Gefängnistore, da sie nicht nach Scharia-Gesetzen abgeurteilt worden waren. Jeder erhielt 100 Pfund, was das Budget mit umgerechnet 2,6 Millionen Mark belastet.

Die Gefahr für das persönliche Regiment Numeiris kommt aber nicht von den Rechtsanwälten, sondern von der Armee und aus dem Süden. Auch das Offizierskorps wird islamisch ausgerichtet, wie Numeiris Anwesenheit bei einer Feier für junge Leutnants unterstreicht, die in Saudi-Arabiens Islam-Universität Mekka und im islamischen Zentrum von Khartum geschult worden waren. Mehr und mehr muslimische Offiziere werden aus dem arabischen Norden in den Süden versetzt, was dort wiederum die Unruhe unter der christlichen Bevölkerung schürt.

PETER MEYER RANKE (SAD)

„Abbau der Todesautomaten stagniert“

AP, München

Der Abbau der „DDR“-Todesautomaten vom Typ SM 70 an der innerdeutschen Grenze geht nach Angaben des Bundesgrenzschutzkommandos Süd nur sehr zögernd voran. Ein Sprecher des BGS sagte gestern in München, an der Grenze zu Bayern seien lediglich bis zum 24. Oktober die Selbstschußanlagen im Raum östlich und westlich von Mödlareuth bei Hof abgebaut worden. Seit zwei Wochen seien keine weiteren Arbeiten beobachtet worden. Ähnlich verhalte es sich in den BGS-Abschnitten Mitte und Küste. Dort ruhe der Abbau seit dem 26. Oktober. Lediglich im BGS-Abschnitt Nord seien bis zum 4. November an der Grenze zu Niedersachsen weitere Anlagen demontiert worden.

Bisher sei seit Beginn der Demontage im September erst ein verhältnismäßig geringer Teil der Selbstschußanlagen entfernt worden. An der 87 Kilometer langen Grenze zu Bayern seien auf zehn Kilometer rund 1300 der 13 000 bis 14 000 SM-70-Systeme abgebaut worden. „DDR“-Staatsratsvorsitzender Erich Honecker hatte öffentlich angekündigt, daß alle Selbstschußanlagen abgebaut werden sollen.

FDP-Parteitag 1984 auf Mai verlegt

E. N. Bonn

Der Parteitag der Freien Demokraten 1984 wird, unter anderem aus wahltaktischen Gründen, vom November auf den Mai des nächsten Jahres vorverlegt. Darauf hat sich das FDP-Präsidium geeinigt. Der Bundesvorstand der Partei muß dieser Verlegung noch zustimmen.

Wenige Tage vor ihrem 34. Ordentlichen Bundesparteitag in der Zeit vom 18. bis 19. November in Karlsruhe hat die FDP-Spitze betont, die Terminverschiebung solle auch einen wirksamen Auftakt der für die Europa-Wahl am 17. Juni 1984 schaffen, und rechtzeitig richtungweisend für die Wahlen in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 1985 sein.

Chile läßt 1984 Parteien zu

WELT-Interview mit Außenminister Miguel Schweitzer: Stabile Demokratie angestrebt

MANFRED NEUBER, Bonn

Die Beziehungen zwischen Chile und der Bundesrepublik Deutschland werden aufgefrischt. Dieser Absicht dienten getrennte Gespräche des chilenischen Außenministers Miguel Schweitzer mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in Bonn.

In einem Interview der WELT kündigte Schweitzer für Anfang 1984 die Zulassung verfassungstreuer Parteien in Chile an. Vielleicht schon im nächsten Jahr soll in seinem Land eine Volksabstimmung über vorgezogene Kongreßwahlen angesetzt werden. Nach der Verfassung von 1980 ist die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit erst für 1989 vorgesehen.

„Wir wollen in Chile eine stabile Demokratie errichten, die mindestens für weitere 150 Jahre, wenn nicht für immer Bestand haben soll“, erklärte der Außenminister. Um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, dürfe nichts überstürzt werden. Santiago lasse sich nicht von außen drängen, nur um als Demokratie in Anführungszeichen gelten zu können. Chile habe eine geschichtliche Reputation als demokratisches Land, sagte Schweitzer, und wolle diesem Ruf in Zukunft wieder gerecht werden.

WELT: Herr Minister, Sie haben vor wenigen Tagen eine Erklärung des US-Außenministeriums zum politischen Dialog in Chile als Einmischung in die inneren Angelegenheiten bezeichnet. Warum?

Schweitzer: Es ist durchaus verständlich, wenn sich Regierungen über bestimmte Vorgänge in anderen Ländern besorgt äußern. Es geht aber nicht an, daß das State Department in einer speziellen Angelegenheit wie dem Dialog zwischen Regierung und Opposition Stellung nimmt, und zwar schon zum 14. Male in kurzer Zeit! Das ist einfach zu viel und könnte als Einmischung in innere Angelegenheiten aufgefaßt werden.

WELT: Präsident Pinochet hat Änderungen im politischen System in Aussicht gestellt, Innenminister Jarpa kündigte Wahlen vor 1989 an. Wie sieht der Zeitplan aus?

Schweitzer: Unsere Verfassung von 1980, obwohl aus 104 Artikeln bestehend, was wenig ist für lateinamerikanische Verhältnisse, steckt nur den programmatischen Rahmen für die konstitutionelle Erneuerung ab. Die organischen Ausführungsgesetze stehen noch aus.

Bisher war beabsichtigt, die politischen Statute als letzten Schritt bei der Rückkehr zur Normalität und zur vollen Demokratie vor den für 1989 vorgesehenen Wahlen zu erlassen. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise erkannte jedoch der Präsident, die politische Beteiligung müsse in der einen oder anderen Form erweitert werden. Deshalb entschied er, den politischen Dialog schon jetzt zu beginnen, die Novellierung vorzuziehen und gegebenenfalls durch vorzeitige Wahlen ein Parlament mitwirken zu lassen.

Der Präsident nahm eine Kabinettsumbildung vor, bei der mehrere zivile Minister in die Regierung kamen, unter ihnen Minister der früheren *Präsidenten Frei und Alessandri* sowie ein Gewerkschaftsführer. Eine bedeutende Rolle im politischen Dialog spielt jetzt Innenminister Jarpa. Der Staatsrat wurde beauftragt, die politischen Gesetze mit den Parteien zu beraten. Ein neues Parteien-Statut kann Anfang 1984 in Kraft treten. Dann können die zugelassenen Parteien neue Führungsgremien wählen und die Diskussion mit der Regierung über die politische Zukunft fortsetzen.

Wenn es der Regierung angezeigt erscheint, den Zeitpunkt für Wahlen vorzuziehen, wird ein Referendum darüber angesetzt werden, ob das Volk früher wählen will. Im Falle der Zustimmung muß die Verfassung dementsprechend modifiziert werden. Dies würde aber keine Abkürzung der Übergangsperiode mit den Sondervollmachten für die Exekutive gemäß der Verfassung bedeuten. Sobald über vorzeitige Wahlen entschieden wäre, könnte jedoch über viele andere politische Punkte diskutiert und entschieden werden.

Chiles Außenminister lobte die „politische Reife“, die Argentinien mit seinen Wahlen auf dem Wege der Rückkehr zur Demokratie bewiesen habe, und besonders das Verhalten seiner Politiker vor und nach der Wahl, da es keine Sieger und Besiegte, sondern nur einen Sieg für ihr Land gebe. Er zerstreute Vermutungen, nach der Wende in Buenos Aires und etwaigen ähnlichen demokratischen Entwicklungen in anderen Nachbarstaaten könnte Chile isoliert werden.

Optimistisch äußerte sich Schweitzer über die Aussicht, den Territorialstreit mit Argentinien über den Beagle-Kanal auf der Grundlage der Vermittlungsvorschläge des Vatikans regeln zu können. Der künftige Präsident Raue Alfonsin habe dazu eine positive Haltung eingenommen. Davon ausgehend, so hofft Schweitzer, sollte Argentinien noch unter dem derzeitigen Regime den Konflikt beilegen.

Aus „grundsätzlichen Erwägungen“ hat Chile in der UNO-Vollversammlung gegen die USA in der Grenada-Debatte gestimmt. Der Außenminister begründete dies damit, kleine Länder hätten sonst keinen Schutz vor Interventionen. Er setzte sich dafür ein, die Krise in Mittelamerika aus der Ost-West-Konfrontation herauszuhalten und durch die Lateinamerikaner und ihre regionalen Institutionen zu schlichten.

WELT: Wie schätzen Sie ein Jahr nach dem Regierungswechsel in Bonn die Beziehungen Ihres Landes zur Bundesrepublik ein?

Schweitzer: Wir haben normale, gute Beziehungen zur Bundesrepublik und hegen keine besonderen Erwartungen. Ungeachtet der jeweiligen Regierungen bestehen enge wirtschaftliche Beziehungen. Ob ich enttäuscht bin? Nein. Auch von der neuen Regierung in Bonn haben wir keine euphorischen Beziehungen erwartet. Ich bin sicher, je mehr Deutsche Chile besuchen und sehen, was dort wirklich geschieht, um so mehr werden erkennen, daß das Bild nicht zutrifft, daß die Medien im allgemeinen von der politischen Situation in unserem Lande zeichnen.

Der Außenminister widersprach entschieden der Darstellung, in Chile sei die freie Marktwirtschaft gescheitert. Er wies darauf hin, daß Chile unter dem Einfluß der Weltrezession ohne die freie Marktwirtschaft schlimmer zu leiden hätte. Immerhin könne Santiago einen ausgeglichenen Staatshaushalt, seit kurzem einen Handelsüberschuß und vor allem diverzifizierte Exportgüter vorweisen.



Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Blind für Zusammenhänge

Sehr geehrte Herren,
zum Thema „Grenada“ hat mich ein Entsetzen gepackt über die Instinktlosigkeit, mit der sich westliche Regierungen geäußert haben. Es ist bedauerlich, daß auch die Bundesrepublik sich nicht gerade klug verhalten hat.

Der einzige, der Verstand gezeigt hat, ist wieder einmal Franz Josef Strauß, der auch den Mut hat, sich hierzu im Gegensatz zur Bundesregierung zu äußern.

Von dem Strauß-Interview abgesehen war es erfreulich, daß die *WELT* in der Sonnabend-Ausgabe endlich zwei sachliche, vernünftige Artikel brachte, von Enno von Loewenstern und Thomas Kielinger, die, wenn auch etwas spät, die Dinge richtig beleuchtet haben. Daß auch Klaus Böhle zu diesem Thema zwei ausgezeichnete Karikaturen brachte, konnte nicht überraschen.

Vor allem aber gehört Präsident *Ronald* Reagan unsere ungeteilte Zustimmung, wie er die Situation richtig erkannt hat und, wie sich inzwischen gezeigt hat, 5 Minuten vor 12 handelte anstatt sich etwa an die UNO zu wenden, von wo auch dieses Mal nichts Vernünftiges zu erwarten war.

Hätten die USA seinerzeit in der Schweinebucht auf Kuba ähnlich konsequent gehandelt, dann hätte unsere Schutzmacht heute nicht das Dilemma mit Kuba, und es würde nicht die Krise um Nicaragua schwelen. Es ist wirklich tragisch, daß offenbar keine einzige westliche Regierung diese ganzen Zusammenhänge richtig sieht und dementsprechend sich vorbehaltlos an die Seite der USA stellt.

Mit freundlichem Gruß
Karl-Ernst Zippel,
Hamburg 70

*

„Bonn geht auf Distanz zum US-Eingreifen in Grenada“; WELT vom 27. Oktober

Fast alle Freunde und Verbündeten der USA zerreißen sich die Mäuler darüber, weil Amerika Grenada davor bewahrt hat, eine russische Raketenbasis zu werden. Die dekadenten westlichen Schreihälse, obendrein noch dumm wie Bohnenstroh, haben die wirkliche Gefahr, die dann von Grenada und Kuba etc. gegen Amerika ausgegangen wäre, überhaupt nicht erkannt. Diese Leute sind der Untergang der westlichen Allianz. Sowjetunion du kannst dich freuen – solche Gegner kann man im Schlaf einsammeln.

Mit freundlichen Grüßen
Werner Hugo Bethke,
Ludwigshafen

Mit verschobener Optik

Sehr geehrte Damen und Herren,
zu Ihrer Information senden wir Ihnen das beigefügte Flugblatt, das getragen wird von allen Parteien, Vereinen und Vereinigungen aus Karnap:

Am 14. Oktober 1983 hat das III. Programm des WDR den Filmbeitrag „Essen zu durchqueren …“ gesendet.

- Dieser Film hat ein völlig falsches Bild von der Stadt Essen vermittelt!
- Dieser Film war ein Tiefschlag gegen den Essener Norden!
- Dieser Film hat unseren Stadtteil Karnap in unerträglicher Weise diffamiert und beleidigt!

Von Karnap wurde als „Umweltsaustall“, „Niemandsland“ und „Ghetto“ gesprochen. Damit wurde die Wirklichkeit völlig auf den Kopf gestellt! Gegen diese falsche Darstellung erheben wir schärfsten Protest!

Wir Karnaper wehren uns!

Wir Karnaper fordern vom WDR eine neue und sachlich richtige Darstellung unseres Stadtteils!

Wir rufen alle Karnaper Bürger auf, sich mit ihrer Unterschrift an diesem Protest zu beteiligen!

Ab 22. Oktober 1983 liegen in allen Geschäften, Banken und Gaststätten Unterschriftslisten aus. Diese Unterschriftslisten werden dem Intendanten des WDR, Herrn von Sell, übersandt!

Karnaper solidarisiert Euch! Tragt Euch in die Unterschriftenlisten ein!

Mit freundlichen Grüßen
Bürgerverein Karnap,
Hans Schmik,
Essen 12

*

Nachdem wir uns den 5. Teil der Serie „Die Knapp-Familie“ angesehen haben, war uns klar, daß der Autor Stephan Meyer die Geschichte des Kampfes um unsere Siedlung dazu benutzt hat, eine Klamotte primitivster Machart daraus zu machen. Viele Details aus unserer Geschichte mußten dafür herhalten, selbst einige unserer Plakate waren im Film zu sehen. Das schlimme daran ist, daß viele Menschen von außerhalb glauben müssen, so hätte es sich bei uns wirklich abgespielt (z. B. während des Hungerstreikes essen usw.). Und was dachte sich der Autor eigentlich dabei, als er eine Hungerstreikerin den Besitzer der Siedlung „… Sie Jud'“ anschreien ließ? Nie ist so etwas bei uns geschehen, oder gehört das etwa zu einem „Unterhaltungsfilm“?

Wir geben deshalb als Zeichen unseres Protestes gegen diese Art von Fernsehprogramm die uns während den Dreharbeiten 1981 von der Bavaria für unsere Bürgerinitiative gespendeten 1000,- Mark zurück.

Mit freundlichen Grüßen
Roswitha Zenge,
Arbeitskreis der Bürgerinitiative Rheinpreußensiedlung,
Duisburg 17

*

„Widerstandstag der Schulen“; WELT vom 21. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,
im ARD-Fernsehprogramm konnte man besichtigen, wie eifrig Schüler den sogenannten „Widerstandstag der Schulen“ begingen; eine Gruppe – schätzungsweise zweite Klasse Grundschule – tat dies in Form von Ringelreihenspielen. Ihr altersgemäßer Bildungsstand erbrachte alle Voraussetzungen, um den Jo Leinens auf den Leim zu gehen: Grundrechnen schwach, logisches Denkvermögen noch unentwickelt, Geschichtskenntnisse nicht vorhanden. Man darf bezweifeln, ob die Zweitklässler „Widerstand“ schon richtig buchstabieren konnten; noch mehr freilich, ob sie verstanden haben, was die sogenannte Friedensbewegung nach dem Vorbild totalitärer Regime damit ihnen veranstaltete.

Mit freundlichen Grüßen
Brune Mellinger,
Bonn 1

Andere Augen

Daß ich jetzt die Welt mit anderen Augen sehen kann, verdanke ich der Lektüre der WELT. Durch den Artikel „Sie sägen mit Schockwellen“ *(30. August 1983)* wurde ich auf die Operationsmethode mit YAG-Laser aufmerksam. Vor wenigen Tagen hat mich Professor Dr. Dardenne in der Bonner Augenklinik in der von ihm beschriebenen Technik innerhalb von wenigen Minuten ambulant operiert. Der Erfolg: Mein Sehvermögen wurde um 50 Prozent verbessert.

Fassungslosigkeit muß daher bei mir der Leserbrief „Schockwellen“ von Rudolf Eickmeyer (WELT vom 22. Oktober) hervorrufen, mit dem sich die vom Autor zitierten Ärzte selbst abqualifiziert haben. Sie können den Ruf eines Mikrochirurgen von internationaler Reputation nicht ramponieren.

Mit freundlichen Grüßen
Friedrich Georg Wendl,
„Der deutsche Arzt“,
Bonn 2

Nicht Vergeltung

Erstmalig haben wir in Herrn Dr. Werner Dollinger einen Verkehrsminister, der die neue Gurtkampagne '83 nicht nur weiterhin tatkräftig fördert, sondern der speziell durch stetige Aufklärung und Werbung – nicht durch Vergeltung – vergeßliche Autofahrer von der Zweckmäßigkeit des Gurtanlegens zu überzeugen versucht. Seine eindeutigen Worte: „Eine Zwangsmaßnahme kann diese in der Eigenverantwortlichkeit verwurzelte Überzeugung nicht ersetzen. Bei mangelnder Überzeugung wird auch eine Zwangsmaßnahme nicht akzeptiert, die Wirkung muß verpuffen“, zeugen von echter demokratischer Gesinnung.

Lothar Müller,
Mainz 1

Unzumutbar?

„Carstens stellt kritische Fragen“; WELT vom 31. Oktober

Nur in einem Obrigkeitsstaat ist es möglich, daß zwangsweise zusammen mit Staatssteuern durch die Lohnbüros für irgendwelche Organisationen Beiträge eingezogen werden, z. B. für die Evangelische Kirche. Es ist eine ungeheure *Zumutung* und Gewissensbelastung für die Mitarbeiter der Lohnbüros der sogenannten freien Wirtschaft, daß sie Beiträge für diese Organisation einbehalten müssen.

Das Christentum der evangelischen Kirchen ist seit Jahren nur noch eine Privatangelegenheit von kirchlichen Amtsträgern. In der täglichen Praxis wird es von auf der Straße protestierenden Pastoren und Amtsträgern meistens verhöhnt. Es hat mit dem täglichen Leben von Millionen arbeitenden Menschen nicht das Geringste zu tun. Was diese Menschen von dieser Kirche im Ernstfall zu erwarten haben, erleben sie am Beispiel Afghanistan. Die christlichen kirchlichen Amtsträger heißen durch bewußtes Schweigen die millionenfachen Morde in Afghanistan – auch an unzähligen Frauen und Kindern – gut. Einige wenige Bla-bla-Proteste dagegen sind kein Alibi – Vietnam hat für Proteste dieser Art mit jahrelanger Unterstützung der evangelischen Kirche eindeutige Maßstäbe gesetzt!

Arbeitnehmer in den Lohnbüros und die Gewerkschaften müssen Widerstand gegen den Vereins-Beitragseinzug für die Kirche durch die Lohnbüros leisten; der Staat darf keinen Gewissenszwang durch diesen in keiner Weise zu rechtfertigenden zwangsweisen Geldeinzug ausüben.

Mit freundlichen Grüßen
Willy Braune,
Kaarst 1

Wort des Tages

„Leben bedeutet immer: dem Höheren, der Vollkommenheit entgegenstreben, sich emporschwingen und versuchen, den Gipfel zu erreichen.“

Boris Pasternak, russ. Autor und Nobelpreisträger (1890–1960)

Personalien

ERNENNUNGEN

Neue Konsuln und Generalkonsuln erhielten das Exequatur. **Hubert Eichinger** wurde Honorarkonsul in Leeds, England, für die Bereiche West- und Südyorkshire. Die Türkei entsandte als Generalkonsul nach Köln **Ilhan Yigit Basioglu.** Neuer türkischer Generalkonsul in Unter-, Mittel- und Oberfranken sowie in der Oberpfalz ist mit Amtssitz in Nürnberg **Argun Özpay**. Pakistanischer Honorar- und Generalkonsul in Hamburg wurde **Hermann Schnabel.** Als französischer Berufskonsul ging **Jacques Meudic** nach Saarbrücken. Er wurde Nachfolger von **Lucien André,** der im Sommer bei einem Gangsterüberfall auf ein Hotel in Südfrankreich ums Leben kam.

GEBURTSTAG

Alexander Gunther Friedrich, Vorsitzender des Entwicklungspolitischen Forums der Deutschen Stiftung in Berlin, wurde am 6. November 60 Jahre alt. Friedrich widmete sich seinerzeit zunächst entwicklungspolitischen Aufgaben zur Infrastruktur und Wirtschaftsplanung an der Bundesforschungsanstalt Hamburg-Reinbek und hatte Lehraufträge an den Universitäten Hamburg, Oxford und Monrovia. Er wurde FAO-Sektionschef in Rom zum Aufbau von Forschungs- und Lehrinstituten in Entwicklungsländern. 1966 bis 1979 war er UN-Exekutivsekretär des Industrie-Kooperationsprogrammes in Rom, Genf und New York. Friedrich gehört heute unter anderem der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen in Bonn an.

EHRUNGEN

Die Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft vergibt 1983 zum ersten Mal den Preis des Historischen Kollegs. Preisträger wird der Jurist, Philosoph und Historiker Professor Dr. **Alfred Heuß** von der Universität Göttingen. Der Verfasser bedeutender Werke zur Geschichte der antiken Welt wird am 15. November in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften geehrt. Die Preisverleihung nimmt Bundespräsident **Karl Carstens** vor. Zu den Rednern wird Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** gehören. Vorsitzender der Stiftung Historisches Kolleg ist Professor Dr. **Theodor Schieder.**

*

Bayerns Staatsminister **Anton Jaumann** hat im Auftrag von Bundespräsident **Karl Carstens** den bayerischen Verleger **Matthias Ritthammer** ausgezeichnet und ihm das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse überreicht. Ritthammer gehört heute zu den bekanntesten Persönlichkeiten der deutschen und europäischen Möbelwirtschaft. Die von ihm herausgegebene Fachzeitschrift für die deutsche Möbelwirtschaft gilt als führend auf diesem Gebiet.

*

Die Preise der Bayerischen Landesstiftung 1983 werden am Mittwoch in München vergeben. Den Kulturpreis erhält der emeritierte Professor Dr. **Joseph Ziegler,** früherer Inhaber des Lehrstuhls für alttestamentliche Exegese und ehemals Rektor der Universität Würzburg. Der Preis ist mit 10 000 DM dotiert. Weitere Preise in gleicher Höhe gehen an den „Verschönerungsverein Würzburg“ für mehr als 100 Jahre praktizierten Natur- und Landschaftsschutz und an die Vereinigung Lernhilfe“ Schongau, die sich Lernbehinderten und ausländischen Kindern annimmt. Schließlich wird auch der Verein „Haus für das Leben“ in Straubing ausgezeichnet.

*

Die Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz verlieh die Wilhelm-Heinse-Medaille für Essayistik an **Marcel Reich-Ranicki,** der, so hieß es in einer Würdigung, den „utopischen Versuch unternommen habe, Literatur zu einer öffentlichen Sache zu machen“.

Förderungskonzept soll Neubeginn erleichtern / Erste Erfolge / Studenten wollen ihr Wissen und Können „an den Mann bringen"

Berlin ermuntert den Mittelstand zu mehr Initiative

Berlin hat wieder Saison. Zu berichten ist von den Anfängen eines interessanten Prozesses. In dieser Stadt, in der dank einer jahrelangen verfehlten Politik fast 100 000 Menschen mehr im öffentlichen Dienst als in der Industrie arbeiten, regt sich etwas wirklich Berlinerisches, der Mut zu wirtschaftlicher Eigendynamik, das Zutrauen zur eigenen Kraft. Es sind Anfänge. Der Senat hat sie offenbar erkannt, versucht sie zu fördern.

Von JOACHIM NEANDER

Wenn der Unternehmer Robert Henning aus seinem Büro hinuntersieht auf die gegenüberliegende Seite der Komthurstraße in Tempelhof, dann schaut er einem Wettlauf zu. Wenn der Erweiterungsbau, der da hochgezogen wird, bis zu einem bestimmten Datum fertig ist, gibt es eine Prämie vom Senat: Zehn Prozent der Bausumme, das sind immerhin zwei Millionen Mark. Jawohl, in Berlin gibt es eine Menge von Töpfen, aus denen wirtschaftliche Initiative gefördert wird.

Der Witz ist nur: Ein Mann wie Henning baut nicht wegen der Prämie. Er nutzt sie. „Leider gibt es hier in Berlin zu viele Leute", sagt er, „die fragen zuerst, wo überall als Zuschüsse kriegen können, und dann erst, was die damit anfangen wollen. Man muß vorher wissen, was man vorhat, und sich dann um die Finanzierung bemühen. Die Möglichkeiten hier sind sehr vielseitig. Den richtigen Gebrauch davon machen leider Berliner mittelständische Betriebe zu wenig."

Henning-Berlin ist eines jener Unternehmen, wie sie Wirtschaftssenator Elmar Pieroth bei seinem neuen, auf Innovation und Neubeginn ausgerichteten Förderungskonzept im Auge hat, das mehr auf die Berliner Vorteile als auf den Ausgleich der Nachteile zielt. Die Firma wuchs stetig zum zweitgrößten Berliner Pharmahersteller hinter Schering heran, hat immer noch zweistellige Zuwachsraten, betreibt bei insgesamt 150 Mitarbeitern eigene, vor allem biochemische Forschung, bezieht inzwischen sogar Lizenzeinnahmen von westdeutschen und ausländischen Pharmakonzernen und sucht ständig in sämtlichen Firmenbereichen vom Chemiker bis zur Putzfrau nach wirklich qualifizierten Mitarbeitern. Jetzt baut die Firma an.

Der Erfolg hat sicher viele Gründe. Zu ihnen zählt aber in erster Linie, daß der gebürtige Berliner Henning die „verdammte Nulltarif-Mentalität" für etwas ganz und gar Unberlinerisches hält. Als er 1957 vom Vater die Firma übernahm, machte er als erstes die Hamburger Niederlassung dicht. Wenn Berlin, dann richtig, dachte er. Es war die Zeit, als bei Siemens und AEG die Konzernvorstände mit dem Abbruch ihrer Zelte in Berlin begannen.

Das ist nur ein Beispiel. Es illustriert, warum hinter den neuen Programmen des Wirtschaftssenators Elmar Pieroth – mit zum Beispiel Gründerzentrum, Innovationsfonds, Anschubfinanzierung von Technologieprojekten usw. – mehr stehen soll als nur schöne Worte mit ein paar Klekkerbeträgen. Pieroth: „Berlin hat sich lange Zeit um die Ansiedlung von Betrieben bemüht. Aber was heißt das? Es gilt, Menschen zu gewinnen, und am leichtesten zu gewinnen sind die Menschen dieser Stadt."

Die größte Ansammlung von Brain in Deutschland

Kleine, erste Erfolge scheinen sich einzustellen. Im Gründerzentrum (15 freie Plätze) liegen 50 Anträge vor, davon vier aus Westdeutschland, zum Teil von Leuten, die in Berlin studiert haben und sich irgendwie wieder hingezogen fühlen. Die drei Berliner Hochschulen zeigen, natürlich unterschiedlich, großes Interesse. Die Behauptung, Berlin besitze bei 180 wissenschaftlichen Instituten und 20 000 Wissenschaftlern die größte Ansammlung von Brain in ganz Deutschland, ist offenbar nicht nur eine Milchmädchenrechnung. Pieroth, der – wie er sagt – in letzter Zeit mindestens einmal in der Woche irgendeinen Termin an einer Hochschule hatte: „Im Bereich der Naturwissenschaften brennen viele der hochqualifizierten Leute darauf, ihr Wissen und Können wirtschaftlich vernünftig anzuwenden." Politische Vorbehalte seien weitgehend abgebaut. Immerhin haben die drei Berliner Hochschulen bei der letzten Hannover-Messe auf einem eigenen Stand „Innovationen aus Berlin" vorgestellt. Pieroth: „Das ist in keiner anderen Stadt vorstellbar."

Nicht alles, was da an drängender Eigeninitiative zum Vorschein kommt, ist lupenrein und unumstritten. Unter den bisher 251 Existenzneugründern, die um kleine Hilfen anstehen, sind 23 Friseure (von denen es genug gibt) und nur ein Elektronikbetrieb. Und auch sonst ist es auf dem Feld des Berliner Wildwuchses ziemlich gemischt.

Da sind die drei arbeitslosen Lehrer, die auf die Idee kamen, ausländischen Firmen (vor allem Japanern) ihre Bedienungsanleitungen in verständliches Deutsch zu übertragen und blendend davon leben.

Da ist der Türke, der Maschinen anschaffte, um ausschließlich türkische Jugendliche auszubilden.

Da ist die Kreuzberger Schnelldruckerei, die unregelmäßig eingehende Aufträge auf unkonventionelle Art erledigt, Statt von Festangestellten werden die meisten Arbeiten von jungen Leuten der Szene erledigt. Der Chef, selber ein „Typ", ruft an. Der eine arbeitet sechs, der andere zwei Stunden, je nach Bedarf, zu jeder Tageszeit, ohne Tarif, ohne Sozialversicherung und wahrscheinlich ohne Lohnsteuer. Anarchie? Gewiß. Aber ohne es zu wollen, demonstriert dieser Berliner Betrieb, wieviele wirtschaftliche Eigenkräfte durch übergroße Lohnnebenkosten, starre Tarife und Arbeitszeiten gelähmt werden und allmählich erlahmen und verschwinden.

Auch solche – längst nicht mehr nur auf „alternative Existenz", sondern teilweise durchaus auch ökonomisch vernünftig ausgerichtete – Aktivitäten langsam in korrekte Bahnen zu leiten und dem allgemeinen Wirtschaftsprozeß anzugleichen, ist natürlich eine Art Gratwanderung wie so vieles in dieser Stadt. Am Ende steht für Elmar Pieroth, der von sich selbst sagt, er habe in den zwei Jahren Weizsäcker-Senat die Berliner Probleme genauer, die Berliner Chancen aber überhaupt erst richtig kennengelernt, eine Art Umkehrung der bisherigen Entwicklung. Wenn es gelingt, Berlins wirtschaftliche Eigenkräfte vor allem im Mittelstand wieder zu mobilisieren, dann müßten eines Tages auch die Großunternehmen wiederkommen: Einfach um ihrer hochqualifizierten Zulieferer willen, die in dieser Stadt arbeiten.

Die Zukunft ist auch hier eingeleitet: In Berlin soll jene Denkfabrik entstehen, in der die großen deutschen Autohersteller ihre Produktionsstätten der 90er Jahren entwerfen wollen (Pieroth: „Damit uns nicht auch das noch die Japaner vormachen"). In Berlin wird die Glasfaserkabelnfabrikation, werden Versuche mit Asbestersatz und ähnliches ihren Platz finden.



Neue Programme für Berlin: Wirtschaftssenator Elmar Pieroth
FOTO: WOLFGANG VON BRAUCHITSCH

Doch vor Euphorie sei dringend gewarnt. Ehe aus technologisch neuen Ideen Arbeitsplätze werden, vergehen, wie auch Pieroth einräumt, „leicht fünf Jahre". Ein Tief ist vorher zu durchschreiten, die Zahl der industriellen Arbeitsplätze wird vielleicht gehalten werden können, aber die Zahl der Arbeitslosen wird noch steigen – obwohl in den Berliner Zeitungen überraschend viele qualifizierte Mitarbeiter in vielen Bereichen gesucht werden, mehr als in anderen Großstädten.

Und Erfolg wird sich nur einstellen, wenn auch das Umfeld dazu paßt. Das bedeutet: Die Eigenkräfte auch in allen anderen Bereichen freimachen, jenen Zug zu einem resignativen Provinzialismus, zum kraftlosen Sozialuntertanengeist, wie er in Berlin teilweise erschreckend verbreitet ist, bremsen.

Den Berlin-Besucher erschlagen, wie jedesmal, fast die Eindrücke. Gewiß, zwischen Gleisdreieck und „Kuckuck", das scheint wie eine dramatische Sterbeszene des industriellen Zeitalters, Panorama eines Todeskampfes. Aber wer bedenkt dabei, daß solches viel gigantischer in der South Bronx in New York zu besichtigen ist, oder – näher und kleiner – etwa in Duisburg-Hochfeld? Das alles sind Probleme der Metropolen, der frühindustrialisierten Ballungszentren schlechthin. Berlin hat sie zusätzlich zu seinem einzigartigen Schicksal zu tragen und zu lösen.

Daneben die grünen Idyllen dieser Stadt. Für den Fremden wirkt es wie ein Witz, daß in diesem Spätsommer mit genau vier Tagen Abstand der „Spiegel" eine riesige Story über das sterbende, dahinfaulende Sodom und Gomorrha Berlin (West) und die „Süddeutsche Zeitung" eine ebenso riesige Story über Berlins wunderbare Wälder, Seen, Parks und Flüsse veröffentlicht. So, als lägen die beiden Berlin in zwei Kontinenten.

Dieses Nebeneinander von „Chaos und Idylle" (wie es Berlins Schul- und Jugendsenatorin Hanna Renate Laurien nennt) ist das große Problem: deutlich zu machen, daß dahinter gesunde Eigenkräfte versteckt sind. Von den 167 besetzten Häusern sind jetzt noch 46 da, der Rest geräumt oder durch Verträge „verrechtmäßigt". Aber die Zahl ist nicht das Entscheidende. Die große Hysterie um das angebliche „Utopie-Modell" der besetzten Häuser ist zu Ende. Ein Stück Klimaveränderung.

Die große Berliner Fixerszene am Bahnhof Zoo (wo zeitweise die Foto-Touristen aus dem Bus stiegen und schrien: „Wo ist denn nun diese Christiane F.?") oder am U-Bahnhof Joachimsthaler ist keine Berliner Attraktion mehr. Es gibt etwa 8000 Heroinsüchtige in der Stadt. Kein Stadtteil ist mehr ganz „clean". Der Handel hat sich auf raffinierte Art ins Private zurückgezogen. Die Probleme sind groß. Aber die Sache hat jenen exhibitionistischen Charakter eingebüßt, den sie hatte. Ein Stück Klimaveränderung.

Berlin ist in aller Stille seinen Spitzenplatz, die Stadt mit dem höchsten Krankenstand zu sein, an Hamburg und München losgeworden. Sozialsenator Ulf Fink gelang es in wenig mehr als einem Jahr, die städtischen Krankenhäuser von mehr als 100 Millionen Mark Defizit in die schwarzen Zahlen zu hieven (nur, indem er ihnen den Anreiz zum Defizit nahm). Ein Stück Klimaveränderung.

Als erste deutsche Großstadt hat Berlin damit begonnen, junge Sozialhilfeempfänger (hier steht Berlin immer noch an der Spitze) mit gemeinnützigen Arbeiten zu beschäftigen. 2000 solcher Plätze hat Fink beisammen: nicht Straßenfegen, sondern meist leichte Bürohilfsarbeit – dort natürlich nur, wo nicht feste Arbeitsplätze gefährdet werden. Von 2000 Angeschriebenen kommt ein Drittel pünktlich und offenbar dankbar für Beschäftigung (obwohl die Entlohnung – neben der Sozialhilfe – mit drei Mark in der Stunde nicht gerade fürstlich ist), ein Drittel bringt Atteste oder Entschuldigungen an, ein Drittel bleibt ganz weg und verzichtet offenbar auch auf die Sozialhilfe. Illegalität? Rückzug nach Westdeutschland? Niemand weiß es. Ein Stück Berlin, aber auch ein Stück Klimaveränderung in Berlin.

Es gibt ganz Tolles neben offenkundigem Mißbrauch

Es wird sehr darauf ankommen, wieweit es dem Weizsäcker-Senat gelingt, den Prozeß der Beruhigung ohne Gefährdung der Berliner Lebendigkeit und der Berliner Eigenkräfte weiterzuführen. Auch dies eine Gratwanderung. Ein Beispiel dafür:

Eine Berliner Schule gibt öffentlich bekannt, sie werde sich zur „atomwaffenfreien Schule" erklären. Die Behörde, in jahrelangem „Grabenkrieg" zwischen rechtmäßiger Staatsautorität und ebenso fest etablierter Ungesetzlichkeit des linken Protestes erschöpft, neigt dazu, das ungesetzliche Ansinnen formal zu bekämpfen: Nach geltendem Gesetz sei dies unmöglich, da „die Gefahr, daß auf diese Schule eine Atombombe fällt, zur Zeit nicht besteht".

Die Schulsenatorin beschließt dagegen, hinzugehen und inhaltlich zu diskutieren. Sie hat einen schweren Stand. Aber ein Zeichen ist gesetzt. Hanna Renate (Spitzname „Granate") Laurien sagt: „Dieser Senat hat eine Meinung und wird sie deutlich machen. Ich sehe ein, daß das Ausweichen in Formeln in dieser Stadt so etwas wie eine Überlebensstrategie geworden ist. Wer sich überall der inhaltlichen Auseinandersetzung stellt, kann sich mit der Zeit verzehren. Man wird also nach Mischformen suchen müssen."

Die typischen Berliner Mischungen sind es, die auch ihr – die immerhin ihre Jugend in dieser Stadt verbracht hat – vor allem ins Auge fallen. Sie hat sich vorgenommen, Zuschußmaßnahmen im Jugendbereich genauer zu kontrollieren, als dies der alte Senat tat. Sie ist jetzt dabei mit 2000 Fällen in Rückstand geraten: „Da gibt es ganz Tolles neben offenkundigem Mißbrauch", junge Menschen, die mit großartigen Aktivitäten ganz bewußt dem Staat nicht zur Last fallen wollen, neben solchen, die mit List und Tücke, aber ohne Eigenleistung nach jeder Mark greifen, die der Staat parat hält.

Warum zum Beispiel kostet in Berlin ein Schüler den Staat pro Jahr 600 Mark mehr als im Bundesgebiet? Die Senatorin: „In Bonn sage ich, daß hier nicht jedes zehnte, sondern jedes fünfte Kind von nur einem Elternteil erzogen wird, daß also hier die Zahl der erwerbstätigen Mütter und die Zahl der Krippenplätze und die Zahl der Ganztagsschulen höher ist als überall. Warum diese Berliner nicht heiraten? Ich weiß es nicht. Aber man muß dieser Situation Rechnung tragen."

Aber den Berlinern sagt sie ebenso unverblümt, daß eine Stadt, deren Etat zu 54 Prozent vom Bund getragen wird, nicht in einer bequemen Subventionsmentalität erschlaffen darf.

Sie habe aus ihrer Jugend vielleicht ein falsches Preußen-Bild mitgeschleppt, sagt die in Ostpreußen geborene Frau Laurien: Das Bild vom überpünktlichen, übergenauen, überstrengen Preußen. Inzwischen wisse sie, daß zu Preußens Tugenden schon immer gehört habe, sich großzügig auch neben Unordnung, Verwirrendem, ja sogar Chaos in Würde, Kultur und Selbstbewußtsein zu behaupten.

Der Unternehmer Robert Henning drückt es so aus: „Wenn mich Freunde in Westdeutschland fragen, wie ich das aushalte hier mit den Demonstrationen, den Gewalttätigkeiten, dem Chaos, dann sage ich immer: ‚Freunde, seid froh und dankbar, daß das alles in Berlin geschieht und geschehen ist und nicht bei euch. Berlin ist die einzige deutsche Stadt, die das alles abpuffert.'"

Die „Entwicklungshilfe“ Ost-Berlins

Rüstungsgüter, Militärberater und der Aufbau von Spionagezentren für Dritte Welt

WERNER KAHL, Bonn

„Infame Lügen“, giftete das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ (ND) bei der Präsentation unfreiwilliger Rückkehrer aus Grenada in Ost-Berlin. Und meinte damit den Vorwurf, die „DDR“ habe in den vergangenen Jahren militärische „Entwicklungshelfer“ nach Grenada entsandt. Die Ehefrau des „Entwicklungshelfers“ Gerd Freymark beklagte den Stopp eines „großen Entwicklungsbeitrages kubanischer Freunde“ auf der Gewürzinsel. Ingeborg Freymark besaß das Privileg des „DDR“-Geheimdienstes, ihren Mann auf Auslandseinsätzen zu begleiten, eine Seltenheit unter Eheleuten des Parteivolkes.

Doch außer einem vagen Hinweis auf den Einsatz in der „DDR“ entwickelter „Mehrzweckfahrzeuge“, *Multicars, und Strippenziehen für die* Ost-Berliner Staatsfirma Funk- und Fernmeldeanlagenbau auf Grenada schweigen sich die „Spezialisten“ („Neues Deutschland“) vor den Lesern des kommunistischen Parteiblattes über die „*solidarische Unterstützung*“ für Lateinamerika und anderswo aus.

Nachdem 1981 erstmals Zahlen über sogenannte Entwicklungshilfe genannt worden waren, erklärte jetzt Außenhandelsminister Horst Sölle (SED), im Jahre 1982 habe Ost-Berlin „Hilfe für Entwicklungsländer und nationale Befreiungsbewegungen im Gesamtwert von 1587,7 Millionen *Mark*“ *geleistet*.

Freiwillige für Ägypten

Die Mischung von ziviler und militärischer „Entwicklungshilfe“ war erstmals 1956 deutlich geworden. Unter der Überschrift: „Solidarität durch Taten beweisen“, berichtete „Neues Deutschland“ am 1. Dezember 1956 über eine Mobilisierungswelle: Das SED-Zentralkomitee ließ sich von den Genossen an der Basis auffordern, „die Aufstellung von Freiwilligen-Einheiten“ für Ägypten vorzubereiten. Ein „deutsches Freiwilligen-Bataillon“, so Leserbriefe an das „ND“, sollte „den Befreiungskampf des ägyptischen Volkes aktiv unterstützen“. Aus den zahlreichen Genossen-Appellen hob das Parteiblatt den Antrag eines Eisenacher Kraftfahrers namens Günther Müller hervor, die Regierung möge ihm gestatten, sein ganzes Wissen und Können als „Kämpfer in den Dienst der gerechten Sache des ägyptischen Volkes“ zu stellen. Bewerber als Söldner im Dienst der Weltrevolution beriefen sich damals auf ihre Ausbildung in der „Kasernierten Volkspolizei“ (KVP), der Kadertruppe für die spätere „Nationale Volksarmee“ (NVA).

Es kommt wohl nicht von ungefähr, daß der Ruf nach „Freiwilligen-Einheiten“ für die Dritte Welt von der Kleinstadt Finsterwalde besonders nachdrücklich ausging. In der Umgebung der Kreisstadt in der Niederlausitz richtete die „DDR“ Ausbildungslager für den Guerrillakampf ein. Inspektoren der „DDR“ übten mit Ausländern zugleich Bildung und Einsätze von bewaffneten „Arbeiter-kampfgruppen“.

Ob Arbeiter, Angestellter, Techniker oder Funktionär – *in der „DDR“* sind sie alle zugleich Soldaten; eine Verbindung, die ausländischen Beobachtern zu erkennen nicht immer leicht fällt. „Lächerlich“, so versuchte denn auch „Spezialist“ Freymark im „ND“ nach der Rückkehr von Grenada unbequeme Frager abzuwimmeln. „Einfach lächerlich“, sei es, anzunehmen, er sei auf der Karibik-Insel als militärischer Berater tätig gewesen. Der Funk- und Fernmeldefachmann – seit 25 Jahren in Dienst und Treue für die Kommuni*stische Partei erprobt* – war auch nach Ägypten nicht als „Soldat“ oder „militärischer Berater“ gereist.

Was der Kreml jedoch von den in Ägypten eingesetzten „DDR“-Deutschen, im Land wegen der traditionellen Freundschaft mit Deutschland zunächst geschätzt, erwartete, konnten die Ägypter zu Beginn der 70er Jahre vor Ort in Augenschein nehmen. Die Techniker aus Ost-Berlin hatten ganze Arbeit geleistet. Amtsstuben waren bis zum Präsidentenpalast „verwanzt“. Eine Gruppe von *15 Abhörspezialisten hatte die Mög*lichkeit geschaffen, 11 000 Telefone in Kairo und Umgebung anzuzapfen. Am 3. und 4. Mai 1971 koppelten die Ostberliner „Entwicklungshelfer“ die Telefone im Amtssitz Präsident Sadats und in seiner Villa auf der linken Nil-Uferpromenade mit einem Tonband-Monitor im Innenministerium, so daß die ein- und ausgehenden Gespräche mitgeschnitten wer*den konnten*. Sadat *griff danach zum* Mittel der Massenausweisung, um Sowjets und ihre Ostberliner Strippenzieher loszuwerden.

Die Liste mit nachgewiesenen unmittelbaren Einmischungen Ost-Berlins – in Kooperation mit Moskau – in die inneren Angelegenheiten von *Entwicklungsländern ist lang. Daran* erinnern auch die Glückwünsche Erich Honeckers am 31. Oktober dieses Jahres an den algerischen Präsidenten Chadli Endjedid. Honecker erinnerte an den 29. Jahrestag „des Beginns des bewaffneten Kampfes“ in Algerien. Die Hilfe der „DDR“-Führung für die algerische Befreiungsfront (FLN) hatte 1958 Oberst Oertel, *Angehöriger des militäri*schen Nachrichtendienstes, geleitet. Die von Oertel geführten „DDR“-Funktionäre Reinhard Knabe und Rolf Maigatter alias Martin Weikert alias Jürgen Führ waren am 10. September 1958 im Amsterdamer Dam-Hotel mit dem FLN-Abegesandten zusammengetroffen. Am 16. September trafen sie, als Touristen getarnt, in Tanger ein. Zu ihren Aufgaben gehörte vor allem die Kontrolle des Waffenschmuggels aus dem Ostblock nach Nordafrika. Die Lieferungen wurden mit Karawanen und auf Lastwagen nach Algerien geschleust.

„Für Tarnung“ gesorgt

In der Erwartung, daß westliche Medien den Begriff des „technischen *Experten*“ *nicht näher überprüfen*, wurde jetzt auch der Einsatz von Instrukteuren des „DDR“-Staatsunternehmens Kombinat Nutzkraftwagen in Ludwigsfelde bei Berlin auf Grenada mit „Handelsbeziehungen“ begründet. Als Export-Koordinator war in den vergangenen Jahren bereits das staatliche Büro „Industrietechnischer Außenhandel“ in Berlin-Pankow genannt worden. Es sorgte für die notwendige Schiffstonnage und „für Tarnung“ („Spiegel“). Militärisches Gerät solle die Abnehmer mög*lichst direkt ohne Zwischenaufent*halt in westlichen Häfen erreichen. Bei unvermeidlichen Stopps können die Kapitäne jederzeit harmlos deklarierte Ladepapiere vorzeigen. Panzerfahrzeuge wurden als „landwirtschaftliche Maschinen“, Waffen als „Maschinenersatzteile“ eingetragen.

Das Interesse Moskaus an der Nutzung auch kleinerer Inseln wie Grenada weckt Erinnerungen an einen Vorstoß der Kremlstrategen im Pazifischen Ozean. Als Gegenleistung für den Erwerb von Hafenrechten hatte *die Sowjetunion dem Herrscherhaus* der Tonga-Inseln den Ausbau des Hafens auf der Hauptinsel Tongatupo für Hochseeschiffe angeboten. Ähnlich wie in Grenada machten die Sowjets durch Mittelsmänner König Tupou IV. – Herrscher über etwa 90 000 Menschen – die Offerte, den kleinen Flughafen für Jumbos des internationalen Tourismus auszubauen. Dabei hat die Insel nur 36 Hotelbetten. *Die Nachbarn Australien und* Neuseeland schlugen jedoch Alarm, als sie den Namen des geplanten „Entwicklungshelfers“ *hörten*: Es war der libysche Diktator Khadhafi.

„Noch einmal Luther befragen“

GEORG BAUER, Stuttgart

Eine Neubesinnung der evangelischen Christen in Deutschland auf die Lehren des Reformators Martin Luther hat der Stuttgarter Professor Günther Rohrmoser gefordert. Mit Blick auf das Engagement maßgeblicher protestantischer Gruppen in der westdeutschen „Friedensbewegung“ warnte der Ordinarius für Sozialphilosophie außerdem davor, den politisch-ideologischen Kampf in die Ge*meinden zu tragen und die Kirche zur* Walstatt und zum Kampffeld der Christen zu machen. „Die evangelische Kirche hat keine Chance, zu sich selbst zu finden, ohne Luther noch einmal zu befragen“, erklärte Rohrmoser auf einem Symposium am Wochenende in Stuttgart.

In seinem Referat zum Thema „Beruft sich die Friedensbewegung zu Recht auf das Christentum“ erinnerte der Professor, den das Studienzentrum Weikersheim unter Vorsitz des ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger eingeladen hatte, an die Zwei-Reiche-Lehre Luthers. Rohrmoser sagte, aus einer *rationalen* Verantwortung des Christentums heraus habe der Reformator *immer zwischen* Evangelium und Gesetz unterschieden. Diese Trennung, so Rohrmoser, würde heute in der Bundesrepublik nicht mehr vollzogen. Statt dessen erlebe man, insbesondere in protestantischen Kreisen, den Zusammenbruch der Rationalität, den Luther durch einen Zwei-Fronten-Krieg immer versucht habe zu verhindern. Zum einen habe der Reformator ge*gen die damalige Papstkirche* gekämpft, die das Evangelium als Vehikel zur Erfüllung der Gesetze mißbraucht habe, und zum anderen sei Luther dem Schwärmertum immer entschieden entgegengetreten.

Gerade diese Warnung des Reformators aber, die Welt durch einen Überschwang der Gefühle zu verbessern, ist nach Meinung von Rohrmoser in Vergessenheit geraten.

In seiner Interpretation der protestantischen Lehre verwarf Rohrmoser die Position der Schwärmer, die glaubten, die Welt nach dem Gesetz der Liebe Christi gestalten zu können, ja zu müssen, mit den Ansichten *Luthers. Der Reformator habe darin* die Degradierung des Evangeliums zum *Gesetz gesehen*. Dies bedeute aber nach einem Zitat Luthers „den Einbruch satanischer Kräfte in die Ordnung des Evangeliums“. Rohrmoser fuhr fort: „Luther war der Meinung, dies sei der entscheidende Verrat an dem Evangelium, weil eine Christenheit, die aus dem Evangelium ein Gesetz macht, damit der Welt die lebensüberwindende Wahrheit wegnimmt und beraubt.“

Scharfe Angriffe richtet der Stuttgarter in diesem Zusammenhang auch gegen den Sozialdemokraten Erhard Eppler und den Moderator Franz Alt. Er warf ihnen vor, Luther und die Bergpredigt nach eigenem Gustus zu interpretieren. Nicht anders verhielten sich manche in der Friedensbewegung engagierte Protestanten, insbesondere Pastöre, die Zitate willkürlich aus der Bibel herausgriffen, sie als Maßstab ihrer Politik machten und sie auf diese Weise mit der Autorität des Evangeliums verknüpften. Andersdenkende, die aus Gründen der Vernunft handelten, würden als weniger gute Christen *abgestempelt*.

Massenmedien und Erwachsenenbildung – Experten trafen sich zu einer Konferenz in Toronto

Mit Zeichentrickfilmen den Computer verstehen

In den Anfangsjahren hielten viele *das Fernsehen für ein Medium mit* nahezu unbegrenzten Einsatzmöglichkeiten im Bildungsbereich. Es erwies sich jedoch keineswegs als leicht, solche Hoffnungen in die Praxis umzusetzen. Fernsehen und Erwachsenenbildung, so besagt eine Studie in „Bildung und Medien“ des Adolf-Grimme-Instituts, haben sich so manches Mal als ruhelose und ungleiche Partner einer „Ehe“ erwiesen, in der die Bildung sich als vernachlässigte Ehefrau fühlt. Sie ist in der Tat derart mißachtet worden, daß das Fernsehen für gewöhnlich die Verantwortung dafür übernommen hat, wenn die hochgesteckten Erwar*tungen in Sachen Erwachsenenbil*dung enttäuscht wurden.

*In der Bundesrepublik Deutsch*land wie auch in Kanada sind Projekte für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Fernsehverantwortlichen und Institutionen der Erwachsenenbildung in Angriff genommen worden. Für Pädagogen aus dem Erwachsenenbildungsbereich und Bildungsprogrammgestalter aus beiden Ländern bot sich auf einer Konferenz, die kürzlich unter dem Motto „Education through Telecommunications“ in Toronto, Kanada, stattfand, die Möglichkeit, den gegen*wärtigen Stand beider Länder zu ver*gleichen, alternative Anwendungsmöglichkeiten der Technologie einzuschätzen und Strategien zur *Lösung gemeinsamer Probleme zu diskutieren*.

Es scheinen in der Tat gemeinsame Interessen und Sorgen bei den Pädagogen und Programmgestaltern beider Länder zu bestehen. Zugleich scheint jedoch in beiden Ländern zwischen den Fachleuten im Bereich der traditionellen Erwachsenenbildung und jenen des traditionellen, auf Unterhaltung ausgerichteten Fernsehens eine gewisse Spannung zu bestehen. Sollen die Möglichkeiten der Massenmedien dazu benutzt werden, die herkömmliche Lernsituation Erwachsener in kleinen Gruppen zu kopieren? Einig war man darüber, daß trockene, nach Tafel*kreide riechende didaktische* Dokumentarfilme oder künstliche Nachahmungen der herkömmlichen Klassenzimmer*situation für ein Studio* nicht angemessen sind.

Die Verwendung aktueller Nachrichtensendungen in der Bundesrepublik bei der Vermittlung von Englisch als zweiter Fremdsprache, verbunden mit der Verwendung von Unterhaltung als Unterweisungsmittel stehen mehr in Einklang mit den Möglichkeiten des Mediums als lebensfähiger Bildungsquelle. Die Serie Bits and Bytes, Academy on Computers in Education des TV Ontario, deren Höhepunkte Animations- und *Unterhaltungssequenzen* sind, erwies sich mit ihrem Medienverbund-Begleitmaterial als eine Sendung, die auf die speziellen Lernbedürfnisse von etwa 12 500 (gebührenzahlenden) Teilnehmern zugeschnitten ist: Darüber hinaus erwarben mehr als 180 000 zusätzliche Zuschauer allgemeine Kenntnisse über Mikrocomputer und deren mögliche Anwendung in einer Einzelsendung aus der Serie.

Die Schwäche des Fernsehens, daß Sendungen den Zuschauern „weglaufen“, so daß Nichtverstandenes ungeklärt bleibt, daß die Fernsehmacher nicht wissen, ob die Zuschauer tatsächlich und in der beabsichtigten Art und Weise verstanden haben, muß ausgeglichen werden. Dieses kann erreicht werden durch die Verwendung gezielt geschriebenen Begleitmaterials, den Gebrauch von Computersystemen und neuentwickelten interaktiven Technologien, aber auch, indem man die Zuschauer*beteiligung in örtlichen* kleinen Gemeindegruppen oder Anleitungssituationen ermutigt und erleichtert. *Die Techniken, die Erwachsene dazu* bewegen können, sich auf sinnvolle Lernaktivitäten einzulassen, die sich der Massenmedien bedienen, werden jetzt entwickelt und differenziert. Die Verwendung von Teletext, Kabelfernsehen, Computer und Videodisctechnologie oder dreidimensionalem Fernsehen zur Verstärkung der Lernerfahrung wird derzeit analysiert. Hier sind jedoch weitere Forschungen, Entwicklungen und Anwendungen erforderlich.

Die Konferenz von Toronto bot den kanadischen Teilnehmern *die Mög*lichkeit, sich eine Vorstellung davon zu machen und verstehen zu lernen, mit welchen Mitteln bundesrepublikanische Programmgestaltung pädagogische Intentionen einfängt. Man erwarb Kenntnisse darüber, wie man Erwachsenen Hilfe bieten kann bei ihrer Weiterbildung mittels institutioneller Kooperation in Zusammenhang mit den verschiedensten Begleitmaterialien und -systemen und dem Fernsehen. Außerdem wurden Informationen ausgetauscht über mögliche zukünftige Bereiche der Zusammenarbeit, die mit Programmproduktion und -vertrieb zu tun haben.

Die Massenkommunikation durch Fernsehen und ihm angegliederte Medien enthält enorme Möglichkeiten, den dringenden Bedürfnissen nach Weiterbildung gerecht zu werden. Die Konferenz von Toronto unterstrich die Vitalität dieser Vorstellung.

Man sollte eine kontinuierliche Diskussion in Betracht ziehen, die auf dem Erfolg des *Dialogs* in Toronto zwischen Experten auf verschiedenen Ebenen von Produktion, Planung und Ausführung basiert. Vielleicht kann in der Zukunft, durch das Entstehen von erschwinglichen Satellit-Telekonferenzeinrichtungen, ein kontinuierlicher Dialog entstehen, der viele zusätzliche Mitglieder der wachsenden Familie der Erwachsenenbildung einbezieht.

ROBERT TILROE

KRITIK

Kunterbuntes aus Mittelamerika

Es war ein Mixtum compositum aus *gegenwärtiger Weltpolitik, mittel*amerikanischer Verfassungswirklichkeit und Geschichte der USA wie das lateinamerikanischen Isthmus, der televisionär schnell – und im Gegensatz zur ursprünglichen Programmplanung – abgefeuerte **Warnschuß für Nicaragua-Grenada und die Folgen für Mittelamerika** (ZDF). Da gab es neben Statements der Mainzelmänner Hans Albert, Dieter Kronzucker und *Michael Vermehren bemerkenswerte* Filmdokumente aus der Jahrhundertwende und jüngste Reportagen des *ZDF*-Korrespondenten *Harald Jung*.

Sicherlich wurde in der Stunden*sendung manches zurechtgerückt*. So konnte man erfahren, daß die oft verteufelte US-Fruit Company – bei allen späteren Fehlleistungen – anfangs *landwirtschaftliche, ökonomische* und soziale Pionierarbeit in Mittelamerika leistete. Dieter Kronzucker, der die US-Intervention als „Warnschuß vor den Bug der Sowjetunion“ wertete, erklärte gleichzeitig, daß neun von zehn Grenada-Bewohnern die US-Präsenz als „Befreiungsaktion“ werteten.

Vielleicht hätten solche Thesen, für die es – wie man den Nachrichten entnehmen kann – genügend Anhaltspunkte gibt, dokumentarisch stärker belegt werden sollen. Auch die – von der US-Administration bestrittene – Grundaussage der Sendung, daß nämlich mit der Grenada-Aktion das Sandinisten-Regime in Managua konkret gewarnt werden sollte, wurde zu we*nig diskutiert. Statt dessen wurde ein* mittelamerikanisches Kunterbunt serviert, ganz gewiß informativ und auch unterhaltend, aber doch im Stil eines unverbindlichen Volkshochschul-Kurses.

GISELHER SCHMIDT

So schwer hat's ein Geheimagent!

Die neueste Tatort-Folge heißt **„Der Schläfer“** (ARD), das ist die Bezeichnung für einen heimlichen Agenten, der erst zum entscheiden*den Zeitpunkt reaktiviert wird*. Gemeint ist nicht der reaktivierte Regisseur Jürgen Roland, der wieder aus seiner Legende auftauchte, sondern der Angehörige unseres Militärischen Abschirmdienstes, der als „schlafender Agent“ der Gegenseite urplötzlich und ganz gegen seinen Willen „geweckt“ wird.

Den Wirrwarr, den Roland mit diesem Drehbuchgag anrichtet, nutzt er *weidlich und unter Zuhilfenahme* seiner großen Krimi-Routine zu einem aufregenden Spiel.

Mehr als ein Dutzend Spitzenkönner auf der Besetzungsliste beglaubigen per Gesicht und Ausstrahlung die turbulente Story mit all' ihren dramaturgischen Prellungen und logischen Platzwunden. So rieselt denn das Ding wie eine böse Sensation über den Bildschirm.

Die Crew ist gut, die Geschichte lebhaft, die Nordsee spielt mit, schöne Frauen zieren das Bild, neue Tat-Ortschaften werden gezeigt, zum Bei*spiel die öden Kellergänge* unter dem Hamburger Hauptbahnhof, doch als Fazit bleibt nur ein freundliches Achselzucken: Es sind schon verdammt arme Hunde, die MAD-Agenten, ständig im Dienst, die Ehefrauen meutern, sie ertragen die ewige Geheimniskrämerei nicht, das Leben ist aber auch ganz ohne diese Umwege bedroht, ja, und wenn nicht, so kann jeder jederzeit im Abseits eines Ab*stellbüros landen*.

Doch das ist nicht Rolands Thema. Er hatte nur seine Krimi-Handgriffe in ein benachbartes Milieu gebracht, und dort sorgten sie für die vertraute, alte Krimi-Spannung zum Sonntagabend.

VALENTIN POLCUCH



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Ich heirate eine Familie ...
10.50 Sieh an, sieh an
11.40 Gesundheitsmagazin Praxis
12.25 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.10 Tagesschau
16.15 Vom Farmer zum Fürsten
17.00 Denkste!?
17.50 Tagesschau
dazw. *Regionalprogramme*
20.00 Tagesschau
20.15 So schön wie heut' ...
Melodienstrauß zum 70. Geburtstag von Marika Rökk
21.00 Monitor
Streit um den Frieden: Alternative *Verteidigungsstrategien – Utopie* oder Ausweg aus dem Raketendilemma? / Eine tödliche Hypothek: Die Vernichtung veralteter C-Kampfstoffe wird Milliarden kosten / Im Interview: Professor Alfred Grosser / Bis daß der Tod *euch scheidet* – Die *wirtschaftli*che Unauflöslichkeit der Ehe
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Moderation: Hansjürgen Rosenbauer
23.45 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Mosaik
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Weg zurück
Ein *marokkanischer* Junge erzählt
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Achim Reichel
17.50 Ein Wort aus Musik
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Konferenz der Tiere (1)
19.00 heute
19.30 Sonny Boys
Ein Stück von Neil Simon
Mit Carl Heinz Schroth und Johannes Heesters
Regie: Rolf von Sydow
21.00 heute-journal
21.20 Kontinuität oder Wende?
Kursbestimmung bei Regierung und Opposition
22.05 Die aktuelle Inszenierung
Der Groß-Kophta
Lustspiel von Johann Wolfgang Goethe
00.20 heute

WEST

20.00 Tagesschau
20.15 Länder – Menschen – Abenteuer
Ich bin ein Shuar
Von der Suche nach dem Schrumpfkopf
21.00 Weltreise (5)
21.45 Landesspiegel
Köln hat das Rennen gemacht – Kunstmarkt künftig nicht mehr im *Wechsel mit Düsseldorf*
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Deutschlandbilder
Der sanfte Gang
23.00 Letzte Nachrichten

NORD

20.00 Tagesschau
20.15 Zahnschäden durch Unfall
21.00 Schauplatz
Nord-Ostsee-Kanal
21.45 Bittere Pillen
Wer weiß den Weg durch den Medikamentendschungel?
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Stadtansichten
21.00 Drei aktuell
21.15 Fernsehfilme nach Theodor Fontane (4)
Irrungen – Wirrungen

SÜDWEST

20.15 Südwest 3 – Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Sportmagazin
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Kulturspiegel
21.00 Der Sternenhimmel im November
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Truffaut-Reihe
Der Mann, der die Frauen liebte
Franz. Spielfilm, 1977
Mit Charles Denner, Brigitte Fossey u. a.
22.50 Avanti! Avanti! (7)

BAYERN

20.15 Bergauf – bergab
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
Aerobic
21.45 Z. E. N.
21.50 Geschichte ohne Worte
Italien. Fernsehfilm
22.35 Im Gespräch
23.35 Rundschau

HANDBALL / Rumänien bezwang Weltmeister UdSSR beim Supercup-Finale

„Der Erfolg war gut für unsere Moral"

sid, Dortmund

Anatoli Jewtuschenko und Nicolae Nedeff stellten Zufriedenheit zur Schau. Nach der 25:26-Niederlage in der Verlängerung des Finales um den Handball-Supercup kam dem Verlierer aus der UdSSR mit einem süffisanten Grinsen folgende Erkenntnis über die Lippen: „Jetzt ist Rumänien Favorit Nummer eins für die Olympiade." Und der schwergewichtige Rumäne Nedeff grinste zurück: „Der Erfolg war gut für unsere Moral. Jeder hat gesagt, einmal kann man die UdSSR schlagen, zweimal nicht."

Wurde der 22:19-Erfolg der Rumänen über den Weltmeister von 1982 in der Supercup-Vorrunde noch als Sensation eingestuft, so zeigte das Finale, daß diese Mannschaft früher als erwartet den Sprung auf die derzeit für unerreichbar gehaltene Handball-Perfektion geschafft hat. Noch vor eineinhalb Jahren bei der A-WM in der Bundesrepublik Deutschland war das Heimatland des phantasievollen, virtuosen Mannschaftsspiels mit der Solo-Nummer Vasile Stinga (WM-Torschützenkönig mit 65 Treffern) auf dem enttäuschenden 5. Platz gelandet.

Dem 26 Jahre alten Stinga von Steaua Bukarest ist auf der rechten Angriffsseite binnen kurzer Zeit ein Weltklasse-Linkshänder-Block zur Seite gestellt worden, der mit ihm die Verantwortung des Torwurfs teilt. Marian Dumeitru, Dumeitru Berbece (beide Steaua Bukarest) und Gheorghe Cavaciu (Minaur Baia Mare) erzielten 17 der 26 Finaltore mit dem linken Arm. Auf der Bank hat der nun seit fast 25 Jahren amtierende Nedeff das Kommando weitestgehend an den rumänischen Rekord-Nationalspieler Radu Voina übergeben, der den letzten der vier WM-Gewinne (1961, 1964, 1970, 1974) aktiv miterlebte.

„Aus einem Tal kommt immer eine starke Mannschaft", glaubt der in Rumänien aufgewachsene Bundestrainer Simon Schobel. In seinem Geburtsland scheint das der Fall zu sein. Doch Rumänien nach dem Turnier der Weltmeister und Olympiasieger gleich zum Favoriten für Los Angeles zu stempeln, ist wohl dennoch verfrüht.

Für die deutsche Nationalmannschaft war der Supercup vor eigenem Publikum ein Reinfall. Achter und damit letzter Platz – gibt es da kurzfristig überhaupt noch erfreuliche Perspektiven? Bundestrainer Simon Schobel will jedenfalls nach der Junioren-WM im Januar 1983 aus zwei Mannschaften eine bilden.

EISHOCKEY / 69 Strafminuten und großer Ärger zwischen Landshut und Köln

Bundestrainer Unsinn: „Es ist furchtbar"

sid, Düsseldorf

Auf dem Eis ging es hoch her, reichten insgesamt 69 Strafminuten nicht aus, um die Hitzköpfe auf beiden Seiten zur Räson zu bringen. Doch auch nach dem Eishokkey-Schlager zwischen dem EV Landshut und dem Kölner EC (8:2) fanden die vielen Fouls verbal ihre Fortsetzung, loderten die Emotionen. „Wir werden die Kriegserklärung der Landshuter annehmen und sehen uns am 4. Dezember wieder in Köln", sagte der ansonsten für seine Besonnenheit bekannte KEC-Manager Helmut Bauer und verließ mit Trainer Jozef Golonka die Pressekonferenz.

Die Landshuter blieben keine Antwort schuldig. Ihr neuer Trainer Jaroslav Pitner, eigentlich auch kein Freund unbedachter Worte, meinte: „Mit seinem Auftreten schadet Golonka dem Ansehen der CSSR-Trainer in der Bundesrepublik." Auch diese Attacke saß also wie vorher so mancher (unkorrekte) Body-Check. Prompt lief dem anwesenden Bundestrainer Xaver Unsinn aus Ärger fast die Galle über: „Wenn die Verantwortlichen der Vereine so in die vollen gehen, wie soll man dann von den Spielern Disziplin erwarten! Ich zerbreche mir den Kopf, wie wir unser Image weiter verbessern, und dann passiert wieder so etwas. Es ist fürchterlich."

Zu den Männern, die ihre Nerven nicht im Zaum hielten, zählte auch Erich Kühnhackl, Unsinns Kapitän der Nationalmannschaft. Er schoß einen Puck Richtung Schiedsrichter Martin Erhard (Hohenfurch) und verfehlte ihn so weit, daß ihm bestimmt nicht die Absicht zu unterstellen war, daß er Erhard treffen wollte. Doch Kühnhackl erhielt seine zweite Disziplinarstrafe in dieser Saison.

Während der Titelverteidiger aus Landshut als Tabellenvierter nur noch einen Punkt hinter Köln zurückliegt, vergrößerte der Tabellenführer Mannheimer ERC (6:1 über Düsseldorf) seinen Vorsprung auf vier Punkte, da der Sportbund Rosenheim überraschend nur zu einem 4:4 gegen den ERC Schwenningen kam.

Am Tabellenende verdüsterte sich die Lage des ruhmreichen SC Rießersee trotz eines 2:2 gegen den ERV Freiburg. Denn im riesigen Olympia-Eisstadion von Garmisch-Partenkirchen verloren sich nur 780 zahlende Zuschauer. Dabei hatte Präsident Ernst Kraus gedacht, seine Zuschauer-Kalkulation (1400 pro Spiel) sei schon zurückhaltend gewesen. Sportlich wie finanziell droht nun der K. o.

SKI / Stenmark und H. Wenzel bei Olympia gesperrt

„Dann werde ich alles in Grund und Boden fahren"

KLAUS BLUME, Bonn

„Wenn die Holzscheite geworfen werden, muß man nicht gleich den Kopf einziehen." Die in Deutschland geborene Liechtensteiner Ski-Rennläuferin Hanni Wenzel (27) will um ihre Olympia-Teilnahme 1984 in Sarajewo kämpfen. Es war am Sonntag gegen Mitternacht, als sie erfahren hatte, sie sei künftig ebenso vom olympischen Wettkampf ausgeschlossen wie der Schwede Ingemar Stenmark (27). Der Internationale Ski-Verband (FIS) hatte das kurzerhand empfohlen.

Hanni Wenzel zur WELT: „Ich fühle mich total vor den Kopf gestoßen. Denn es gab keinerlei Vorwarnung. Ich habe keinen Wimpernschlag lang darüber nachgedacht, daß so etwas geschehen kann. Ich glaubte, meine Olympiateilnahme sei zumindest zu 95 Prozent gesichert." Warum auch nicht? Die Doppel-Olympiasiegerin von 1980 in Lake Placid hatte ihre B-Lizenz, die eine eigene Vermarktung ermöglicht und damit die Olympia-Teilnahme in Frage stellt, bereits im Frühjahr dieses Jahres an den internationalen Verband zurückgegeben. Mehr noch: Hanni Wenzel hatte von dieser Lizenz nie Gebrauch gemacht. Sie sagt dazu: „Ich habe nie irgendwelche Werbeverträge selbst abgeschlosesen. Ich habe lediglich Werbung für diejenigen Produkte gemacht, die in unserem Ski-Pool vorhanden waren. Startgelder oder Prämien habe ich ebenfalls nicht bekommen."

Rudolf Schädler (41), in Personalunion Generalsekretär des Nationalen Olympischen Komitees von Liechtenstein (NOK), Präsident des Fürstlichen Liechtensteinischen Sportverbandes und Präsident des Liechtensteiner Ski-Verbandes, sagt denn auch: „Die FIS hätte die Fälle Stenmark und Wenzel getrennt behandeln müssen, um eine menschlich gerechtfertigte Lösung für Hanni zu finden."

Zur Erklärung: Der Schwede Ingemar Stenmark wird auf ein Jahreseinkommen von etwa einer Million Mark geschätzt. Gegenüber einem Reporter einer italienischen Zeitung erklärte er bereits: „Die Sperre ist für mich kein Beinbruch, es geht auch so weiter." Im Falle Hanni Wenzel verhält es sich jedoch anders. Die renommierteste Ski-Rennläuferin der letzten Jahre hatte eigentlich vor, schon im letzten Winter mit dem Hochleistungssport Schluß zu machen. Weil sie aber durch Verletzungen zurückgeworfen wurde, hatte sie sich die Olympiateilnahme 1984 in Sarajewo als letztes großes sportliches Ziel gestellt. Gestern sagte sie im Gespräch mit der WELT: „Ich war hochmotiviert. Ich habe so hart trainiert wie selten, den ganzen Sommer über. Und nun kommt so etwas."

Hanni Wenzel ist sich keiner Schuld bewußt, und deshalb wird sie kämpfen. Sie wird einen Brief an IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch schicken und ebenso einen an Willi Daume, dem Chef der olympischen Zulassungskommission. Auch das liechtensteinische Nationale Olympische Komitee wird sich mit Daume in Verbindung setzen. Es gibt obendrein in Sachen Wenzel eine Resolution der liechtensteinischen Spitzenverbände, in der von einer unbegreiflichen Entscheidung und von einer große Enttäuschung die Rede ist.

Der Sport-Informationsdienst Düsseldorf (sid) schreibt: „Hanni Wenzel komme sich vor wie eine Autofahrerin, die den Führerschein besitze, jedoch keinen Wagen, aber dennoch wegen eines Verkehrsvergehens verurteilt wurde." Marc Hodler, der Präsident des internationalen Verbandes, und dessen Generalsekretär Gianfranco Kaspar wollten gestern über den Fall Wenzel nicht sprechen. Eine Verbandssprecherin zur WELT: „Lassen Sie uns doch mit dieser Angelegenheit in Ruhe." Und was sagt Hanni Wenzel? „Wenn die Sperre bleibt, werde ich bei allen anderen Rennen alles in Grund und Boden fahren."



Hinault: Ein Comeback über Stock und Stein

sid/DW. Quisseax

Nun sitzt er tatsächlich wieder auf dem Fahrrad und fährt sogar Rennen: Bernard Hinault, 28 Jahre alt, Bretone, viermaliger Sieger der Tour de France, Straßen-Weltmeister der Profis 1980 in Sallanches – und damit schon so etwas wie eine Kultfigur seiner Zunft.

In Quisseax (Frankreich) wagte Hinault fünf Monate nach seiner Knieoperation bei einem Querfeldein-Rennen ein Comeback (Foto). Hinault entschied den Wettbewerb über 30,45 Kilometer für sich und zeigte sich danach mit seiner Leistung zufrieden:

„Ich war überrascht, wie gut es gelaufen ist. Vor allem konditionell scheint sich das Aufbautraining auszuzahlen."

Ein solcher Sieg tut not, denn Hinault – noch im vorigen Jahr der Superstar der Branche – hat einen gehörigen Imageverlust zu verzeichnen.

Der Bretone hatte zwar im Frühjahr noch die schwere Spanien-Rundfahrt gewonnen, doch dann hatte er ebenso auf die Tour de France wie auf die Weltmeisterschaft in der Schweiz verzichtet.

Danach pokerte er wochenlang um neue Verträge, weil er mit seinem ehemaligen Arbeitgeber Renault-Gitanes nicht mehr zurecht kam. Jenes Team hatte nämlich während seiner Abwesenheit mit dem Franzosen Laurent Fignon den Sieger der Tour de France 1983 und mit dem Amerikaner Greg Lemond den Straßen-Weltmeister dieses Jahres gestellt.

Nachdem Hinault mit italienischen und spanischen Teams verhandelt hatte, unterschrieb er für 1984 doch in Frankreich – für eine Jahresgage von über drei Millionen Mark.

FOTO: AP

GEWICHTHEBEN / Die Doping-Affäre in Kanada weitet sich aus

Drogen preiswert in der Sowjetunion gekauft

BARBARA HALSIG, Ottawa

Kanadas Öffentlichkeit ist schokkiert: Der zweite Drogenskandal unter den Gewichthebern innerhalb nur weniger Monate schlägt immer größere Wellen. Vier Mitglieder der Nationalmannschaft kehrten aus der Sowjetunion zwar ohne Medaillen, dafür aber mit einem wahren Arsenal an verbotenen Präparaten zurück. Die Polizei fand in ihrem Gepäck 22 515 Anabolika-Kapseln sowie 414 Kanülen mit dem männlichen Hormon Testosteron.

Jetzt droht ihnen Gefängnis und öffentliche Ächtung. Schlimmer noch als diese individuellen Strafandrohungen ist der Prestigeverlust, den diese Sportart in Kanada erlitten hat. Guy Greavette, der wegen der Dopingaffären zwei Gold- und eine Silbermedaille verlor, wunderte sich über den neuen Skandal nicht im geringsten. Der für zwei Jahre suspendierte Guy Greavette erklärte in Vancouver, Mitglieder der kanadischen Nationalmannschaft hätten die Drogen „seit Jahren regelmäßig" importiert. Greavette gab offen zu, im Training Fünf- bis Acht-Milligramm-Tabletten täglich zu sich genommen zu haben.

In Kanada wie in anderen Ländern ist das muskelbildende Mittel rezeptpflichtig. Daher ist es nicht ungewöhnlich, so Greavette, daß sich manche Sportler ihren Vorrat aus dem Ausland beschaffen. „Es gibt einige Länder, wo Steroide über den Ladentisch verkauft werden, und das ist billiger und leichter als hier. Sie können an Freunde und Trainingspartner weiterverkauft werden."

Auch die jetzt erwischten Gewichtheber hatten nach Aussagen der Polizei die Absicht, ihre Doping-Präparate weiterzuverkaufen. Die Athleten hätten jeweils 100 Kapseln für einen Dollar von sowjetischen Konkurrenten erstanden. In Kanada hätten sie pro 100 Kapseln jedoch 35 Dollar erhalten können. (dpa)

NACHRICHTEN

Fechten: Heidenheim siegte

Basel (sid) – Der deutsche Mannschaftsmeister SB Heidenheim gewann ein internationales Degen-Turnier in Basel nach einem 5:1-Finalsieg gegen Bern mit Vizeweltmeister Daniel Giger. Der FC Tauberbischofsheim belegte Rang vier.

Drei Fußball-Meister

Düsseldorf (sid) – Im europäischen Fußball fielen drei Meisterschafts-Entscheidungen: In Schweden sicherte sich IFK Göteborg, UEFA-Pokal-Gewinner von 1982, den vierten Titel. Erstmals Meister wurden Dnjepr Dnjepropetrowsk in der UdSSR und Lyngby BK in Dänemark.

100 000 Dollar gewonnen

Düsseldorf (sid) – Die Amerikaner Chris Lloyd Evert und Jimmy Connors sind um je 50 000 Dollar reicher. In Houston gewannen sie die sogenannten Mixed-Weltmeisterschaft im Finale mit 6:4, 6:2, 6:4 gegen ihre Landsleute Andrea Jaeger und Roscoe Tanner. Die Unterlegenen erhielten je 25 000 Dollar.

Palmer gewann Nachwahl

Granada (sid) – Der Engländer Charles Palmer rückt ins Executivkomitee der Vereinigung Europäischer NOK's (ENOC) nach und nimmt den Platz seines verstorbenen Landsmanns Sir Dennis Follows ein. Dies ergab eine Nachwahl bei der 14. ENOC-Generalversammlung im spanischen Granada.

Mit Schuster, Rummenigge

Frankfurt (sid) – Obwohl sie am Wochenende aus Verletzungsgründen ihren Klubs fehlten, stehen Bernd Schuster (FC Barcelona) und Karl-Heinz Rummenigge (FC Bayern München) im vorläufigen, 20 Spieler umfassenden Aufgebot der Fußball-Nationalmannschaft für die EM-Qualifikationsspiele gegen Nordirland (16. November) und Albanien (20. November). Bundestrainer Jupp Derwall nominierte keinen Neuling, berücksichtigte aber erneut Mathias Herget (Bayer Uerdingen) und Michael Rummenigge (Bayern München).

ZAHLEN

HANDBALL

Supercup, Finale in Dortmund: Rumänien – UdSSR 26:25 (22:22; 9:13) nach Verlängerung. – **Endstand des Turniers:** 1. Rumänien, 2. UdSSR, 3. Jugoslawien, 4. CSSR, 5. Schweden, 6. Deutschland B, 7. „DDR", 8. Deutschland A

EISHOCKEY

Bundesliga: Kaufbeuren – Iserlohn 5:6, Mannheim – Düsseldorf 6:1, Rießersee – Freiburg 2:2, Rosenheim – Schwenningen 4:4, Landshut – Köln 8:2.

1. Mannheim	20	13	2	3	103:57	32:8
2. Rosenheim	20	11	6	3	92:67	28:12
3. Köln	20	11	3	6	87:68	25:15
4. Landshut	20	11	2	7	91:62	24:16
5. Freiburg	20	9	3	8	64:76	21:19
6. Iserlohn	20	8	3	9	79:74	19:21
7. Schwenn.	20	7	4	9	69:64	18:22
8. Kaufbeuren	20	5	4	11	74:102	14:26
9. Düsseldorf	20	6	2	12	59:93	14:26
10. Rießersee	20	2	1	17	59:116	5:35

SCHACH

Bundesliga: Bochum – Sindelfingen 6:2, Solingen – Heidelberg 5,5:2,5, Sindelfingen – Solingen 0,5:7,5, Heidelberg – Bochum 4:4, Frankfurt – Hamburg 4:4, Bamberg – Delmenhorst 5,5:2,5, Hamburg – Bamberg 4,5:3,5, Delmenhorst – Frankfurt 3,5:4,5, München 1836 – Münster 4,5:3,5, Bayern München – Enger/Spenge 3,5:4,5, Münster – Bayern München 4,5:3,5, Enger/Spenge – München 1836 4:4, Lasker Steglitz – Koblenz 5:3, Braunschweig – Porz 3:5, Koblenz – Braunschweig 5:3, Porz – Lasker Steglitz 4,5:3,5. – **Tabellenspitze:** 1. Solingen 6:0 (18,5), 2. Porz 6:0 (16), 3. Frankfurt 5:1 (14).

REITEN

CSIO in New York, Großer Preis: 1. Skelton (England) Arabesque 0 Fehlerpunkte/31,76 Sek., 2. Fargis auf Touch of Class 0/31,92, 3. Homfeld (beide USA) auf Boing 0/32,27 ... 6. Ernst (Deutschland) Lustig 4/32,11.

RADSPORT

Querfeldeinrennen auf der Zürcher Wald (22,4 km): 1. van der Poel (Holland) 57,15 Min., 2. Zweifel (Schweiz) gleiche Zeit, 3. Woodtli (Schweiz) 0:29 Min. zur.

RUGBY

Bundesliga, 5. Spieltag: Gruppe Süd: Handschuhsheim – RH Heidelberg 0:7, Rottweil – RH Heidelberg 3:15, Neuenheim – TV Heidelberg 0:15, Hürth – Frankfurt 21:9.

1. RH Heidelberg	5 5 0 0	10:0
2. RC Rottweil	5 3 0 2	6:4
3. RG Heidelberg	5 3 0 2	6:4
4. TV Heidelberg	5 3 0 2	6:4
5. SC Frankfurt 80	5 2 0 3	4:6
6. RC Hürth	5 2 0 3	4:6
7. TSV Handschuhsheim	5 2 0 3	4:6
8. SC Neuenheim	5 0 0 5	0:10

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 1, 22, 23, 26, 34, 39, **Zusatzzahl:** 8 (Ohne Gewähr).

STAND PUNKT / *Präsident Samaranch und die Führungskrise im IOC: Pathos statt Programm?*

Um es vorwegzunehmen: Es ist nicht der Streit um des Kaisers Bart und es ist auch keinesfalls das Gerangel machthungriger, alter Herren um Positionen und Einflußmöglichkeiten. Was sich derzeit im Internationalen Olympischen Komitee (IOC) tut, kann sich durchaus zu einer handfesten Führungskrise ausweiten – eben, weil diese Führung sich selber aushöhlt.

Konkret: Die Reisetätigkeiten des spanischen IOC-Präsidenten Juan Antonio Samaranch, sein Hang zum Pathos und zur Selbstdarstellung, zum Gepränge und zur unermüdlichen Ordensverleihung in Ost und West machen so manche altgediente Olympier mißmutig. Und es paßt in dieses Bild, wenn obendrein neue Welt-Organisationen des Sports wie Pilze aus dem Boden schießen. Denn verwalten kann man ja alles mögliche, nur, wo bleibt die geistige Linie?

Willi Daume, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland, hatte am Wochenende Kritik an der Führungsschwäche im IOC geäußert. Nicht so deftig, wie es so manche Nachrichtenagentur wissen wollte, aber da wurde in Saarbrücken durchaus in aller Behutsamkeit und mit äußerster Sorgfalt ein weiteres Signal gesetzt. Es macht ja auch im hehren Kreis der IOC-Herren so mancher kein Geheimnis mehr daraus, daß die Aktivitäten des Juan Antonio Samaranch vieles von dem übertünchen, was eigentlich getan werden sollte.

Die Fernseheinnahmen bei Olympischen Spielen zum Beispiel klettern in astronomische Höhen. Da wäre das IOC gefordert, mit diesen Geldern die Tätigkeiten in notleidenden Entwicklungsländern ebenso vehement voranzutreiben, wie die Idee, Olympische Spiele in Afrika zu veranstalten. Doch Samaranch schwebte erst einmal vor, am IOC-Sitz in Lausanne monströse Prachtbauten errichten zu lassen, auf das es auch weithin sichtbar werde: Hier residiert einer, der sein Licht nicht unter den Scheffel stellt. Gott sei Dank hat eine schweizerische Bürgerinitiative diese Seifenblase noch vorzeitig platzen lassen. Das Traumschloß war ohnehin ein Trugbild.

Das IOC ist gerade jetzt gefordert, so etwas wie die geistige Führung des Weltsports zu übernehmen. Dazu gehört die aktive Umsetzung der Idee Coubertins, die letztlich nichts anderes beinhaltet als den Wunsch nach Frieden auf Zeit. Denn wer mit dem Diskus wirft oder eine Skipiste hinunterrast, wird nicht an andere Dinge denken ...

Die Mißtöne im Internationalen Olympischen Komitee sind unüberhörbar. Und die alten Herren, denen man so gern leichtfertig unterstellt, sie würden nur noch träumen, machen sich durchaus Gedanken über das, was jetzt geschieht und was eigentlich geschehen müßte. Vielleicht deshalb noch diese Fußnote: Juan Antonio Samaranch wurde am 17. Juli 1920 in Barcelona geboren – im Sternbild des Krebs also, welches angeblich die Reiselust besonders fördert. Er studierte Wirtschaft und wurde 1966 ins IOC gewählt, wo er den Vorsitz der Kommission für Presse und Public Relations übernahm. Das muß nicht unbedingt ein Fehler gewesen sein, aber der Spanier versteht sich wohl hauptsächlich als erster PR-Mann des IOC – manche nennen diese Position auch „Frühstücksdirektor" – und eben nicht als derjenige, der nach neuen geistigen Inhalten sucht.

K. Bl.

Kohl will die deutsche Asienpolitik aktivieren

Indira Gandhi: Verhältnis zu Bonn wird immer besser

BERNT CONRAD, Bonn

Nach der Bewältigung von 33 000 Flugkilometern innerhalb von sieben Tagen war für Bundeskanzler Helmut Kohl die Perspektive klar: „Asien ist der Kontinent der Zukunft." Allein in den drei Ländern, die Kohl besucht hat – Japan, Indonesien, Indien – und in China, das er 1984 bereisen will, lebt ein Viertel der Menschheit. Grund genug für den Kanzler, die deutsche Asienpolitik zu intensivieren und die dortigen „ungeheuren Märkte" zu nutzen, wie er auf dem Heimflug von Delhi nach Bonn erläuterte.

In der Einschätzung Kohls bedeutet dies aus dem Blickwinkel der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie aus jenem der Europäischen Gemeinschaft eine Wendung. Frühere Bundesregierungen, so vermerkte der Gast aus Bonn, hätten Asien vernachlässigt. Unter den EG-Partnern sieht er – teilweise aus der kolonialen Vergangenheit resultierend – eine zu einseitige Ausrichtung auf Afrika. In dieser Lage sollten die Deutschen nach Ansicht Kohls in Asien in die Bresche springen und „unsere Position ohne Propaganda erläutern und stärken".

Wie gut die Voraussetzungen dafür sind, ist auf allen drei Stationen der Reise deutlich geworden. Die Japaner, gegen die sich wegen ihrer expansiven Exportpolitik auf dem Stuttgarter Europa-Gipfel breiter Zorn gerichtet hatte und die auch auf der Athener Konferenz Anfang Dezember mit feindseliger Stimmung rechnen müssen, gingen nur zu gern auf Kohls Angebot regelmäßiger Konsultationen auf höchster Ebene ein. Die Indonesier bekundeten den Willen, an den Beziehungen zu Bonn zu arbeiten, „wie an einer glücklichen Ehe".

Differenzen ausgeklammert

Die dem Kanzler als schwierig und verschlossen geschilderte indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi zeigte sich aufgeschlossen und freundlich. Nach zwei „unheimlich offenen", verständnisvoll geführten Gesprächen begleitete sie Kohl beim Abschied bis unmittelbar zur Gangway der Luftwaffen-Boeing 707 – eine ungewöhnliche Geste bei einem so kurzen Arbeitsbesuch.

Frau Gandhi schilderte ihrem Gast eindringlich ihre großen innenpolitischen Probleme und ihre in manchen Punkten von der Bonner Sicht abweichende außenpolitische Beurteilung, ohne indes, wie es früher wohl öfter vorgekommen war, mit erhobenem Zeigefinger auf den Partner einzureden. Beim Mittagessen verkündete sie lächelnd: „Trinken wir auf die traditionell freundschaftlichen, immer besser werdenden deutsch-indischen Beziehungen. Es gibt Differenzen, aber die haben wir gar nicht erwähnt, sondern den Delegationen überlassen."

Druck Moskaus auf Vietnam?

Tatsächlich überwog aber auch in den Delegationsgesprächen der beiderseitige Wunsch nach Harmonie. Erwartungsgemäß kam die Sowjetunion in der indischen Argumentation ziemlich gut weg, während gegenüber China Mißtrauen laut wurde. Mit der amerikanischen Politik erklärte sich Frau Gandhi nicht einverstanden, doch sie konstatierte befriedigt einen engen Kontakt mit Präsident Ronald Reagan, der sich offenbar persönlich viel Mühe gibt und mit ihr einen regen Briefwechsel pflegt. Das Bonner Resümee lautete: „Unsere Positionen, auch in der Nachrüstungsfrage, sind den Indern jetzt plausibler, und auch uns sind die indischen Probleme verständlicher geworden."

Beruhigt zeigte man sich in Delhi wie in Jakarta über Kohls Auskunft, daß es nach japanischer Einschätzung in der Substanz zu keiner Annäherung zwischen China und der Sowjetunion kommen werde. Bemerkenswerterweise stimmten Japaner, Indonesier und Inder in der Meinung überein, daß Vietnam eine größere Unabhängigkeit von Moskau anstrebe.

Davon abgeleitet war die Auffassung zu hören, daß sich Moskau nicht zuletzt deshalb um den Eindruck engerer Kooperation mit China bemühe, um Druck auf Vietnam auszuüben. Die Ausweitung der sowjetischen Machtpräsenz im Pazifik und im Indischen Ozean wurde ebenfalls – neben anderen offensichtlichen Motiven – als ein Disziplinierungsmittel gegenüber Vietnam bewertet.

INF-Vorschlag Ceausescus an Kohl

BERNT CONRAD, Bonn

Der rumänische Staats- und Parteichef Ceausescu hat vorgeschlagen, *daß die britischen und französischen* Atomwaffen bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen (INF) nicht berücksichtigt, sondern *in* späteren Verhandlungen angerechnet werden sollen. Dies geht aus einer persönlichen Botschaft *Ceausescus hervor*, die Bundeskanzler Helmut Kohl nach der Rückkehr von seiner Asien-Reise vorgefunden *hat* und die auch an US-Präsident Reagan und den sowjetischen Staats- und Parteichef *Andropow gerichtet* worden ist.

Ceausescus Vorschläge beweisen nach Ansicht Kohls, daß in Genf „*noch Verhandlungssubstanz* gegeben" sei. Es sei bemerkenswert, daß ein wichtiger Osteuropäer eine Nichtberücksichtigung *der britischen und* französischen Systeme für möglich halte. Die Anregungen, über die Bonn *mit den Verbündeten sprechen* werde, enthielten allerdings auch nicht akzeptable Punkte, wie den Vorschlag, den Beginn der westlichen Nachrüstung zu verschieben.

Der Kanzler bestätigte vor der Presse *ferner, daß die USA höchst* wahrscheinlich in Kürze den Sowjets in Genf ein neues „zahlenmäßig konkretisiertes Angebot" *machen* würden. Dieses Angebot sei mit den Verbündeten abgesprochen und werde *heute auch noch einmal mit dem in* Bonn erwarteten stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam *erörtert* werden.

Kohl versicherte, er beurteile die Chancen, noch in letzter Minute in *Genf ein Ergebnis zu erzielen, mit* einer gewissen Skepsis. „Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf." Leider *habe die Sowjetunion ihr grundsätzliches* Ziel, die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa *zu* verhindern und damit ihr Mittelstreckenmonopol aufrechtzuerhalten, noch nicht aufgegeben. Eine *Einigung in Genf* in den letzten Tagen vor dem westlichen Stationierungstermin werde nur möglich sein, wenn die Sowjetunion von ihrer Maximalposition abgehe.

Auf die Frage nach den möglichen Folgen einer Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik antwortete der Kanzler, er befürchte keine neue Eiszeit. „Alle Indikatoren, die ich erkennen kann, deuten darauf hin, daß das Leben weitergeht."

Grenada vor neuer Regierung

Bildung noch in dieser Woche? / US-Abgeordnete über Truppenabzug uneinig

DW. St. George/Barbados

Die Mehrheit der amerikanischen *Kongreßdelegation, die sich auf einem* Informationsbesuch in Grenada befindet, hält die Intervention auf der *Karibik-Insel für gerechtfertigt. Die* Abgeordneten, von denen sich noch vor der Abreise aus Washington mehrere ablehnend *geäußert hatten*, revidierten ihre Ansichten nach Gesprächen mit ehemaligen Mitgliedern der *Regierung* des ermordeten *Regierungschefs* Maurice Bishop sowie zahlreichen Einwohnern der Karibik-*Insel* und amerikanischen Studenten, die an einer privaten Universität auf Grenada studiert hatten.

Der Vorsitzende des Unterausschusses für Lateinamerika, Michael Barnes, erklärte, er müsse, „wenn *auch widerwillig zugeben, daß die* Intervention zum Schutz der auf Grenada lebenden Amerikaner notwendig" *gewesen sei. Beeindruckt* zeigten sich die Abgeordneten durch die vorgefundenen sowjetischen Waffen *und durch die enthusiastische* Begrüßung, die ihnen die Bevölkerung Grenadas bereitet hatte.

Uneinig waren sich die 14 Delegationsmitglieder gestern über die erforderliche Dauer der Anwesenheit *von US-Truppen auf Grenada.*

Der Leiter der Delegation, der Abgeordnete Thomas Foley (Demokrati-*sche Partei) sagte, er sei nach seinem* Besuch „weniger sicher", daß die Ordnung auf der Insel in einigen *Wochen wiederhergestellt werden* könne. Ein unverzüglicher Rückzug der US-Truppen könne deshalb ein „ern-*stes Problem" werden. Er glaube* jedoch, daß ein Abzug „innerhalb von drei bis vier Monaten" möglich sei.

Der Führer der republikanischen Minderheitsfraktion im Repräsentantenhaus, Robert Michel, nannte dem-*gegenüber* den Gedanken an eine ausgedehnte Präsenz amerikanischer Soldaten auf Grenada „bestürzend". *Er räumte* jedoch ein, die neuen grenadischen Behörden seien besorgt, daß die gestürzte linke Regierung *und ihre Anhänger eine Untergrund*bewegung auf der Insel bilden könnten. Barnes erklärte, die US-Truppen sollten Grenada bis spätestens innerhalb 60 Tagen nach der Invasion, also bis zum 24. Dezember verlassen.

Wie ein Sprecher des Generalgouverneurs der Karibik-Insel, Sir Paul Scoon, mitteilte, sollen bis zum Mittwoch die Mitglieder der provisorischen Inselverwaltung vorgestellt werden. Nach Erwartung politischer Beobachter wird die provisorische Regierung von Alister McIntyre, einem angesehenen Wirtschaftsfach-*mann und* parteilosen Technokraten geführt werden.

Im Süden von Grenada ist am Wo-*chenende ein* Massengrab entdeckt worden, in dem mit großer Sicherheit auch die Leiche des ermordeten Partei- und Regierungschefs Maurice Bishop bestattet wurde. Andrew Antippus, Mitglied der neueingerichteten US-Botschaft auf Grenada sagte, es werde befürchtet, daß 100 bis 150 Menschen in dem Massengrab liegen.

Fünf Führer des linksextremistischen Putsches vom 12. Oktober, darunter der abgesetzte Führer des militärischen Revolutionsrates, General Hudson Austin, und der stellvertretende Ministerpräsident Bernard Coard, wurden inzwischen von einem US-Flugzeugträger in das „Richmond-Hill-Gefängnis" auf Grenada überführt.

Übergabe von Petitionen verboten

Neue Belastungsprobe für das Verhältnis Kirche–Staat in der „DDR"

hrk. Berlin

Unmittelbar vor dem Höhepunkt *der staatlichen und kirchlichen* Luther-Feiern am Mittwoch und Donnerstag in Ost-Berlin und der „DDR" *ist das Verhältnis zwischen Staat und* Kirche einer starken Belastungsprobe ausgesetzt.

Ost-Berlins Bischof Gottfried Forck war am Freitag verboten worden, Friedens-Petitionen in den Bot-*schaften der UdSSR und USA* zu übergeben. Forck wertete diesen Schritt in seiner Sonntagspredigt in der *Ostberliner Marienkirche* als „Fehler" und kündigte an, den Vorgang nochmals intensiv mit Kirchen-Staatssekretär Klaus Gysi (SED) zu besprechen.

Wie berichtet, war am Freitag eine von den Grünen während ihres Gesprächs mit SED-Generalsekretär Erich Honecker am 31. Oktober angekündigte Aktion britischer, holländischer und Anhänger der Friedensbewegung aus beiden Teilen Deutschlands in Ost-Berlin von den Sicherheitsbehörden durch Hausarreste und vorbeugende Festnahmen Dutzender von Ost-Berlinern verhindert worden. Die beiden grünen Bundestagsabgeordneten Milan Horacek *und Waltraud Schoppe durften zwar* nach Ost-Berlin einreisen, wurden jedoch später festgenommen und abge-*schoben.*

Bischof Gottfried Forck hatte sich nach dem staatlichen Verbot der stil-*len Demonstration vor den beiden* Botschaftsgebäuden angeboten, selbst eine Petition zu überbringen. *Ihm* war jedoch vom Staatssekretär bedeutet worden, auch er werde an dieser Aktion gehindert, falls er sie trotz Verbots unternehme.

Forck verwies in seiner Predigt zu Beginn der zehntägigen Friedensdekade (Motto: „Frieden schaffen aus der Kraft der Schwachen") darauf, daß jedermann aufgerufen sei, für den Frieden einzutreten. „Aber wir dürfen es nur auf die Art und Weise, wie es unser Staat für richtig hält, und dürfen nicht unsere eigenen Gedanken und unsere eigenen Initiativen einbringen."

Bereits auf dem letzten der sieben „DDR"-Kirchentage, in Wittenberg, hatte Forck beklagt, daß die Staatsseite ein unabhängiges Friedensengagement am liebsten außerhalb der Grenzen, aber nicht im eigenen Lande sehe. Besonders heftig war Forck von staatlicher Seite jedoch wegen seiner ebenfalls während des Kirchentages gemachten Bemerkung attackiert worden, in der „DDR" gebe es eine „marxistisch-leninistische Bekenntnisschule". Man solle dies nur auch deutlich sagen.

Vor Forck hatte schon der Vorsitzende des „*Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR*", Landesbischof Johannes Hempel (Dresden), der „*DDR*"-*Führung öffentlich* falsches Verhalten vorgeworfen. Auf der Bundessynode in Potsdam bezeichnete er *das Vorgehen der* Sicherheitsbehörden gegen Jugendliche, die den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" trugen, als „schweren Symbolfehler".

*

Durch einen Übertragungsfehler ist in der Meldung „Mecklenburg bekommt neuen Landesbischof" (s. WELT v. 5. 11.) ein Ortsname verwechselt worden. Die Wahlsynode findet selbstverständlich in Schwerin, nicht in Berlin statt.

Seite 2: Freiraum auf Abruf

Ustinow beherrschte Moskauer Szene

● Fortsetzung von Seite 1

mühsam beide damit fertig wurden. In den vergangenen Wochen ist offenbar im Innern des Marmorgebäudes ein Fahrstuhl installiert worden, zu dem die überwiegend betagten Mitglieder der Parteiführung durch einen Hintereingang gelangten. Ihr plötzliches Erscheinen auf der Balustrade überraschte Fotografen und Kameraleute.

Zehn Minuten ließ das sowjetische Fernsehen bei seiner Direktübertragung vom Roten Platz verstreichen, bevor es die versammelte Prominenz ins Bild rückte. Auch jetzt noch wurde das Fehlen Andropows kommentarlos übergangen. Sein Antlitz mußte trotzdem niemand missen. In rosiger Fülle lächelte es milde von den Bildtafeln, die der Umzug der Werktätigen *mitführte*. In Übergröße trat Andropow nur einmal in Erscheinung: Hinter einem Leninbild in glei-*cher Aufmachung* eröffnete sein Riesenporträt den zivilen Teil des feierlichen Rituals.

Der militärische Vorbeimarsch wich in keiner Einzelheit vom Muster früherer Jahre ab. Die scharfe Rhetorik, mit der sich Verteidigungsminister Dmitrij Ustinow in seinem Tagesbefehl an die Truppen gegen die „aggressiven Bestrebungen der imperialistischen Reaktion" wandte, wurde auf dem Platz durch kein ungewöhnliches Raketen-Modell unterstrichen. Beharrlich hält der Kreml die berühmteste Waffe seines Arsenals, die Mittelstreckenrakete SS 20, den Blicken der Öffentlichkeit verborgen. Auch die für kürzere Entfernungen bestimmten Geschosse mit nachfolgender Numerierung wurden nicht über das Pflaster des Roten Platzes geführt.

Optisch beherrschte gestern aber nicht irgendein ziviles Mitglied der Führungsmannschaft die Szene auf dem Roten Platz, sondern eindeutig der „*Parteisoldat*" Marschall Ustinow. Wiederholt gruppierten sich die anderen auf dem Lenin-Mausoleum um ihn, und es schien, als habe ihnen der Genosse in Uniform viel und wichtiges zu sagen. Konstantin Tschernenko, der auf der Tribüne den Mittelplatz zwischen Ustinow und Ministerpräsident Tichonow einnahm und somit formell den kranken Generalsekretär vertrat, schien hingegen kein begehrter Gesprächspartner zu sein.

Sprung zum Strom

Bm. – Der Anlauf war lang, doch nun scheint der Sprung bevorzustehen. Veba und Mannesmann kamen überein, daß Veba das Mannesmann-Paket an der Ruhrkohle übernimmt. Politik, Hauptversammlung und Kartellamt werden dem Projekt kein Bein mehr stellen, vor allem dann nicht, wenn für Klöckner und Krupp ein Weg gefunden wird, sich angemessen von ihrer Ruhrkohle-Beteiligung trennen zu können.

Für das Revier hat der Wechsel der Kohlepakete eine historische Dimension. Wenn auch die VEW das Salzgitter-Paket erwirbt und möglicherweise auch die übrigen Stahlanteile bei der Stromwirtschaft landen, dann wird im Prinzip nur logisch weitergeführt, was die Ruhrkohle mit dem Jahrhundertvertrag zwischen der Steinkohle und der Elektrizitätswirtschaft einfädelte.

So verwundert es nicht, daß für die neuen Herren der Pütts das Jahr 1988 ein unbedeutendes Datum ist, ein Jahr, in dem der Gemeinschaftsvertrag zur Gründung der „Einheitsgesellschaft" endet. Der Blick der Kohleverstromer ist auf 1995 gerichtet. Dann läuft der Jahrhundertvertrag ab – und dann kann die Stromwirtschaft praktisch mit sich selbst eine Anschlußregelung suchen.

Sie wird dann künftig auch Investitionsbeschlüsse bei der Kohle unter Rationalisierungsgesichtspunkten der Stromwirtschaft fällen, die Zusammenarbeit mit der Ruhrkohle-Perle Steag intensivieren und möglicherweise der Nukleus für die großindustrielle Veredlung von Kohle unter Einsatz von Hochtemperaturreaktoren sein. Ein solcher Reaktor wird bereits von der BBC konzipiert. Er wird sich nur im Rahmen eines Konsortiums bauen und betreiben lassen – in der Ruhrkohle wäre es beisammen.

Warnke

HH – Es ist ein offenes Geheimnis, daß Minister Jürgen Warnke (CSU) den CDU-Abgeordneten Schröder (Lüneburg) zum Geschäftsführer des Kölner Bundesunternehmens DEG bestellt sehen möchte. Ebenso ist bekannt, daß sein parlamentarischer Staatssekretär Köhler (CDU) öffentlich Kritik übte, als Warnkes Vorgänger Eppler (SPD) 1974 Staatssekretär Sohn (SPD) auf den Vorsitz der DEG-Geschäftsführung weglobte. Wie wird sich Warnke verhalten? Wird er dem Aufsichtsrat die Entscheidung über die Bestellung eines neuen Geschäftsführers überlassen, oder wird er – wie damals Eppler – „seinen" Mann durchsetzen? Anders gefragt: Wird er die Zuständigkeit des prominent besetzten Aufsichtsrats respektieren, oder wird er – wie damals Eppler – das Bundesunternehmen in den Geruch der Politisierung bringen? Die seit Wochen kursierenden Spekulationen haben dem Unternehmen ohnehin schon geschadet, zumal jedes klärende Wort Warnkes fehlt. Wenn dem Minister so an Direktinvestitionen in der Dritten Welt gelegen ist, muß er die dafür zuständige DEG rasch aus den Schlagzeilen bringen.

RUHRGEBIET / Die Investitionsschwäche ist immer noch nicht überwunden

Industrie und Handel melden jetzt mehr Aufträge und bessere Erträge

HANS BAUMANN, Essen

Mehr als ein Fünftel der Unternehmen im Ruhrgebiet berichtet von einer Verbesserung der Ertragslage. Im Handel sind es nicht ganz 20 Prozent, die höhere Gewinne erzielen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der fünf Ruhrgebietskammern bei der Wirtschaft zum Herbst 1983. Auch die Auftragsbestände haben sich erhöht. Das ist ein Grund dafür, daß die Kapazitäten in allen Wirtschaftszweigen besser genutzt werden. Mit einem durchschnittlichen Auslastungsgrad von 75,5 Prozent wurde das beste Ergebnis seit zwei Jahren erzielt.

Die Umfrage der Kammern ergibt aber auch, daß es immer noch Unternehmen gibt, die sinkende Erträge hinnehmen müssen. Ihre Investitionsschwäche hat die Ruhrwirtschaft noch nicht überwunden. Unsicherheiten, so die Kammern, über die weitere Entwicklung veranlassen die Betriebe weiter zur Vorsicht. Im Gegensatz zur Umfrage im Frühjahr ist die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft heute sogar noch verhaltener. Verglichen mit den Ergebnissen vom Herbst 1982 wollen Industrie und vor allem der Handel höhere Investitionen vornehmen.

Sorgenkind der Ruhr bleibt nach wie vor der Arbeitsmarkt. Wie die Umfrage zeigt, lassen die Personaldispositionen für die nächsten Monate eher eine weitere Verschlechterung erwarten. Angesichts der weit verbreiteten Kurzarbeit ist in der Industrie nur in vereinzelten Fällen mit einer Aufstockung des Personalbestandes zu rechnen. Im Handel ist jedoch die Bereitschaft, neue Mitarbeiter einzustellen, etwas größer und zugleich die Gefahr eines Personalabbaus geringer.

Der Präsident der Kammer Dortmund, Rudolf Brickenstein, warnte vor einer Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Damit werde der Arbeitsmarkt nicht entlastet. Die Gefahr höherer Arbeitslosigkeit zur Kostenentlastung wachse vielmehr mit einer solchen Regelung. Er sprach sich für Regelungen aus, die auf die Besonderheiten der einzelnen Branchen abgestellt sind und eine größtmögliche Flexibilität für Arbeitnehmer und Betriebe gewährleisten.

Generell stellen die Kammern eine konjunkturelle Erholung der Ruhrwirtschaft seit dem Frühjahr fest. Der entscheidende Durchbruch blieb bisher jedoch aus, vor allem wegen der anhaltenden Schwierigkeiten bei Kohle und Stahl. Die Belebung wird nach Brickenstein vor allem von den privaten Konsumausgaben und vom Aufbau der Lagerbestände getragen.

Die berichtenden Unternehmen sprechen durchweg von einer leichten Verbesserung der Wirtschaftslage. In der Industrie wird der Wandel vor allem an einem deutlich höheren Anteil von Unternehmen sichtbar, die ihre Lage als befriedigend bezeichnen. Auch im Handel hat sich die Lage weiter gefestigt. Allerdings sind die Erwartungen insgesamt nicht mehr so hoch gespannt wie im Frühjahr. Man rechnet offenbar nicht mehr mit einem raschen und steilen Verlauf der konjunkturellen Entwicklung, sondern mit einem „mäßiger ansteigenden Wachstumspfad".

Die leichte Erholung der Konjunktur fand noch keinen Niederschlag in den Umsätzen. So blieb der Gesamtumsatz der Ruhrindustrie von Januar bis August mit 77,1 Mrd. Mark noch um 3,1 Prozent unter dem entsprechenden Ergebnis des Vorjahres. Allerdings haben sich die Auftragseingänge erhöht, meldet die Industrie.

Der Handel stellt allerdings nach zwei Jahren der Rezession eine wachsende Kaufbereitschaft der Kunden fest, vor allem im Einzelhandel und im konsumnahen Großhandel. Konjunkturstütze ist bei der Industrie die Binnennachfrage. Vom Export sind bisher kaum konjunkturanregende Impulse ausgegangen. Allerdings gibt es nach der Umfrage für das nächste Halbjahr Zeichen für eine wieder günstigere Entwicklung des Außenhandels.

Der Hauptgeschäftsführer der Kammer Dortmund, Walter Aden, meint, daß an die Stelle der klassischen Wirtschaftsförderung zunehmend die technologische Förderung treten werde. Für die mittelständische Wirtschaft sei es von existentieller Bedeutung, sich den Anforderungen neuer Technologien zu stellen.

ARBED-SAARSTAHL

Der Fortbestand hängt nun von den Arbeitnehmern ab

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der saarländische Ministerpräsident Werner Zeyer gibt sich betont optimistisch, daß die vom Konkurs bedrohte Arbed-Saarstahl GmbH doch noch gerettet werden kann. Allerdings hatte der Betriebsrat bei Redaktionsschluß noch nicht dem Abschluß eines Sozialplanes zugestimmt, der Abfindungsvergütungen in Höhe von durchschnittlich 82 Prozent des letzten Nettoentgelts für die 5225 vorzeitig ausscheidenden Arbeitnehmer vorsieht. Die Betriebsräte fordern wie beim bestehenden Sozialplan, der jedoch entsprechend geändert werden soll, 90 Prozent des letzten Nettoeinkommens.

Nachdem ein von der Arbed-Geschäftsführung nach dem Betriebsverfassungsgesetz für Sonntag angesetztes Vermittlungsgespräch mit dem Gesamtbetriebsrat nicht zustande gekommen war, soll der Ausweg über die im Gesetz vorgesehene Einigungsstelle gesucht werden. Dieser Spruch, den die Betriebsräte akzeptieren wollen, wäre bindend. Dadurch könnte die Arbeitnehmerseite ihr Gesicht wahren.

Immerhin hängen von der Einigung zwischen Arbed-Geschäftsführung und den Betriebsräten die zugesagten Hilfen des Bundes, des Landes und der Banken ab. Die Erklärungsfrist läuft heute um 12 Uhr ab. Die Zeit drängt, weil Arbed nach Angaben des Unternehmens bereits am Donnerstag Fälligkeiten von 86 Millionen Mark zu begleichen hat, wozu bisher die Mittel fehlen. Bei einer Einigung über den Sozialplan würde das Bundeskabinett auf seiner heutigen Sitzung wie auch die Landesregierung in Saarbrücken je zur Hälfte diesen Betrag unmittelbar zur Verfügung stellen.

Dieser Betrag käme zu den 2,8 Milliarden Mark, mit denen Bund und Land bisher schon Arbed unter die Arme gegriffen haben. Allein in diesem Jahr sind 560 Millionen Barmittel aus den öffentlichen Kassen geflossen.

Für 1985 sind bereits vor einem Jahr 123 Millionen zugesagt worden, die jetzt noch um 100 Millionen aufgestockt werden sollen. 1986 sollen weitere 125 Millionen hinzukommen. Überdies wollen Bund und Land bei den Krediten, für die sie Bürgschaften von 1,18 Milliarden eingegangen sind, die Zinsen und Tilgung übernehmen. In der Spitze führt dies 1989 zu einer Belastung von 225 Millionen Mark. Sollte sich die Ertragslage des Unternehmens bessern, dann würde dieser Betrag reduziert werden. Mit 40 Millionen wird das Land dadurch belastet, daß statt der Massenentlassung jetzt eine Frühpensionierung der 50- bis 55jährigen geplant ist. Für sie ist der Sozialplan vorgesehen.

Die Banken wollen für die nicht verbürgten Kredite die bis Ende 1988 fälligen Tilgungsraten stunden und auf die Hälfte der Zinsen verzichten. Der Rest der Zinsen soll bis Ende 1985 gestundet werden. Nach dem Unternehmenskonzept können durch all diese Maßnahmen 12 000 Arbeitsplätze gesichert werden.

Der Fall GHH-Aufsichtsrat

Von JOACHIM GEHLHOFF

Knapp neun Jahre ist es her, der neue Vorstandsvorsitzende kam gerade in sein Amt, da pries die Holding des größten europäischen Maschinenbaukonzerns eine nicht nur in ihren Augen glückliche Lösung auf der Eigentümerseite. Zeitgleich mit dem Generationswechsel an der Führungsspitze des Gutehoffnungshütte Aktienvereins trat die Commerzbank als neuer Großaktionär in das blühende Unternehmen ein. Sie vereinte sich mit der Gründerfamilie Haniel und der Allianz-Versicherungsgruppe in einem neuen Stimmrechtspool, mit der Allianz zudem in eine satzungsgemäß „stimmrechtseinige" Zwischenholding für den beiderseitigen Aktienbesitz.

Vieles schien da auf einen Streich geglückt: Der ständige und für die Haniel-Sippe zu große Hunger nach Kapitalerhöhungen befriedigt; die Überfremdungsgefahr durch petrodollarschwere Ölscheich-Großaktionäre abgewendet; eine friedliche Interessen-Symbiose zwischen den Großaktionären und 30 000 Kleinaktionären installiert. Die Folgejahre bestätigten dieses Glück mit Geschäftsblüte, Kapitalerhöhungen auf das Anderthalbfache des Standes von 1974 und stattlichen Dividenden.

Tempi passati. Weil die Tochter MAN, die gut die Hälfte des Gesamtgeschäfts der Gruppe repräsentiert, tief in die roten Zahlen geriet, muß die Holding ihre nächste Dividende deutlich von sieben auf fünf Mark senken und auch die Hoffnung auf Wiederaufbesserung in den Sternen lassen. An diese Vorgeschichte ist zu erinnern, wenn sich heute mit der Aufsichtsratssitzung der Holding der Vorhang zum vorläufig letzten Akt des schon viel zu langen Trauerspiels der Krise im Gutehoffnungshütte-Konzern hebt. Auch er hat seine Höhepunkte.

Da bietet der Konzernchef Manfred Lennings, noch keine 50 Jahre alt, seinen Rücktritt an, weil er mit seinem Konzept der MAN-Sanierung bei einem Teil seiner Großaktionäre nicht durchdringt. Da zaubert, dem Vernehmen nach, der Altbankier und mutmaßliche Lennings-Gegner Paul Lichtenberg (Commerzbank-Aufsichtsratsvorsitzender) mit dem MAN-Finanzchef Gerd Wollburg, der ganz wesentlich für die MAN-Misere verantwortlich, aber zugleich auch Commerzbank-Aufsichtsratsmitglied ist, und dem früheren Flick-Gesellschafter Klaus Götte (Allianz-Berater und MAN-Aufsichtsratsmitglied) gleich zwei Lennings-Nachfolger aus dem Hut. Da tritt zugleich der Holding-Aufsichtsratsvorsitzende Klaus Haniel zurück, weil er eine mit dem Rücktritt von Lennings verbundene andere Lösung des MAN-Problems mit seiner im Zweifel ausschlaggebenden zweiten Stimme weder blockieren noch begleiten möchte.

Man kann den Mann in seiner Resignation verstehen. Führungskrisen, zumal in konjunkturell schwierigen Zeiten, sind noch nichts Besonderes. Die Besonderheit dieses Falls liegt darin, daß es sich hier ein Aufsichtsrat wegen unterschiedlicher Meinungen der Großaktionärsvertreter leistet, Personalquerelen mit lancierten Indiskretionen in die Öffentlichkeit zu schleppen, dies über viele Monate hinweg zu betreiben und sich in dieser Zeit überhaupt nicht darum zu scheren, daß ein unerläßliches und längst vorhandenes Sanierungskonzept für eine kranke Konzerntochter so oder so möglichst schnell und geräuschlos auf den Weg kommen muß.

Die bösen Konsequenzen solchen Tuns, zumal auch für die 59 000 MAN-Beschäftigten, stellen sich bereits ein. Besonders im konjunkturschwachen Nutzfahrzeuggeschäft sacken nun die Aufträge weiter ab. Wer kauft schon gern MAN-Produkte für seinen Fuhrpark, wenn er bei solchem Dauergezänk unter einem Teil der Aufsichtsräte nicht mehr weiß, ob er sich künftig nicht ohnehin nach einem anderen Lieferanten umsehen muß. Da droht irreparabler Schaden.

Die Schuldzuweisung für dieses Trauerspiel ist in der schon so lange brodelnden Gerüchteküche der Indiskretionen und Halbwahrheiten noch nicht verläßlich möglich. Sicher ist nur, daß die 30 000 Kleinaktionäre und ihre Aufsichtsratsvertreter schuldlos sind. Denn ihr Eigentum ist zum guten Teil bei den stimmrechtslosen Aktien konzentriert (26 Prozent des Holding-Kapitals). Und wahrscheinlich ist mittlerweile auch, daß es denn doch kein glücklicher Tag war, als vor neun Jahren die Commerzbank als Mitstreiter im Großaktionärspool gewonnen wurde. Sie hat zwar nur acht Prozent vom Gesamtkapital. Aber auch solches Eigentum verpflichtet.

AUF EIN WORT



„Es gibt gute und deshalb beachtenswerte Ideen, mit den Problemen der Gegenwart fertig zu werden. Aber Politikberatung ist ein hartes Geschäft. Der Aufnahmefähigkeit mancher Politiker sind offensichtlich Grenzen gesetzt. Die allzu bürokratisch arbeitenden Staatsapparate haben sich daran gewöhnt, nur auf Konflikte zu reagieren."

Dr. Karl Hohmann, Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung FOTO: DIE WELT

Kapitalerhöhung bei IBH gefährdet

cd. Frankfurt

Die SMH-Bank weist Vorwürfe zurück, sie habe durch ihr Verhalten die Insolvenz der IBH-Gruppe ausgelöst. Sie habe bis gestern keine Kredite zurückgezogen und prüfe die Bitte der IBH, mit allen Krediten bis zum 25. November stillzuhalten. Offen ist noch, ob sich die SMH-Bank, wie IBH-Chef Esch behauptete, als Aktionär an der IBH-Kapitalerhöhung beteiligen wird, die Esch braucht, um Verluste auszugleichen. In Bankkreisen wäre man nicht überrascht, wenn sich die SMH-Bank ebenso wie andere Aktionäre, die in ihren IBH-Beteiligungen lediglich Finanzanlagen sehen, sich einer Kapitalerhöhung verschließen würden, so daß die IBH-Holding wohl Konkurs anmelden müßte.

AUFTRAGSEINGANG

Deutliche Impulse kamen wieder vom Ausland

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Nachfrage aus dem Ausland kommt wieder in Schwung, dagegen stagniert die Ordertätigkeit im Inland. Nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes hat die Nachfrage bei der Industrie im September insgesamt leicht zugenommen. Preis- und saisonbereinigt stieg der Auftragseingang beim Verarbeitenden Gewerbe gegenüber August um ein Prozent. Deutliche Impulse kamen erneut mit plus vier Prozent vom Ausland, während die Inlandsbestellungen auf dem erreichten Niveau verharrten.

Ein ähnliches Bild zeigt auch der Zweimonats-Vergleich (August/September gegenüber Juni/Juli). In diesem Zeitraum sind die Aufträge insgesamt um 2,5 Prozent gestiegen, wobei aus dem Inland ein Plus von 0,5 und aus dem Ausland von 3,5 Prozent registriert wurden.

Deutlicher fällt der Auftragszuwachs im Quartalsvergleich (drittes gegenüber zweitem Vierteljahr) mit einem Plus von drei Prozent aus. Ausschlaggebend hierfür war ein erheblicher Anstieg der Auslandsnachfrage um sieben Prozent, die zuvor lange Zeit stagniert hatte. Die Inlandsorders blieben dagegen auf dem Stand des Vorquartals. Am günstigsten war die Entwicklung im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, das 5,5 Prozent mehr Aufträge hereinnehmen konnte. Dagegen meldet das Investitionsgütergewerbe nur eine Zunahme von einem Prozent, beim Verbrauchsgütergewerbe waren die Orders um zwei Prozent höher als im Vorquartal.

Den entsprechenden Vorjahresstand übertrafen die Bestellungen beim Verarbeitenden Gewerbe im dritten Quartal dem Volumen nach um fünf Prozent.

BUNDESHAUSHALT

Schlesinger: Maßnahmen „in richtiger Richtung"

HEINZ HECK, Bonn

Die Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung im Rahmen des '84er Haushalts und der Begleitgesetze zielen „in die richtige Richtung", betonte Bundesbank-Vizepräsident Helmut Schlesinger am ersten Tag der Anhörung im Haushaltsausschuß. Ein reales Wirtschaftwachstum von 2,5 Prozent werde durch die „beachtlich geringeren Defizite" in den öffentlichen Haushalten 1984 und den – gegenüber der Entwicklung des Bruttosozialprodukts – geringeren Ausgabenanstieg „nicht gefährdet".

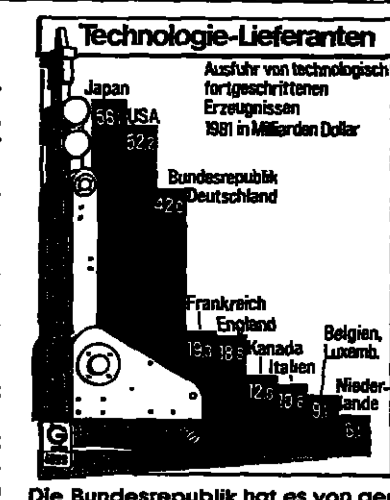
Die Bundesbank unterstellt bei ihrer Prognose eine durchschnittliche Zunahme der Tariflöhne um etwa drei, der Durchschnittsverdienste bis vier Prozent und „keine nennenswerte Verkürzung" der Arbeitszeit. Falls eine mögliche Verkürzung nicht kostenneutral aufgefangen werde, wird die Entwicklung skeptischer beurteilt. Einen gewissen Optimismus zeigen die Annahmen zur außenwirtschaftlichen Entwicklung. Bei einer realen Zunahme des Welthandels um etwa vier Prozent werde der Aufschwung über die USA und Japan hinausgehen. Bei den Importen der Entwicklungsländer wird zumindest kein weiterer Rückgang unterstellt.

Unterschiedlich beurteilen die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute die Entwicklung 1984 und die aus den finanzpolitischen Maßnahmen resultierenden Einflüsse. So erwartet das Kieler Institut jetzt für 1983 eher 1,5 als ein Prozent Realwachstum und für 1984 2,5 bis drei Prozent. Wenn dennoch nicht von „Aufschwung" gesprochen werde, so deshalb, weil man im Moment noch nicht sagen könne, ob diese Entwicklung dauerhaft sei. Das Münchner Ifo-Institut setzt auf eine Fortsetzung der Erholung.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Gratisaktien bei Aachener Rück

Düsseldorf (Py.) – Die Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Aachen, schlägt ihren Aktionären für das Geschäfsjahr 1982/83 (30. 6.) wieder eine Dividende von 9 DM je 50-DM-Aktie zuzüglich 5,06 DM Steuergutschrift vor. Im Vorjahr war außerdem ein Sonderbonus von 7,50 DM gezahlt worden. Zudem soll die HV am 16. Dezember über eine Kapitalerhöhung um 4 auf 20 Mill. DM aus Gesellschaftsmitteln beschließen. Die Aktien sollen ab 1. Januar 1984 gewinnberechtigt sein. Für 1982/83 wird bei einem Prämienwachstum von 5,7 (12,9) Prozent auf 583 Mill. DM ein versicherungstechnischer Verlust von 15,9 (12,9) Mill. DM nach Schwankungsrückstellung ausgewiesen. Der Ertrag des nichttechnischen Geschäfts stieg von 40,7 auf 46,9 Mill. DM (ohne Sondererträge) Der Kurs der Aktie war am Montag ausgesetzt worden, weil eine entsprechende Pressemitteilung bevorstand.



Die Bundesrepublik hat es von der EG-Kommission jetzt schwarz auf weiß bekommen: Sie ist das einzige Land in Westeuropa, das Japan und den USA technologisch gewachsen ist. Bei der Ausfuhr industrieller Spitzenprodukte erreicht sie mit 42 Milliarden Dollar ein Volumen, das nur knapp unter jenem der USA und Japans liegt. QUELLE: GLOBUS

Steuervorteile angekündigt

München (rtr) – Die Bundesregierung will die Einführung von bleifreiem Benzin im Jahre 1986 durch Steuererleichterungen fördern. Innenminister Friedrich Zimmermann sagte am Montag bei der Einweihung der ersten öffentlichen Tankstelle für bleifreies Benzin in München, man wolle diejenigen Autofahrer, die bleifreien Kraftstoff verwendeten, entweder durch eine niedrigere Kfz-Steuer oder eine Senkung der Mineralölsteuer begünstigen und das Autofahren mit bleihaltigem Benzin bestrafen.

Hensmann geht

Hamburg (dpa/VWD) – Jan Hensmann, stellvertretender Vorstandsvorsitzender und Zeitschriftenchef des Hamburger Druck- und Verlagshauses Gruner und Jahr, wird das Unternehmen zum 30. November 1983 verlassen. In einer Erklärung des Verlages dazu heißt es, die Trennung erfolge freundschaftlich in gegenseitigem Einvernehmen. Laut Information von dpa/VWD dürften zum Ausscheiden von Hensmann unterschiedliche Auffassungen über die Verlagsgeschäftsführung geführt haben. Hensmann, der 1971 zu Gruner und Jahr kam, hat in den letzten fünf Jahren insbesondere die Internationalisierung des Zeitschriftengeschäfts bei G + J eingeleitet.

Liquidität für Banken

Frankfurt (cd.) – Liquiditätshilfe zum Zinssatz von 5,6 Prozent bietet die Bundesbank dem Kreditgewerbe über Wertpapierpensionsgeschäfte an, die am 28. November zurückgezahlt werden müssen. Damit tritt die Bundesbank der Versteifung am Geldmarkt entgegen, die im Zusammenhang mit den Problemen der SMH-Bank aufgetreten ist. Tagesgeld war unter Banken selbst zu Zinsen bis zu 5,65 Prozent nur gesucht.

Wochenausweis

	31.10.	23.10.	30.9.
Netto-Währungs-reserve (Mrd. DM)	68,8	71,5	66,9
Kredite an Banken	73,4	67,1	74,0
Wertpapiere	7,7	7,7	7,8
Bargeldumlauf	101,0	98,8	101,7
Einl. v. Banken	47,7	41,6	45,1
Einl. v. öffentl. Haushalten	3,4	10,2	3,7

RUHRKOHLE

Veba und Mannesmann einig über einen Paket-Wechsel

HANS BAUMANN, Essen

Die Aufsichtsräte von Mannesmann und Veba sind sich einig, daß die Mannesmann-Beteiligung von 7,4 Prozent am Ruhrkohlekapital von 534 Millionen Mark auf die Veba AG, Düsseldorf, die schon 27,2 Prozent hält, übergeht. Sowohl der Bundeswirtschaftsminister als auch der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, haben wissen lassen, daß sie nichts gegen die Transaktion einzuwenden haben, wozu sie auch keine rechtliche Handhabe hätten, da Paket-Wechsel unter Ruhrkohle-Aktionären keiner Genehmigung bedürfen.

Das Prozedere sieht nun die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung der Ruhrkohle AG vor, auf der die Aktienübernahme beschlossen werden muß. Es gilt als wahrscheinlich, daß diese Hauptversammlung dann auch gleichzeitig die Übernahme des Salzgitter-Paketes an der Ruhrkohle von 10,9 Prozent durch die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) verabschiedet. Alle Beteiligten sind sicher, daß das Kartellamt seinen Segen zu den Transaktionen geben wird.

Da in der Ruhrkohle AG selbst noch 9,9 Prozent Ruhrkohle-Aktien liegen, würden die beiden Stromerzeuger Veba und VEW über die Mehrheit bei der Ruhrkohle verfügen. Hoesch (7,9 Prozent) hat bereits angekündigt, daß es sein Ruhrkohle-Paket behalten möchte. Dagegen sind Krupp (6,2 Prozent) und Klöckner (4,7 Prozent) bereit, ihre Anteile an der Ruhrkohle AG abzugeben.

Da die Veba erklärt hat, daß sie auf keinen Fall mehr als 40 Prozent an der Ruhrkohle anstrebt, wird über eine Auffanggesellschaft für die Krupp- und Klöckner-Pakete nachgedacht.

KFZ-HAFTPFLICHTVERSICHERUNG / Entscheidung des Bundesaufsichtsamtes

Prämienzuschlag für Ausländer abgelehnt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Als erstem von insgesamt etwa 50 deutschen Autoversicherern sind dem Marktführer Allianz vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) die Anträge auf Genehmigung von Prämienzuschlägen für die Kfz-Haftpflichtversicherung bestimmter Ausländergruppen abgelehnt worden.

Die Allianz hatte wegen des außerordentlich schlechten Schadenverlaufs bei Türken, Griechen und Jugoslawen über die Änderung der Tarifbestimmungen entweder Prämienzuschläge zwischen 20 und 50 Prozent oder gesonderte Ausländertarife für bestimmte Nationalitäten erreichen wollen.

In der der Allianz am letzten Wochenende zugestellten schriftlichen BAV-Ablehnung heißt es, flexible Zuschläge seien mit Tarifverordnung und Pflichtversicherungsgesetz nicht vereinbar. Beide sehen feste Beitragssätze für alle Versicherten vor. Die Variante eines gesonderten Tarifs für die genannten Ausländergruppen wird vom BAV mit dem Hinweis abgewiesen, die Nationalität sei kein geeignetes Tarifmerkmal.

Der – von der Behörde nicht bestrittene – schlechtere Schadenverlauf sei auf intensivere Nutzung des Kfz, auf die Unerfahrenheit der Fahrer und auf Unterschiede in der Mentalität zurückzuführen, die zufällig mit der Nationalität zusammenträfen, seien jedoch für die Tarifierung nicht objektivierbar.

Herbert Schmeer von der Allianz, zugleich Vorsitzender des Fachausschusses Kraftfahrtversicherung im HUK-Verband, bedauerte die BAV-Entscheidung. Mit der Einleitung eines Beschlußkammerverfahrens beim BAV sei zu rechnen, ein Verfahren beim Bundesverwaltungsgericht (bis zu zwei Jahren Dauer) offen. Wenn das Gericht den Europäischen Gerichtshof wegen der EG-Zugehörigkeit der Griechen anhört, was nicht sicher ist, würde die endgültige Entscheidung weiter verzögert.

Die Allianz, von deren 1,9 Milliarden Mark Beitragsaufkommen in der Kfz-Haftpflichtversicherung auf Ausländerverträge sechs Prozent (der Vertragszahl nach vier Prozent) entfallen, hätte nach den Worten Schmeers allein für 1982 20 Millionen Mark mehr an Beitragsrückerstattungen für schadenfreies Fahren an die Versicherten ausschütten können, wenn die Tarife schadengerecht für die Ausländer kalkuliert werden könnten.

Obwohl die Allianz im Ausländerbereich mehr ohnehin teurere Anfängerrisiken versichert und überproportional stark in den unteren Schadenfreiheitsklassen besetzt ist, was eine höhere Durchschnittsprämie bedeutet, reichen diese Prämien für die Schadenlast der Allianz nicht aus.

FRANKREICH / Belebung bei Investitionsgütern

Export stützt Konjunktur

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der durch die französische Austerity-Politik herbeigeführte Rückgang der Binnennachfrage hat sich in letzter Zeit etwas abgeflacht. Gleichzeitig nahmen die Exporte zu. Demzufolge dürfte sich die Beschäftigungslage der Industrie im Oktober global stabilisiert haben, meint das Nationalinstitut für Statistik (INSEE) in seinem jüngsten Konjunkturbericht.

Die rezessive Entwicklung der Vormonate setzte sich allerdings in der Konsumgüterindustrie, in der Automobilindustrie und – in vermindertem Umfang – bei den Herstellern von Zwischenprodukten (Stahl usw.) fort. Dagegen konnte die Investitionsgüterindustrie dank erhöhter Ausfuhren ihre Produktion etwas steigern. Allgemein wurden die überhöhten Bestände an Fertigerzeugnissen abgebaut.

Während die Regierung für die nächsten Monate mit einer Stabilisierung der französischen Industrieproduktion auf ihrem derzeitigen Niveau rechnet, erwarten die vom INSEE befragten Unternehmer durchweg einen erneuten, wenn auch mäßigeren Produktionsrückgang. Ihren Pessimismus begründen sie damit, daß der Exportvorteil aus der letzten Franc-Abwertung (21. März) durch die Inflationsdifferenz zu den wichtigsten Handelspartnern schwindet. Dagegen setzt Wirtschaftsminister Delors auf die weitere Belebung der Konjunktur insbesondere in der Bundesrepublik, dem größten französischen Auslandskunden, und auf eine starke Reduzierung des Kostenanstiegs in Frankreich. Im nächsten Jahr hofft er, die Lohnerhöhungen gegenüber den diesjährigen auf vier bis fünf Prozent zu halbieren. Die Gewerkschaften sind noch weit davon entfernt, dieses Limit zu akzeptieren.

Bei einem amtlichen Preisstabilisierungsziel von 5 Prozent für 1984 hat damit Delors zum ersten Mal ausdrücklich einen Kaufkraftrückgang proklamiert. Außerdem bezeichnete es der Minister als notwendig, daß die französische Handelsbilanz einen Überschuß von 30 Milliarden Franc (10 Milliarden Mark) im Jahr verbucht, um die Verzinsung und Amortisierung der französischen Auslandsschulden zu sichern. Einen Termin für dieses Ziel nannte er aber nicht. Zur Zeit erstrebt die Regierung für Ende 1984 eine ausgeglichene Handelsbilanz. In internationalen Finanzkreisen gilt es als ausgeschlossen, daß Frankreich seine Handelsbilanz ohne weitere Franc-Abwertungen und D-Mark-Aufwertungen dauerhaft stabilisieren könnte.

STEUERBERATER / Kritik an EG-Richtlinie

Stoltenberg: Neue Steuersätze

PETER WEERTZ, Berlin

Steuerberater wollen keine Wirtschaftsprüfer werden, sondern Steuerberater bleiben. Allerdings fordern sie zugleich, daß sie die nach den EG-Richtlinien verlangten Pflichtprüfungen, besonders bei Unternehmen in der Rechtsform der GmbH, durchführen können. Mit dieser berufspolitischen Forderung eröffnete Verbandspräsident Dieter Krüger den Steuerberater-Tag 1983, der in Berlin in Anwesenheit von Bundespräsident Karl Carstens stattfindet.

Eine verantwortliche Finanz- und Steuerpolitik müsse den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang berücksichtigen, sagte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vor den rund 1500 Teilnehmern des Kongresses. Zu den „wichtigsten steuerpolitischen Zielen" der Bundesregierung gehört laut Stoltenberg ein neuer Lohn- und Einkommensteuertarif. Denn „als Folge der derzeitig zu steilen Progression des Tarifs wurde den Lohn- und Einkommensteuerzahlern ein immer größerer Anteil an der Gesamtsteuerlast" aufgebürdet. Der Anteil der Lohn- und Einkommensteuer an der Gesamtlast, der 1968 noch 22,2 Prozent ausmachte, stieg bis heute auf 40 Prozent.

Stoltenberg kündigte daher für das nächste Jahr über die Eckdaten eine Neugestaltung des Lohn- und Einkommensteuertarifs an. Im engen Zusammenhang hiermit will die Bundesregierung ein Familiensplitting einführen. Vorab müsse zudem bis Ende 1984 aus verfassungsrechtlichen Gründen die Besteuerung alleinerziehender Elternteile neu geregelt werden.

Als ungelöste Frage bezeichnete Stoltenberg überdies die Neubewertung des Grundbesitzes (Einheitswerte), die ohnehin erst in den 90er Jahren infolge der überforderten Finanzverwaltung möglich wäre. Zu den Vorüberlegungen gehört hier, ganz auf sie zu verzichten.

GROSSBRITANNIEN / Jahreskongreß des Industrieverbandes in Glasgow

CBI beklagt die schleppende Erholung

WILHELM FURLER, Glasgow

Mit der Warnung, daß die konjunkturelle Belebung in Großbritannien allen Anzeichen zufolge nicht so stark ausgeprägt ist, wie allgemein erwartet wurde, hat der Generaldirektor des britischen Industrieverbandes CBI den Jahreskongreß der Unternehmer in Glasgow eröffnet. Sir Terence Beckett erklärte den mehr als 800 Delegierten des CBI, daß die Wirtschaftserholung bisher „ausgesprochen holperig" verlaufen sei. Die Aussichten für das kommende Jahr seien auch nicht sonderlich hoffnungserweckend, da nur mit einem langsamen Wachstum gerechnet werden könne.

„Wir und die Regierung müssen alles nur Denkbare unternehmen, um zu verhindern, daß der Konjunkturbelebung der Dampf ausgeht", betonte Sir Terence. Zwar glaube er, daß die britische Wirtschaft zumindest bis zur Hälfte 1984 weiter wachsen werde, aber es sei alles andere als wahrscheinlich, daß dieses Wachstum besonders ausgeprägt sein werde. An die Regierung in London richtete der CBI-Generaldirektor die Aufforderung, die Zinsen weiter zu senken und mehr als bisher an Kapitalinvestitionen für die Infrastruktur des Landes bereitzustellen.

Unverändert wichtig sei die Bekämpfung der Inflation, aber alle Anstrengungen müßten auch darauf gerichtet sein, ein anhaltendes Wirtschaftswachstum sicherzustellen. „Da gibt es noch einiges, was wir, Regierung und Unternehmer, erheblich besser machen können." Einige sehr kritische Anmerkungen machte der CBI-Chef über die Europäische Gemeinschaft, die seiner Ansicht nach an Schwung verloren hat.

So beschäftigte sich denn auch eine der interessantesten Debatten am Eröffnungstag mit einer Resolution, in welcher die britische Regierung aufgefordert wurde, bei der Erstellung eines Rahmenwerks für eine EG-weite Industrie- und Wirtschaftspolitik die Führung zu übernehmen. Ein Großteil der Delegierten stimmte zwar zu, daß die „europäische Dimension" ausgeweitet werden müsse und daß ein gemeinsamer Markt für Waren und Dienstleistungen in der Praxis nicht existiere. Aber gleichzeitig wurde befürchtet, daß eine Annahme dieser Resolution Brüssel zu noch mehr restriktiver Planungs-Bürokratie veranlassen könnte. Mit nur zwei Stimmen Mehrheit wurde die Resolution dennoch angenommen.

Bereits am Vorabend des Kongresses war es zu Meinungsverschiedenheiten über die Auswahl der vorgelegten Resolutionen gekommen. So wies die CBI-Führung mit Nachdruck Vorwürfe zurück, daß jene, die besonders scharf die Industrie- und Wirtschaftspolitik der Regierung Thatcher kritisierten, einfach aus der Agenda ausgeschlossen worden seien. Dabei ging es insbesondere um die Resolution des CBI-Unterkomitees West-Wales, in der es wörtlich heißt: „Diese Konferenz ist entsetzt, daß die Regierung nach vierjähriger Amtszeit so wenig unternommen hat, den Wirtschaftsaufschwung anzutreiben. Die Regierung wird aufgefordert, der Wirtschaft durch wachstumsfördernde Maßnahmen zu helfen." Der CBI-Führung zufolge sind von den insgesamt 162 zur Debatte eingereichten Resolutionen jene 16 ausgewählt worden, die eine möglichst weite Diskussion versprechen.

Keine Gnade bei Ladendiebstahl

SAD, Den Haag

Die Hoffnung so mancher Ladendiebe in Holland, daß ihr Schlagwort vom „proletarischen Einkaufen" die Unterstützung linker Oppositionsparteien finden wird, hat sich nicht erfüllt. In einer Ausschußberatung des niederländischen Parlaments über das Problem der zunehmenden Fälle von Ladendiebstahl erklärte die sozialistische Abgeordnete Salomons eindeutig: „Die ungleichgewichtige Art, mit der die Mitte-Rechts-Regierung finanzielle Lasten auf die Bevölkerung verteilt, kann keine Entschuldigung bieten für ebenso ungleichgewichtige Formen von Protestaktionen."

Frau Salomons betonte, daß aus der Sicht der sozialistischen „Partei der Arbeit" (PVDA) Ladendiebstahl Ladendiebstahl bleibe, der bestraft werden müsse. Im übrigen sei die neumodische Bezeichnung „proletarisch einkaufen" wenig schmeichelhaft für das Proletariat.

Der den Geschäftsinhabern und Warenhausketten Hollands (14,3 Millionen Einwohner) jährlich durch Ladendiebstähle entstehende Schaden wird auf umgerechnet 500 Millionen Mark geschätzt. Die gleiche Summe dürfte durch Warendiebstähle seitens des eigenen Personals hinzukommen. Bei den Parlamentsberatungen verwiesen einige Abgeordnete darauf, daß die eigentlich Leidtragenden jene große Mehrzahl ehrlicher Kunden seien, die sich mit der Einbeziehung der Verluste in die Preiskalkulationen abfinden müssen.

Justizminister Korthals-Altes, der an den Beratungen teilnahm, wies die Forderung einiger Supermarkt-Direktionen zurück, Bagatellfälle durch die Einführung von Bußgeldern zugunsten des jeweiligen Unternehmens ahnden zu dürfen. Die strafrechtliche Verfolgung von Ladendiebstählen müsse Angelegenheit von Polizei und Justiz bleiben.

ÖSTERREICH / Zahl der Übernachtungen sinkt

Deutsche Gäste bleiben aus

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Touristen-Herkunftsländern haben sich – wie schon 1982 – auch im diesjährigen Sommer deutlich in der österreichischen Reiseverkehrsbilanz niedergeschlagen. Von Mai bis September gingen die Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben um 3,7 Prozent auf 68,4 Millionen zurück. Dank besserer Ergebnisse in den Wintermonaten war der Rückgang bei den Übernachtungen von Januar bis September um 2,5 Prozent auf 104,4 Millionen aber etwas geringer.

Obwohl dies bereits der zweite Sommer mit sinkenden Übernachtungszahlen ist (1982: minus 4,2 Prozent), wird die Situation seitens der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft aber noch nicht dramatisch beurteilt. Denn einige positive Details hellen den Tourismushorizont wieder einigermaßen auf. Immerhin blieb die Zahl der Gästeankünfte im Verlauf dieses Jahres gegenüber 1982 bisher gleich, so daß Österreich seine Position im internationalen Touristikgeschäft einigermaßen behauptet haben dürfte.

Da sich die Aufenthaltsdauer um etwa vier Prozent verringert hat und neuerdings dem Kurzurlaub in größerem Maße als bisher der Vorzug gegeben wird, ist dies letztlich auf eine verstärkte Sparsamkeit der Reisenden zurückzuführen. Ein weiteres Indiz dafür ist auch eine stete Verlagerung in die billigere Nebensaison, die zunehmendes Gewicht bekommt.

Die hohe Zahl der Arbeitslosen in wichtigen Herkunftsländern und damit verbunden auch ein Wegfall touristischen Potentials wirkt sich in Österreich insofern stark aus, als der Ausländerreiseverkehr am gesamten Tourismus einen Anteil von 76 Prozent hat und die Ausländerübernachtungen nach den vorläufig vorliegenden Statistiken bis August um 3,4 und jene der Inländer dagegen nur um 0,2 Prozent zurückgingen.

Besonders stark fiel im Sommer ein Minus bei Gästen aus der Bundesrepublik um 6,3 und aus den Niederlanden um 12,9 Prozent ins Gewicht, weil diese beiden Länder insgesamt rund 80 Prozent des Ausländertourismus ausmachen. Für die Deutschen dürfte Österreich aber das Reiseland Nummer eins geblieben sein. Die Bundesrepublik hat insgesamt am Tourismus in Österreich einen Anteil von 53 Prozent, die Niederlande einen von 8,2 Prozent. Wegen des vergleichsweise geringen Anteils von zuletzt nur drei und 1,2 Prozent fielen die deutlichen Steigerungsraten der Übernachtungen von Briten und Amerikanern um 15,5 beziehungsweise 16,5 Prozent bei weitem nicht so stark ins Gewicht.

Abweichend von der Entwicklung der Übernachtungen gingen die Bruttodeviseneinnahmen der österreichischen Wirtschaft aus dem Ausländerreiseverkehr zwischen Januar und August nur um 1,1 Prozent auf 61,8 Milliarden Schilling zurück. Dem steht allerdings ein kräftiger Anstieg der Devisenabflüsse um 11,4 Prozent, verursacht durch die ungebrochene Reiselust der Österreicher, gegenüber, so daß sich seit Januar der Reiseverkehrsüberschuß um 9,8 Prozent auf 33,2 Milliarden Schilling verringerte.

Die deutliche Zunahme von Kurzreisen und des Ausflugsverkehrs dürfte auch die Ursache dafür gewesen sein, daß die Umsätze der österreichischen Beherbergungs- und Gaststättenbetriebe insgesamt im ersten Halbjahr noch geringfügig zunahmen. Dies allerdings bei verschlechterter Ertragslage, die sich auch im nächsten Jahr angesichts des von der Regierung verabschiedeten Maßnahmenpakets zur Defizitstabilisierung im Budget fortsetzen wird.

KAUFKRAFT / IWF stellt Vergleich an

Inflation beschleunigt sich

AP, Washington

Der Rückgang der Inflation in den westlichen Industrieländern hat in den Sommermonaten offenbar aufgehört. Das geht aus Zahlen des Internationalen Währungsfonds (IWF) hervor, die jetzt veröffentlicht wurden. Der Novemberausgabe der IWF-Publikation „International Financial Statistics" („Internationale Finanzstatistik") zufolge betrug die Jahresinflationsrate der Industrieländer im August wie schon in den beiden Vormonaten 4,6 Prozent. Von den 15 Berichtsländern verzeichneten elf im August bedeutende Zunahmen des Kaufkraftverlusts, am deutlichsten die Bundesrepublik Deutschland: Hier betrug die Inflationsrate im August 3,0 Prozent im Vergleich zu 2,5 Prozent im Juli. Für Österreich nannte der IWF 3,2 Prozent (2,8), für Großbritannien 4,6 Prozent (4,2) und für die USA und die Niederlande jeweils 2,6 Prozent (2,4).

In den Entwicklungsländern hat sich der inflationäre Druck weiter verstärkt. Der IWF gibt für die Entwicklungsländer ohne eigene Erdölvorkommen im zweiten Quartal dieses Jahres eine Jahresrate von 51,1 Prozent mit steigender Tendenz an. An der Spitze steht dabei Argentinien mit einem Kaufkraftverlust von 313,5 Prozent gegenüber 244,6 Prozent im ersten Vierteljahr.

Wie aus dem Bericht weiter zu entnehmen ist, schwächte sich auch der Außenhandel der Industrieländer im Juli mit Rückgängen sowohl im Export als auch im Import ab. Die Ausfuhren beliefen sich im Juli auf 89,5 Milliarden Dollar, das sind 9,4 Prozent weniger als im Vormonat. Die Einfuhren nahmen um 7,3 Prozent auf 93,9 Milliarden Dollar ab. Das Geldmengenwachstum der Industrieländer beschleunigte sich im zweiten Quartal. Für die Bundesrepublik gab der IWF eine Jahresrate von 11,0 Prozent gegenüber 9,9 Prozent im Vorjahr an.

ARGENTINIEN / Geldwertstabilität hat Vorrang

Wirtschaft ist optimistisch

dpa/VWD/DW, Buenos Aires

Der künftige argentinische Wirtschaftsminister Bernardo Grispun hat die Reaktivierung der argentinischen Wirtschaft und die gleichzeitige Bekämpfung der Inflation als die wichtigsten Ziele der neuen Regierung bezeichnet. Dazu würde so schnell wie möglich – schon in den ersten Wochen – ein Bündel übergreifender Maßnahmen getroffen, meldete „Radio la Plata".

Im Wahlkampf hatte der künftige Präsident Raul Alfonsin erklärt, die Bürgerunion wolle die Inflationsrate (knapp 300 Prozent in den ersten zehn Monaten 1983) 1984 auf eine zweistellige Zahl drücken.

Spekulationen, die neue Regierung werde den international angesehenen argentinischen Wirtschaftswissenschaftler Raul Prebisch (82) mit den Verhandlungen über die Neuregelung der argentinischen Auslandsschulden von 40 Milliarden Dollar (104 Milliarden Mark) beauftragen, wurden von Grispun verneint. Die neue Regierung werde aber alle internationalen Wirtschaftsfragen mit Prebisch beraten.

Prebisch hatte von 1935 bis 1943 die argentinische Zentralbank organisiert und war deren erster Generaldirektor. Während der Peron-Zeit mußte Prebisch ins Exil gehen und war in der Folgezeit maßgebend am Aufbau eines lateinamerikanischen Marktes beteiligt.

In der argentinischen Wirtschaft herrscht derzeit ein vorsichtiger Optimismus. Er gründet sich in erster Linie darauf, daß der aus den Wahlen als Sieger hervorgegangene Alfonsin als Mann gilt, der „mit sich reden läßt". Hinsichtlich der Auslandsschulden hofft man in Wirtschaftskreisen, daß es Alfonsin gelingt, längere Zahlungsfristen und niedrigere Zinsen zu erreichen.

BENZINPREISE / Paris lockert Reglementierungen

Ende im Rabattkrieg?

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Ab Mitte November kann man in Frankreich billiger tanken. Denn einerseits hat die Regierung das Indexierungsverfahren für die Ölproduktenpreise der Raffinerien dahingehend revidiert, daß diese unverändert bleiben. Andererseits sollen die Tankstellen zu höheren Rabatten ermächtigt werden. Die Besitzer der freien Tankstellen haben bereits angekündigt, daß sie ihre Verkaufspreise entsprechend senken werden. Die neue behördliche Regelung, die noch der Genehmigung der nationalen Preiskommission bedarf, sieht vor, daß die höchst zulässigen Rabatte der Tankstellen für Normalbenzin von neun auf 16 Centimes und für Superbenzin von zehn auf 17 Centimes je Liter ausgeweitet werden dürfen. In der Pariser Region betragen die entsprechenden Höchstpreise gegenwärtig 4,65 und 4,97 Franc.

Während sie von den Markentankstellen ohne Selbstbedienung ziemlich strikt eingehalten werden, haben die Tankstellen der Supermärkte den Rabattspielraum voll ausgeschöpft. Die Tankstellen des „Preisbrechers" Leclerc hatten sogar Rabatte bis zu 20 Centimes gewährt. Für diesen Verstoß wurde Leclerc mit dem Entzug seiner Benzinimport-Lizenz bestraft.

Ob dieser „Rabattkrieg", der während der Sommermonate seinen Höhepunkt erreicht hatte, durch die neue Regelung entschärft wird, läßt sich noch nicht übersehen. Die Tankstellenbesitzer werden dabei keineswegs zufriedengestellt. Während die Unabhängigen behaupten, daß sie sich die Ausnutzung der Rabatt-Marche finanziell nicht leisten könnten, hält sie Leclerc immer noch für unzureichend. Was die Raffineriepreise betrifft, so wurde Mitte September der für diesen Bereich maßgebliche viermonatige Mittelwert des Dollars durch einen Monatswert von 7,70 Franc ersetzt. Dadurch wurde eine künstliche Verbilligung zu Lasten der Raffinerien herbeigeführt.



KRUPP MAK MASCHINENBAU

Rückgang bei Dieselmotoren

JAN BRECH, Hamburg

Trotz anhaltender Schwierigkeiten im gesamten europäischen Motorenbau schätzt die Krupp MaK Maschinenbau GmbH, Kiel, die zu 100 Prozent dem Essener Krupp-Konzern gehört, die weitere Entwicklung zuversichtlich ein. Wie der für den Motorenverkauf zuständige Geschäftsführer Fritz Gogarten anläßlich der internationalen Ausstellung für Schiffbau „Europort 1983" in Amsterdam erklärte, müsse die Branche allerdings an einer stetigen Weiterentwicklung des Dieselmotors festhalten. Hektische Sprünge im konstruktiven Bereich als Reaktion auf temporäre, kurzfristige Marktherausforderungen nützten nichts.

Die derzeitige Lage am europäischen Markt wird einmal durch den drastischen Kapazitätsabbau im europäischen Schiffbau negativ beeinflußt. Außerdem hat zunehmende ostasiatische Konkurrenz, vor allem bei kleineren Motoren, zu Kurzarbeit im europäischen Motorenbau geführt. Schließlich gibt es einen starken Rückgang von Auftragseingängen auf den Märkten für Dieselkraftstationen, Märkten also, die sich bislang antizyklisch zu denen für Schiffsmotoren verhalten haben.

Für Krupp MaK erwartet Gogarten in diesem Jahr einen Motorenumsatz von rund 400 Mill. DM, was einen realen Rückgang gegenüber 1982 bedeuten würde. Der Bereich Schiffsmotoren steuert rund 70 Prozent, Dieselkraftstationen die restlichen 30 Prozent bei. Im Bereich mittelschnellaufende Dieselmotoren zählt MaK zu den führenden Anbietern auf der Welt. Alleiniger Marktführer ist man nach eigenen Angaben bei sogenannten „One Fuel Ships", deren Haupt- und Hilfsmaschinen mit Schwerölen angetrieben werden. Von den bisher 10 akquirierten Schiffen mit Motoren dieser Art seien alle von MaK ausgerüstet.

Der Gesamtumsatz der Krupp MaK wird 1983 um rund 9,5 Prozent auf 1,7 Mrd. DM steigen. MaK verfügt über erhebliche Aufträge aus dem Bereich Wehrtechnik. Beschäftigt werden rund 3700 Mitarbeiter, von denen 60 Prozent in der Motorenproduktion tätig sind. Bei Schiffsdieselmotoren gibt MaK einschließlich Lizenznehmern einen Weltmarktanteil von 12,8 Prozent an.

RUD / Hoffnungsvolle Geschäfts-Signale

Warten auf den Schneefall

WERNER NEITZEL, Stuttgart

„Hoffnungsvolle Signale" registriert die RUD-Kettenfabrik Riegen & Ditze GmbH & Co., Aalen-Unterkochen, hinsichtlich der Entwicklung des laufenden Geschäftsjahres 1983/84 (30. 6.). Zwar sei bedingt durch den vergangenen schneearmen Winter das Vorsaisongeschäft bei Schneeketten – hier ist das Familienunternehmen größter europäischer Hersteller – zurückhaltend geblieben. Um so deutlicher ist dadurch die unmittelbare Abhängigkeit des Gleitschutzketten-Geschäfts vom frühen Schneefall, in dessen Folge dann Spontankäufe aller Erfahrung nach das Umsatztempo beleben.

Unterschiedlich gestaltet sich die Lage im Industrieketten-Bereich: Lebhaft waren die Verkäufe bei Anschlagketten, dagegen herrscht bei Industrieketten für den Anlagenbau noch Zurückhaltung. Für den Zeitraum des nächsten Vierteljahres sei RUD voll beschäftigt.

Im Geschäftsjahr 1982/83 ist der Umsatz um 0,9 Prozent auf 108 Mill. DM angestiegen. Jeweils etwa die Hälfte entfiel auf die beiden Sparten Reifenketten und Ketten zum Heben, Ziehen und Fördern. Im Reifenketten-Geschäft hat die Einführung der inzwischen patentierten „RUD-matic"-Schneekette am Federstahlbügel für deutlichen Auftrieb gesorgt.

Der Auslandsanteil am Umsatz macht unverändert 25 Prozent aus, bei einigen Produkten beträgt er sogar rund 50 Prozent. RUD verfügt noch in Brasilien über ein produzierendes Tochterunternehmen (50 Beschäftigte), Vertriebstöchter bestehen in USA, Großbritannien, Belgien und Singapur.

Zur Ertragslage heißt es bei RUD, sie habe sich aufgrund der intensiven Bemühungen um Kosteneinsparungen deutlich verbessert. Investiert wurden im Berichtsjahr drei Mill. DM, für das laufende Jahr sei eine Verstärkung der Investitionen geplant. RUD zählt rund 1000 Beschäftigte.

Wehrhahn-Schicksal bleibt noch offen

dos, Delmenhorst

Noch keine Entscheidung ist über den weiteren Weg der Gebr. Wehrhahn Maschinenfabriken GmbH & Co. KG, Delmenhorst, gefallen. Für das traditionsreiche Unternehmen, das in der vergangenen Woche Konkurs angemeldet hatte, wird noch nach einer Lösung gesucht. Der vom Amtsgericht bestellte Sequester Meier-Naust erklärte auf Anfrage, frühestens Anfang nächster Woche sei mit dem Abschluß der Untersuchungen zu rechnen. Derzeit gebe es mehrere Denkmodelle. Dazu gehöre auch die Gründung einer Auffanggesellschaft.

Das Familienunternehmen, das rund 200 Mitarbeiter beschäftigt und einen Umsatz von 30 Mill. DM repräsentiert, ist im Industrieanlagenbau tätig. Wie es heißt, sollen die Schwierigkeiten durch den Zusammenbruch eines nigerianischen Großkunden entstanden sein. Die gelieferte Asbest-Zementfabrik habe mit 6 Mill. DM abgeschrieben werden müssen. Auch in anderen Ländern (Irak) seien Forderungen abschreibungsbedürftig geworden.

Zur Höhe der Verbindlichkeiten wollte Meier-Naust keine Angaben machen. Fest steht jedoch, daß der Grad der Überschuldung ausschlaggebend dafür war, daß die Banken keine weiteren Mittel mehr zur Verfügung stellten. Zunächst wird der Betrieb aufrechterhalten. Nicht bestätigt werden Meldungen, wonach die Übernahme einer Landesbürgschaft angestrebt wird.

Schieder kooperiert mit Franzosen

H. HILDEBRANDT, Schieder

Die unter dem Dach der Schieder Holding GmbH, Schieder, zusammengefaßte Unternehmensgruppe, die mit einem Gesamtumsatz von mehr als 600 Mill. DM zu den größten Möbelproduzenten Europas gehört, kooperiert in Zukunft mit dem französischen Hersteller Gautier, Paris. Der neue Schieder-Partner, dessen Umsatzvolumen die 1-Mrd.-Franc-Marke übersteigt, ist in seinem Lande von der Größenordnung her die Nummer zwei der Branche, führend jedoch vor allem im Bereich Jugendmöbel.

Diese sowie Elemente seines An- und Aufbauprogramms werden jetzt von Schieder in der Bundesrepublik angeboten und als willkommene Ergänzung des eigenen Programms bezeichnet. Mit Jahresbeginn 1984 übernimmt Gautier dann im Gegenzug Möbel des deutschen Partners in sein Angebot.

Die Schieder-Gruppe exportiert bereits mehr als 20 Prozent ihres Gesamtumsatzes. Als Ausgleich für die einstmals starke, inzwischen jedoch rückläufige Nachfrage aus dem arabischen Raum erweist sich gegenwärtig der nordamerikanische Markt. Das Zweigwerk der Gruppe in den USA setzt bereits mehr Möbel aus deutscher als aus eigener Produktion um.

Auch auf dem deutschen Markt hat sich die Situation inzwischen wieder stabilisiert. Die Entwicklung wird als durchaus zufriedenstellend bezeichnet, von Wachstum kann jedoch noch keine Rede sein.

VEBA / Ergebnis „deutlich" verbessert – Der Bund soll eine Schachtel behalten – Neue Optionsanleihe

Schon jetzt 15 Prozent Dividende angekündigt

HANS BAUMANN, Essen

Es ist der optimistischste Zwischenbericht, den der Vorsitzende des Vorstandes der Veba AG, Düsseldorf, Rudolf von Bennigsen-Foerder, je gegeben hat. Das sicherlich nicht schlechte Ergebnis des Vorjahres hat sich in den ersten neun Monaten 1983 nach seinen Worten „deutlich verbessert". Entgegen bisherigen Gepflogenheiten kündigte er bereits jetzt für 1983 die Zahlung von wieder 15 Prozent Dividende auf das Aktienkapital von rund 1,7 Mrd. DM an.

Der Optimismus und die Aussagefreudigkeit sind natürlich auch Teil eines taktischen Spiels. Die Aktionäre müssen eingestimmt werden auf die Auflage einer internationalen Optionsanleihe (wahrscheinlich in Dollar und D-Mark) in Höhe von 500 Mill. DM, auf die Nutzung eines genehmigten Kapitals von 250 Mill. DM und im Bereich der Psychologie auf die Abgabe von 13,75 Prozent Bundesanteile an der Veba zum 1. Januar 1984. Dann wird der Bund noch 30 Prozent des Aktienkapitals halten, aber auch nach Tausch der Optionsanleihe wird der Bund immer noch 26 Prozent halten. „Das ist auch unser Wunsch", sagt von Bennigsen, der im Engagement des Bundes einen sicheren Garanten gegen Überfremdung der Veba sieht.

Das Paket des Bundes, dessen Erlös auf rund 700 Mill. DM geschätzt wird, wird komplett von einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank verwertet. Bevorzugt sollen die Belegschaft und Nutzungsberechtigte des 936-DM-Gesetzes (ab 1. Januar 1984) bedient werden. Den Anteil der Belegschaftsaktien schätzt man auf rund 10 Prozent des Gesamtpaketes. Irgendeine Art von Sozialrabatt wird es nicht geben. Den Ausgabekurs bestimmt der Börsenkurs. Die Verminderung des Anteils des Bundes am Veba-Kapital wird aber nichts an der Mandatsentsendung des Bundes in den Aufsichtsrat des Unternehmens ändern.

Die Ausgabe von Belegschaftsaktien erfolgt nach folgender Prozedur: Veba kauft direkt beim Bund Aktien in der von den Belegschaftsmitgliedern angeforderten Höhe und gibt die Aktien an die Belegschaft weiter. Dazu kann ein Lohnsteuerfreibetrag bis zu 300 Mark ausgenutzt werden.

Der Zwischenbericht der Veba AG zum 30. September ist ein Glanzstück. Das Ergebnis erhöhte sich gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres auf 224 (192) Mill. DM. Für das ganze Jahr 1983 wird mit einem insgesamt „deutlich" besseren Ergebnis gerechnet, das nicht nur zur Bedienung der Dividende ausreicht, sondern auch zur weiteren Stärkung der Rücklagen.

Bei Strom ist die Ertragslage stabil. 4,1 Prozent wurden bisher mehr abgesetzt. Der Umsatz erhöhte sich um 9,4 Prozent auf über 6,9 Mrd. DM.

Die Konsolidierung im Mineralölbereich ging weiter. Der Rohöleinsatz sank planmäßig um 40,7 Prozent. Der Umsatz ging um 3 Prozent auf fast 10 Mrd. DM zurück. Mit der Inbetriebnahme des Hydrocrackers verringerte sich der Verlust aus der Verarbeitung „wesentlich". Chemie und das Upstreamgeschäft lassen Veba Oel wieder ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegen. Wenn Aral durchrationalisiert ist, rechnet Veba Oel sogar wieder mit Gewinnen im Bereich der Verarbeitung.

Die Chemie lief nach von Bennigsen „ungewöhnlich erfreulich". Es habe das sonst übliche Sommerloch praktisch nicht gegeben. Der Absatz erhöhte sich um 8,1 Prozent, der Umsatz um 1,4 Prozent auf 3,7 Mrd. DM. Bei Hüls lief das letzte Quartal sogar „vorzüglich". Dort wurden insgesamt über 3000 Mitarbeiter abgebaut, Einigkeit mit der Ruhrkohle über langfristige Bezüge erzielt und das Düngemittel-Problem gelöst. Die Ammoniak/Harnstoff-Aktivitäten wurden von Hüls auf Veba Oel übertragen. Ergebnis: Verbesserung der Ammoniak-Gestehungskosten. Auf Brunsbüttel wurde eine Teilwertabschreibung von 135 Mill. DM vorgenommen und auf die erfolgreichen industriellen Aktivitäten in den USA eine von rund 80 Mill. DM. „Jetzt marschieren wir mit leichterem Gepäck nach 1984", erläutert der Veba-Vorstand.

Der Handel setzte zwar 11 Prozent weniger um, dafür verbesserte sich sein Ergebnis „deutlich". Der effektive Umsatz betrug gut 14 Mrd. DM. Insgesamt setzte der Konzern mit 35,6 Mrd. DM, 3,8 Prozent weniger um.

BSN übernimmt Pommery und Lanson

J. Sch. Paris

Frankreichs größter Lebensmittelkonzern BSN (25 Mrd. Franc Umsatz), der vor allem als Produzent von Milchprodukten (Gervais-Danone) und Getränken (Kronenbourg und Evian) international bekannt ist, hat jetzt von der Gardinier-Gruppe für rund 600 Mill. F die Aktienmehrheit der beiden Champagner-Firmen Pommery und Lanson erworben. Davon werden 200 Mill. F in bar und der Rest in Aktien bezahlt. Den freien Aktionären wird ein Umtauschangebot gemacht.

Die beiden Firmen verfügen über 450 Hektar eigene Weinberge und einen Champagnerbestand von 40 Mill. Flaschen. Mit einem für 1983 auf 450 Mill. F geschätzten Umsatz – davon 55 Prozent Export – bestreiten sie etwa 6 Prozent des Champagnermarktes. Pommery gehört in der Bundesrepublik (nach Moët) zu den am meisten verkauften Marken. Für BSN bedeutet die Akquisition einen ersten Schritt in den Luxussektor.

BMW-Motorräder aus Berliner Werk

dpa/VWD, München

Die Bayerischen Motoren Werke (BMW) AG will bis 1985/86 bei schweren Motorrädern (ab 750 ccm) in der Bundesrepublik einen Marktanteil von 40 Prozent erreichen. Derzeit sind es 24 Prozent; größter Konkurrent ist Honda mit 21 Prozent. Wie BMW-Motorradchef Eberhard C. Sarfert in München in einem dpa/VWD-Gespräch weiter sagte, wird BMW die Produktion, die in diesem Jahr auf etwa 29 000 Stück (1981: 33 120) sinken wird, bis 1985 im Berliner Werk auf 45 000 (1984: 34 000) Einheiten erhöhen.

Die ehrgeizigen BMW-Pläne mit dem Produktionsausbau im Berliner Werk stehen in direktem Zusammenhang mit dem Ausscheiden Sarferts aus dem BMW-Vorstand zum Jahresende. Sarfert, unter anderem auch Geschäftsführer der BMW-Motorrad-GmbH, will sich künftig ganz auf Motorräder konzentrieren; dafür gibt es aber keinen Vorstandssitz. Sarfert schätzt, daß es trotz des seit dem Rekordjahr 1981 geschrumpften Motorradabsatzes in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren einen um drei bis fünf Prozent wachsenden Markt geben wird.

Vor japanischer Konkurrenz ist Sarfert weder in der Bundesrepublik noch auf den Exportmärkten, noch in Japan selbst bange, zumal sie bei schwereren Maschinen weniger aktiv sei. Den Japanern habe man es zu verdanken, den Markt mit hohen Stückzahlen und niedrigen Preisen „wieder gemacht" zu haben.

NAMEN

Ulrich F. Heyl (45), Marketingleiter der Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG, Stuttgart-Zuffenhausen, übernimmt ab 1984 die Geschäftsführung der sich im Aufbau befindenden spanischen Tochtergesellschaft Turbo Motor S. A. in Madrid.

Werner Mayer (39), bisher Pressesprecher der Reemtsma Cigaretten Fabriken GmbH, Hamburg, übernahm am 1. November 1983 die Leitung der neugeschaffenen Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Wirtschaft der Deutsche Fiat GmbH, Heilbronn. Dienstsitz des Büros ist Frankfurt.

Dr. Michael Osthoff (42), zuletzt Direktor in der Dresdner Bank AG, Frankfurt, wurde zum weiteren Vorstandsmitglied der Algemene Bank Nederland (Deutschland) AG berufen.

Direktor **Arnulf Anstett**, Vorstandsmitglied der Aachener und Münchener Versicherung Aktiengesellschaft und Aachener und Münchener Beteiligungs-Aktiengesellschaft, vollendet am 12. November das 60. Lebensjahr.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Prominent-Reisen-Organisations-, Werbungs- u. Vertriebs-GmbH; **Bensheim:** Halfmann & Russow Energieversorgung u. Lichttechnik GmbH; **Braunschweig:** KG i. DROCOS-Drogerie + Cosmetique GmbH & Co. KG; **Duisburg:** Nachl. d. Witwe Bernardina Johanna Maria Valster geb. Teunisse, Duisburg-Ruhrort; **Esslingen:** Günter Wakker, selbst. Taxiunternehmer; **Geilenkirchen:** Prahl GmbH, Heinsberg-Dremmen; **Hannover:** Harry Horst Müller, Kaufmann; **Lahr:** Nachl. d. Walfried Josef Wolf, Kippenheim; **München:** Nachl. d. Ewald Wallsteiner, Kirchseeon, Lkrs. Ebersberg; Nachl. d. Artur Haage; **Recklinghausen:** Presto Personalservice GmbH; **Witten:** W. Klingelhöfer GmbH & Co. KG.

GENOSSENSCHAFTEN

Warengeschäft ausgeweitet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Eine Umsatzsteigerung um 3,2 Prozent auf 2,43 Mrd. DM erzielten die 110 Raiffeisen-Warengenossenschaften und 88 Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr im Bereich des Genossenschaftsverbandes Niedersachsen im Wirtschaftsjahr 1982/83 (30. 6.). Nach den Worten von Verbandsvorstand Manfred Schlüter resultiert das Plus ausschließlich aus dem Absatzgeschäft, das mengenmäßig um 6,4 Prozent und wertmäßig um 12,6 Prozent auf 0,66 Mrd. DM wuchs. Dort wirkte sich die gute Getreideernte 1982 aus. Unverändert gegenüber dem Vorjahr blieb dagegen mit 1,77 Mrd. DM das Bezugsgeschäft.

Die 67 Molkereigenossenschaften, die bereits 1982 die Milchanlieferung um 5,1 Prozent auf 2,3 Mrd. kg steigerten, rechnen für 1983 nach den Worten Schlüters mit einem erneuten Zuwachs von rund 8 Prozent. Die Auszahlungspreise liegen um 1,5 Pfennig pro Liter höher als im Vorjahr. Die Mengen, die 1983 in die Intervention gehen, dürften eher über dem Niveau von 1982 liegen. Die Aussichten der Viehverwertungs-Genossenschaften ließen sich noch nicht abschließend beurteilen.

Die dem Verband angeschlossenen 321 Volks- und Raiffeisenbanken äußern sich trotz positiver konjunktureller Perspektiven zurückhaltend. Verbandsdirektor Wilfried Bungenstock verweist auf die „noch nicht endgültig abzuschätzenden Kreditrisiken", für die Vorsorge getroffen werden muß. In den ersten neun Monaten 1983 wuchsen die Spareinlagen um 2,3 Prozent auf 11,73 Mrd. DM, die Gesamteinlagen um 1 Prozent auf 19,8 Mrd. DM. Die Ausleihungen nahmen um 2,5 Prozent auf 16,9 Mrd. DM zu. Davon entfielen 53 Prozent auf langfristige Kredite.

FRANKONA RÜCKVERSICHERUNG / Dividende erheblich verringert

Vorrang für die Risikovorsorge

VWD, München

Die Frankona Rückversicherungs-AG, München, reduziert die Dividende nach jahrelang konstanter Ausschüttung von 16 auf 10 Prozent. Das Kalenderjahr 1982, das sich im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) niederschlägt, brachte einen mehr als verdoppelten Verlust im versicherungstechnischen Geschäft von 90,4 (36,1) Mill. DM. Zum Ausgleich wurden neben den laufenden Kapitalerträgen von 60,8 Mill. DM auch Erträge aus dem Verkauf von Kapitalanlagen in Höhe von 70,6 Mill. DM herangezogen. Wie Vorstandsvorsitzender Achim Kann sagte, habe man auch erwogen, wegen des gestiegenen technischen Verlustes die Dividende ganz zu streichen, dies aber wegen der jüngsten Kapitalerhöhung auf 47,5 (38,0) Mill. DM nicht getan.

Die Rückstellung für Schäden wurde um 106 Mill. DM bei gleichbleibendem Geschäftsvolumen erhöht. Die Reservierungsquote (ohne Leben) wurde auf 124,4 (111,9) Prozent heraufgesetzt, und der Schwankungsrückstellung wurden 2,7 Mill. DM zugeführt. Die Risikovorsorge hatte Vorrang gegenüber Dividendenkonstanz. Aus dem Jahresüberschuß von 7,1 (5,4) Mill. DM wurden 3,5 Mill. DM in die freien Rücklagen eingestellt. Die Bruttoprämieneinnahme erhöhte sich geringfügig auf 1,29 (1,28) Mill. DM, die Beiträge für eigene Rechnung stiegen auf 990,8 (980,1) Mill. DM.

Das Auslandsgeschäft mit 42 Prozent der Prämieneinnahmen war überproportional am Verlust beteiligt. Für das laufende Geschäftsjahr rechnet Kann mit einer Stagnation der Prämieneinnahmen. Bestandsbereinigungen in wesentlichen Verlustbereichen würden allerdings das Ergebnis erheblich entlasten, ohne daß jedoch mit einem befriedigenden oder gar positiven Abschluß im versicherungstechnischen Geschäft zu rechnen sei. Auch für das laufende Jahr macht Kann den Aktionären (53 Prozent Gerling-Konzern, 12,5 Prozent Vereinigte Haftpflicht, Rest Streubesitz bei Banken und Versicherungen) keine Hoffnung auf eine Wiederaufstockung der Dividende: „Wenn wir ein Polster haben, werden wir damit Reserven bilden."

Mit einer auf 9,1 (3,7) Prozent gestiegenen Verlustrate stehe die Frankona im Branchenvergleich noch gut da. Im Rückversicherungsgeschäft war die Leben-Sparte nach den Angaben von Kann durch hohe Sterblichkeit in den USA belastet. In der allgemeinen Haftpflicht führte eine erhebliche Zuführung zur Reserve für Spätschäden zu einem Verlust. Das Luftfahrtgeschäft verursachte trotz Sanierungsmaßnahmen Verluste bei bereits gekündigten Verträgen, das gleiche gilt für die Transportsparte. Die Feuerversicherung sei vom Prämiengefüge und Schadenverlauf her „desolat". Einen „katastrophalen Einbruch" gab es wegen der Insolvenzwelle bei der Kreditversicherung.

Der Aufsichtsrat hat Dr. Günter Jacobs zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt. Das Gremium billigte das Ausscheiden von Vorstandsmitglied Dieter Pfaffenzeller, der in den Vorstand der Hannover Rückversicherungs-AG eintritt.

Aktien teilweise nachgebend

Auto-, Kaufhaus- und Großchemiewerte waren gesucht

DW. – Von Beginn an war das Aktiengeschäft an der Montagbörse schleppend. Größere Kaufaufträge aus dem Ausland, die zu einer Geschäftsbelebung hätten beitragen können, lagen nicht vor. Negativ beeinflußt wurde die Stimmung durch die anziehenden Zinsen in den USA ebenso wie durch den anziehenden Dollarkurs. Sorgen machte man sich in den Börsensälen auch außerdem über die kriegerischen Auseinandersetzungen in Libanon. Daß sich jedoch nicht alle Anleger vom Markt zurückgezogen haben, machte sich bei den Großchemie-Aktien bemerkbar. Kleinere Tagesgewinne gab es auch im Bereich der Autowerte; Warenhausaktien lagen sogar deutlich besser.

Bankaktien litten weiterhin unter den stimmungsmäßigen Folgen, die weltweit von der SMH-Affäre ausgehen. Die jetzt bekannt werdenden Einzelheiten lassen erkennen, welche neuen Belastungen einzelne Banken auf sich nehmen müssen. Großbanken lagen bis zu 5 DM schwächer. Der Verfall des Goldpreises zog den Degussa-Kurs um 7 DM nach unten. Unter diesen Umständen kommen die positiven Auswirkungen, die von dem Autoabgas-Katalysator ausgehen könnten, nicht zum Zuge. Maschinenbauwerte tendierten – wie auch in der Vorwoche – uneinheitlich. Gewinnmitnahmen drückten den IWKA-Kurs um 3 DM.

Düsseldorf: Rheag verbesserten sich um 7 DM auf 397 DM. Bilfinger fielen um 6 DM auf 203 DM, Dyckerhoff St. sanken um 3 DM auf 228 DM, Schubsa verschlechterten sich um 3 DM auf 90 DM und Allianz Leben schlossen mit einem Minus von 50 DM auf 2800 DM.

Frankfurt: Der Druck auf den Aktienmarkt hat heute deutlich nachgelassen. Die meisten Standardwerte waren behauptet, nur Großbanken mußten Verluste bis zu 4 DM pro Aktie hinnehmen. Bei doppelter Plusankündigung konnten sich junge Wibau um 10 DM auf 52 DM verbessern, alte Aktien blieben mit 60 DM unverändert,

Hamburg: HEW begannen mit 102 DM und lagen später bei 101 DM minus 1 DM. NWK Vorzüge wurden mit 167,50 DM minus 0,50 DM gehandelt. Phoenix Gummi konnten sich bei 164 DM plus 0,50 DM gut behaupten. Maihak stiegen auf 163 DM plus 3,50 DM. Schwächer verkehrten Beiersdorf zu 348 DM minus 2 DM.

München: Agrob St. erhöhten sich um 5 DM auf 347 DM, Dywidag befestigten sich um 2 DM auf 172 DM, Leonische Draht stiegen um 9,50 DM auf 330 DM und Zahnräder Renk verbesserten sich um 5 DM auf 270 DM. Grünzweig sanken um 5 DM auf 157 DM.

Berlin: Berthold zogen um 7 DM, DUB-Schultheiss um 5 DM und Berliner Kindl um 4,50 DM an. Spinne Zehlendorf schwächten sich um 20 DM, Bergmann um 18 DM und DeTeWe um 8 DM ab. Kempinski wurden um 4 DM niedriger taxiert. Schering gaben um 3,50 DM, Herlitz Vorzüge um 3 DM und Scheidemandel um 2 DM nach.

Nachbörse: knapp behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Amsterdam · Tokio · Zürich · Madrid · Paris · Mailand · Wien · Kopenhagen · Brüssel · Hongkong · Singapur · Sydney · Toronto · London

Optionshandel

Frankfurt: 7. 11.: 1148 Optionen = 42 300 (58 350) Aktien, davon 172 Verkaufsoptionen = 8 800 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-80/20, 1-80/8,40, 1-85/3,20, 1-90/2,40, 4-20/4, Siemens 1-328,50/57,75, 1-390/12,50, 4-350/40, 4-360/47, 4-370/37, 4-380/23,50, 4-400/13, 4-410/11,50, 4-420/9,90, 7-380/45, 7-390/36, Veba 1-170/5, 1-180/1,45, 4-170/10, 4-180/5,60, 7-160/19,40, 7-170/16,10, 7-180/10,60, 7-190/5, BASF 1-160/6, 4-170/8, 4-180/4,85, 7-170/12, 7-180/9,40, Bayer 1-150/13,70, 1-160/6,65, 1-170/2,90, 4-150/19,40, 4-160/11,90, 4-170/6,70, 4-180/5,10, 7-150/20, 7-160/16, 7-170/11,50, 7-180/7, Hoechst 1-150/23,50, 1-170/9,80, 4-150/29,80, 4-170/13,60, 4-180/9,40, 4-190/5, 7-200/6,10, BMW 1-410/24,80, 1-430/10,80, VW 1-220/12, 1-230/7,90, 4-220/22, 4-230/16, 4-240/14, 4-250/9,80, 7-250/15, Conti Gummi 1-100/25, 1-110/17, 1-120/9,60, 1-130/5, 4-100/30,15, 4-110/21,90, 4-120/13, 4-130/10,40, 4-140/6,50, 7-110/28, 7-120/20, 7-130/16, 7-150/5, Lufthansa St. 1-127,50/8, 1-130/4, Commerzbank 1-170/11, 1-180/4,90, 4-160/27, 4-170/16,30, 4-180/9, 4-190/7,40, 4-200/4, 7-180/16, 7-190/9,40, 7-200/8,30, 7-210/5, Deutsche Bank 1-310/11,85, 4-320/20, 4-330/14,90, 7-340/19,50, 7-350/13, Dresdner Bank 1-190/3,50, 4-170/17,70, 4-180/12, 4-190/8,50, 4-200/4,40, 7-170/28,70, 7-180/17,50, Hoesch 1-90/6, 1-95/3,35, 1-100/2,35, 4-90/11, 4-95/7,90, 4-100/5, 4-110/4, 7-100/9,40, 7-110/6,40, 7-120/3,60, Mannesmann 1-140/4,40, 1-150/1,55, 4-140/10, 4-150/5,50, 4-160/2,60, 7-140/16, 7-150/10,60, 7-160/6,50, Thyssen 4-75/12, 4-80/6,40, 7-80/11, Bayr. Hypo. 4-280/27, Bekula 1-100/7, Degussa 4-370/15, Kali und Salz 4-210/15, 7-210/25, Karstadt 1-280/20,20, 4-290/24, Klöckner 7-40/5,60, Metallgesellschaft 4-210/10, RWE St. 4-170/14,90, 4-180/8, 7-190/8, Schering 7-390/37, Chrysler 4-70/12,10, 4-85/8,25, Royal Dutch 1-102,80/16, 4-120/9,70, 7-130/8, Elf 7-60/7,95. Verkaufsoptionen: AEG 1-85/7, 4-80/3,50. Siemens 1-390/14,50, Veba 7-170/8, BASF 1-150/2,50, 1-160/5, 4-160/5,50, Bayer 4-150/2, 4-160/8,30, Hoechst 1-160/1,20, 1-170/4,20, 4-170/4,90, 7-170/5,50, BMW 7-390/11,70, VW 1-220/7,60, 4-220/8,80, Conti Gummi 1-120/3, 7-110/5, Commerzbank 1-170/5,40, 1-180/15, 4-180/16,70, 7-170/7,50, Deutsche Bank 1-310/5,30, 1-320/15, 1-330/25, 4-330/27, Dresdner Bank 1-180/13, 4-170/5,80, 4-180/14, 7-170/6, 7-180/14,50, Hoesch 1-90/2,80, 1-100/9,90, 1-110/18, Mannesmann 1-140/9, 1-130/18, 4-130/4,10, 4-140/9,50, 4-150/19, 7-130/5,50, 7-140/11, Thyssen 1-80/6,70, 4-75/4, Bayr. Hypo. 1-280/7, Bayr. Vereinsbank 1-320/12,50, Daimler 7-630/15, 7-640/19, 7-700/83, GHH VZ 7-120/7,10, Karstadt 4-280/9, 7-280/16,40, Kaufhof 4-280/10, Metallgesellschaft 4-190/6, Chrysler 4-70/4,80, IBM 1-330/10, Philips 4-40/4.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 3. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½– 9¾	5½–5¾	3¼–3½
3 Monate	9¾–10	5⅞–6⅛	3⅞–4⅛
6 Monate	9⅞–10⅛	5⅞–6⅛	4 –4⅛
12 Monate	10⅛–10⅜	6⅛–6⅜	4⅛–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 7. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1385,00	1692,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1124,00	1331,08
5 US-Dollar (Liberty)	430,00	581,40
1 £ Sovereign alt	232,00	287,28
1 £ Sovereign Elizabeth II	228,00	282,72
20 belgische Franken	181,00	233,70
10 Rubel Tscherwonez	243,00	304,38
2 südafrikanische Rand	230,00	283,86
Krüger Rand, neu	1029,00	1212,96
Maple Leaf	1029,00	1212,96
Platin Noble Man	1056,00	1242,60
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	237,00	302,10
20 schweiz. Franken „Vreneli"	192,00	247,38
20 franz. Franken „Napoléon"	186,00	235,98
100 österr. Kronen (Neuprägung)	949,00	1145,70
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	238,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	431,00	531,24
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,00	139,08

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

7. 11. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs[4]	Ankauf	Verkauf
New York[3])	2,6788	2,6868	2,6562	2,63	2,72
London[1])	3,975	3,989	3,950	3,91	4,06
Dublin[1])	3,106	3,120	3,064	3,10	3,16
Montreal[3])	2,1680	2,1760	2,1534	2,12	2,21
Amsterd.	89,060	89,280	89,080	87,75	89,75
Zürich	123,070	123,270	123,17	121,75	124,50
Brüssel	4,916	4,936	4,882	4,73	4,97
Paris	32,820	32,980	32,315	32,00	33,75
Kopenh.	27,715	27,835	27,43	28,50	28,50
Oslo	35,845	35,965	35,25	35,00	36,75
Stockh.**)	33,870	34,030	33,47	33,00	34,75
Mailand[2]) **)	1,645	1,655	1,604	1,60	1,70
Wien	14,188	14,228	14,195	14,10	14,32
Madrid**)	1,724	1,734	1,650	1,61	1,73
Lissabon**)	2,100	2,120	1,980	1,50	2,30
Tokio	1,1300	1,1330	–	1,09	1,15
Helsinki	46,620	46,820	45,64	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,772	2,826	–	2,07	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,432	2,451	–	2,38	2,49
Johannesbg.*)	2,284	2,303	–	2,23	2,50

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar notierte am 7. 11. mit 2,6828 zum höchsten Kurs seit dem 15. September. Zum Ausgleich verkaufte die Bundesbank zu diesem Kurs 16,65 Mill. Dollar. Die weitere Befestigung, die in der Spitze bis 2,6835 reichte, dürfte von einer heute zu beobachteten Zinssteigerung um ⅛ Prozentpunkte beeinflußt sein. Die am Freitag bekannt gewordenen Arbeitslosenzahlen von „nur" 8,8 nach 9,3 Prozent setzte die Reihe der günstigeren Wirtschaftsdaten fort und läßt kurzfristige Zinssenkungen nicht möglich erscheinen. Parallel zum Dollar wies das Englische Pfund mit einem Gewinn von 6,1 Promille nach dem Canadischen Dollar den größten Tagesgewinn auf. Die übrigen Währungen notierten meist leicht höher. Der Japanische Yen verharrte unverändert auf 1,1315. US-Dollar in: Amsterdam 3,0085; Brüssel 54,44; Paris 8,1520; Mailand 1625,95; Wien 18,8850; Zürich 2,1781; Ir. Pfund/DM 3,113; Pfund/Dollar 1,4843; Pfund/DM 3,982.

Ostmarkkurs am 7. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Für den Dollar gab es am 7. November weitere Zinssteigerungen, da die günstigen Konjunkturzahlungen zur Zeit keine Erleichterung an der Zinsfront versprechen. Dollar-Deports daraufhin erhöht.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,94/0,84	2,74/2,64	5,55/5,35
Pfund/Dollar	0,05/0,08	0,27/0,30	0,62/0,67
Pfund/DM	1,60/0,20	3,90/2,50	7,30/5,90
FF/DM	26/10	65/49	134/118

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7. 11.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,70–6,00 Prozent; Dreimonatsgeld 6,20–6,30 Prozent.

Privatdiskontsätze am 7. 11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 7. 11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85.

Warenpreise – Termine

Niedriger schlossen am Freitag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Höher wurden dagegen Silber und Kupfer bewertet. Schwächer, mit Ausnahme des verfügbaren festeren Monats, ging Kaffee aus dem Markt. Abschläge in allen Sichten verzeichnete Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	4. 11.	3. 11.
Dez.	358,25	357,50
März	372,00	369,25
Mai	372,00	369,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	4. 11.	3. 11.
St. Lawrence 1 CW	239,50	241,05
Amber Durum	250,35	250,00

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	159,20	156,00
März	163,50	156,00
Mai	165,30	163,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	129,00	128,90
März	129,40	127,00
Mai	126,90	126,80

Hafer Chicago (c/bush)	4. 11.	3. 11.
Dez.	186,00	188,50
März	194,25	194,00
Mai	197,75	197,00

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	354,25	350,50
März	352,50	348,75
Mai	351,25	348,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	4. 11.	3. 11.
Dez.	134,20	134,50
März	136,50	136,00
Mai	137,40	137,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	4. 11.	3. 11.
Dez.	144,26	143,90
März	140,20	140,75
Mai	136,50	136,75

Kakao New York ($/t)	4. 11.	3. 11.
Dez.	2020	2026
März	2040	2050
Terminkontr. Mai	2056	2070
Umsatz	4151	7238

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	9,00	8,85
März	9,51	9,41
Mai	9,76	9,75
Juli	10,08	10,10
Sept.	10,32	10,40
Umsatz	17 950	10 795

	4. 11.	3. 11.
Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7,85	8,27

Kaffee London (£/t) Robusta-	4. 11.	3. 11.
Kontrakt Nov.	1834–1835	1845–1847
Jan.	1838–1839	1848–1849
März	1796–1797	1804–1805
Umsatz	1711	4202

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1464–1465	1449–1450
März	1468–1469	1457–1459
Mai	1479–1480	1469–1470
Umsatz	3553	4353

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	150,00–150,50	144,50–145,00
März	–	153,10
Mai	163,80	158,00
Umsatz	5277	6352

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	4. 11.	3. 11.
schw. Sarawak spez.	geschl.	307,50
weißer Sarawak	geschl.	495,00
weißer Muntok	geschl.	497,50

Orangensaft New York (c/lb)	4. 11.	3. 11.
Nov.	133,50	132,20
Jan.	123,80	124,15
März	122,80	123,00
Mai	121,60	121,80
Juli	120,60	120,75
Umsatz	400	400

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	4. 11.	3. 11.
Südstaaten fob Werk	53,00	53,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,00	26,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	29,55	29,95
Jan.	29,75	30,15
März	30,15	30,50
Mai	30,35	30,50
Juli	30,45	30,65
Aug.	29,95	29,80
Sept.	28,20	28,10

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,00	29,75

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	18,50	18,50
Choise white hog 4% fr. F.	16,75	16,00

Talg New York (c/lb)		
top white	17,25	17,00
fancy	16,75	16,50
bleichfähig	16,50	16,25
yellow max. 10% fr. F.	15,00	14,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	42,85	42,55
Febr.	46,95	46,30
April	47,05	46,50

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	61,60	61,10
März	61,95	61,50
Mai	63,70	63,50

Häute Chicago (c/lb)	4. 11.	3. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	59,00	59,00
Kühe schw. schwere River Northern	56,00	56,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	856,00	853,00
Jan.	879,00	870,00
März	893,00	889,00
Mai	896,50	890,00
Juli	868,00	884,00
Aug.	773,50	860,00
Sept.	–	767,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	244,50	241,50
Jan.	246,00	242,00
März	248,00	244,00
Mai	247,00	242,00
Juli	244,00	241,00
Aug.	230,00	230,00
Sept.	213,20	214,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	4. 11.	3. 11.
Dez.	380,70	377,00
März	392,50	389,00
Mai	400,50	396,00

Kokosöl New York (c/lb)	4. 11.	3. 11.
Westküste fob Werk	40,00	39,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	7. 11.	4. 11.
jegl. Herk. cif	990,00	990,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	580,00	575,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	665,00	667,50

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	203,50	203,50

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	900,00	900,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	314,00	314,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	4. 11.	3. 11.
Dez.	80,25	80,05
März	81,55	81,30
Mai	82,25	82,00
Juli	82,50	82,25
Okt.	76,50	76,20
Dez.	74,91	74,75

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS –1:	58,00	59,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	4. 11.	3. 11.
Dez.	410–412	408–412
Jan.	406–407	406–410
März	411–412	412–413
Umsatz	50	72

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	4. 11.	3. 11.
Dez.	46,20	46,40
März	46,80	46,80
Mai	47,30	47,30
Juli	47,50	47,50
Umsatz	0	4500
Tendenz: nominell		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	4. 11.	3. 11.
Dez.	553,00–553,50	556,00–556,00
März	569,00–573,00	575,00–576,00
Mai	582,00–584,00	585,00–586,00
Umsatz	106	68

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	4. 11.	3. 11.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	4. 11.	3. 11.
Nov.	13 549	geschl.
Dez.	13 594	geschl.

Kautschuk London (p/kg)	4. 11.	3. 11.
Nr. 1 RSS loco	79,00–80,00	79,50–80,50
Dez.	78,90–79,90	78,80–79,70
Jan.	79,00–80,50	78,50–79,80
Jan/März	79,50–79,60	79,20–79,30
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	4. 11.	3. 11.
Nr. 1 RSS loco:	geschl.	253,00–254,00
Nov.	geschl.	253,00–258,00
Dez.	geschl.	258,50–259,00
Nr. 2 RSS Nov.	geschl.	249,00–250,00
Nr. 3 RSS Nov.	geschl.	245,50–246,50
Nr. 4 RSS Nov.	geschl.	239,00–240,00
Tendenz:		

Jute London (£/lgt)	4. 11.	3. 11.
BWC	470,00	445,00
BWD	450,00	391,00
BTC	465,00	450,00
BTD	450,00	395,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Blei: Basis London	7. 11.	4. 11.
laufend. Monat	108,50–108,60	108,24–108,44
drittfolg. Monat	112,19–112,39	112,11–112,21

Zink: Basis London		
laufend. Monat	228,77–228,97	230,37–230,76
drittfolg. Monat	234,05–234,15	235,52–235,72
Produz.-Preis	248,15	246,72
Reinzinn 99,9%	3729–3765	–

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	7. 10.	4. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	366,59–368,98	368,35–370,73
Blei in Kabeln	116,25–117,25	116,00–117,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	7. 11.	4. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	343–352	344–354
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	387–391	388–391
MS 63	366–390	387–391

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	4. 11.	3. 11.
(Ring./kg)	–	34,04

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	7. 11.	4. 11.
Leg. 225	405–418	410–418
Leg. 226	407–420	412–420
Leg. 231	437–450	442–450
Leg. 233	447–460	452–460

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	7. 11.	4. 11.
Platin (DM je g)	34,908	35,808
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	33 000	33 300
Rücknahmepr.	32 250	32 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	32 890	33 140
Rücknahmepr.	31 900	32 150
verarbeitet	34 520	34 780
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 720	32 980
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	773,30	775,10
Rücknahmepr.	746,20	748,00
verarbeitet	807,60	809,40

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	7. 11.	4. 11.
10.30	377,00	382,50
15.00	379,00	381,00
Zürich mittags	378,30–378,80	383,50–384,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 250	100 000
Silber (p/Feinunze) London Kasse	593,95	595,05
3 Monate	606,60	611,40
6 Monate	619,80	624,65
12 Monate	647,30	654,60

Platin (£-Feinunze) London	4. 11.	3. 11.
fr. Markt	259,40	253,10
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	98,60	96,20

New Yorker Preise	4. 11.	3. 11.
Gold H & H Ankauf	381,00	[illegible]
Silber H & H Ankauf	901,00	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	375,00–385,00	375,00–3[illegible]
Produz.-Preis	475,00	475,[illegible]
Palladium fr. Händlerpr.	146,00–148,00	144,00–146,00
Produz.-Preis	130,00	130,[illegible]
Silber (c/Feinunze) Nov.	895,00	891,[illegible]
Dez.	895,00	[illegible]
Jan.	907,50	900,[illegible]
März	918,00	907,[illegible]
Mai	927,00	915,[illegible]
Juli	953,50	945,[illegible]
Sept.	969,50	960,5[illegible]
Umsatz	30 000	37 0[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	4. 11.	3. 11.
Nov.	61,15	60,5[illegible]
Dez.	61,60	61,[illegible]
Jan.	62,30	61,[illegible]
März	63,50	63,[illegible]
Mai	64,70	64,[illegible]
Juli	66,10	65,50
Sept.	67,35	66,7[illegible]
Umsatz	10 000	11 [illegible]

Londoner Metallbörse

	7. 11.	4. 11.
Aluminium (£/t) Kasse	1006,0–1006,5	1024,5–1025,[illegible]
3 Monate	1032,0–1032,5	1050,5–1050,[illegible]
Blei (£/t) Kasse	272,00–272,25	272,50–273,50
3 Monate	281,25–281,75	282,00–282,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	906,50–907,00	916,50–917,[illegible]
3 Monate	930,00–930,50	938,50–939,[illegible]
abends Kasse	–	913,50–919,5[illegible]
3 Monate	–	940,50–941,00
(Kupfer-Standard) Kasse	887,00–887,50	901,50–902,5[illegible]
3 Monate	910,00–912,00	922,50–924,[illegible]
Zink (£/t) Kasse	573,50–574,00	581,50–581,[illegible]
3 Monate	586,75–587,00	594,00–594,[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	8560–8565	8575–85[illegible]
3 Monate	8675–8680	8680–868[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	317–3[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	74–[illegible]

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Renten unter Druck

Sorge vor einem weiteren Anziehen der Zinsen in den USA beeinflußte die Tendenz auf dem deutschen Rentenmarkt, an dem im Gegensatz zur Vorwoche Kaufaufträge aus dem Ausland fehlten. Daß der Bund jetzt mit Schuldscheinofferten in den Markt gegangen ist, wird als ein Zeichen dafür gewertet, daß er nicht mehr an eine ins Gewicht fallende Zinssenkung bis zum Jahresende glaubt. Öffentliche Anleihen gaben überwiegend bis zu 0,30 Prozentpunkte nach; einzelne Emissionen sogar um 0,50. Bei den Pfandbriefen erfolgten überfällige Kurskorrekturen nach unten.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

Am 2. November 1983 entschlief mein lieber Mann, unser guter Vater

Dr. Kurt Laue

im 70. Lebensjahr.

In stiller Trauer
Martha Laue geb. Teichmann
Björn und Dr. Carola Laue

2000 Hamburg 61
Ohmoor 39

Die Beerdigung hat im engsten Familienkreise stattgefunden.
Statt zugedachter Kränze und Blumen bitten wir auf Wunsch des Entschlafenen um eine Spende für das Deutsche Rote Kreuz (Hamburger Sparkasse, Kto.-Nr. 1280/182 641, BLZ 200 505 50).

Ein plötzlicher Herzinfarkt riß am 3. November 1983 meinen geliebten Mann, den Journalisten und Auslandskorrespondenten des Axel-Springer-Verlages,

Manfred R. Beer

† 1927 * 1983

aus seinem Leben.

Er war Inhaber des Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich.

In Liebe, Dankbarkeit und tiefer Trauer
Grit Beer geb. Herrmann
und die Kinder **Birgit** und **Holger**

2400 Lübeck, Moltkestraße 22

Trauerfeier am Donnerstag, dem 10. November 1983, um 13.00 Uhr in der Kapelle 1 des Vorwerker Friedhofes, Lübeck.

Unser lieber Vater und Großvater, Herr

Hans Mächler

wird heute 89 Jahre.

Es gratulieren von ganzem Herzen seine Kinder und Enkel
Horst, Gudrun, Gunner und Myriam
Marianne, Henning, Anke und Antje

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 30 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Denk dir ein Denkmal!

mar – Eine neue Plastik von Richard Serra zog in den Innenhof des westfälischen Landesmuseums in Münster ein. Es sind drei Stahlplatten, jeweils fünf mal zwei Meter groß, die auf dem Boden ein offenes Quadrat bilden. „Die Skulptur widersetzt sich der Integration durch ihre Umgebung", teilt das Museum dazu mit. „Sie sucht nicht Harmonisierung, sondern Konfrontation – durch das Material, durch die spröde und reduzierte Form, die lastende Schwere und den Ausdruck der Unverrückbarkeit."

Aber das ist nicht alles. „Die Neuerwerbung trägt den Namen des verstorbenen Filmregisseurs R. W. Fassbinder, den Serra schätzte. Der Formcharakter der Skulptur spiegelt für Serra Wesentliches der Person und der Kunst Fassbinders. Das Werk erhält so die Bedeutung eines Denkmals."

So hatten wir das nicht gesehen. Serras Kunst nicht, und auch nicht die Fassbinders. Aber nun, da wir es wissen, können wir unsere Phantasie nicht mehr zähmen. Wer bislang dachte, ein reitender Monarch oder ein sitzender Poet in Bronze auf hohem Sockel seien das ideale Denkmal, lebt noch im Gestern. Unsere gegenwärtigen Bildhauer sind durchaus imstande, der gegenwärtigen Prominenz die gemäßen Denkmäler zu errichten.

Was besser als George Rickeys im Wind schwankende Stäbe wären Willy Brandts würdig? Zu wem wenn nicht zu Erhard Eppler paßten Rainer Kriesters vernagelte Köpfe? Könnte Dani Karavans Brücke, die rechts und links die Verbindung zum festen Boden verlor, nicht an Bahr erinnern? Und Carl Andres Stahlplatten, die zwar auf dem Gras ruhen, aber keinen Halm mehr hochkommen lassen, an Petra Kelly?

Wenn Serras Beispiel Schule macht, braucht man künftig keine Denkmäler mehr zu stürzen. Es genügt, sie umzubenennen.

Bilanz der 25. Nordischen Filmtage in Lübeck

Rückseite des Mondes

Am tiefblauen Himmel erscheint die blutrote Scheibe der untergehenden Sonne. Im Vordergrund liegt ein toter Vogel, die Flügel ölverklebt, den Schnabel wie zu einem letzten Hilfeschrei geöffnet. Wenige Filmmeter weiter wandern wunderschöne Wolken über denselben blauen Himmel. Langsam gleitet die Kamera durch die bizarren Wolkengebilde bis zu einem hohen Schornstein. Nicht die Natur ist die Schöpferin dieser wunderbaren Wolken, sondern der Schlot eines chemischen Werkes, das Düngemittel herstellt.

Bilder aus Stefan Jarls Dokumentarfilm „Die Rache der Natur", der bei den 25. Nordischen Filmtagen in Lübeck einiges Aufsehen erregte. In Jarls Heimat Schweden ist dieser stark emotionale Beitrag zum Thema Umweltpolitik zu einem Zankapfel zwischen Wissenschaftlern, Bauern und besorgten Bürgern geworden, die Jarls flammendes Plädoyer gegen die Chemie als „Mordwaffe" in den Händen der Bauern und Wissenschaftler emsig diskutieren. Der Film ist aber nicht nur ein politisches Plädoyer, sondern ein ironisch-ästhetisches Ereignis von hohem Reiz.

Kraftvolle, farblich überraschende Bilder voller Symbolik sind überhaupt ein typisches Charakteristikum des skandinavischen Films. Selbst die bittersten Themen, Gewalt und Einsamkeit, Haß und Verlorenheit, werden in einer glänzenden Hülle dargeboten. Nicht umsonst stammen einige der besten Kameramänner der Welt, wie etwa Sven Nykvist, aus dem hohen Norden.

Wie bei uns ist auch in Skandinavien das Kino-Publikum durchschnittlich zwischen 13 und 25 Jahre alt. So wenden sich immer mehr skandinavische Regisseure Themen zu, die speziell Jugendliche ansprechen. So zum Beispiel in dem dänischen Film „Zappa" über drei ungleiche Freunde, die sich zu einer Bande zusammentun. Aus ihren anfänglich vergleichsweise harmlosen Streichen wird allmählich bitterer Ernst. Leider verheddert sich dieser interessant angelegte Film des Regisseurs Bille August später unrettbar in törichte Klischees: verderbter Sohn reicher, aber liebloser Eltern kontra anständigen Arbeiterjungen.

Auch Ila, der immer verdrießlich wirkende Held des finnischen Erstlingsfilms von Janne Kuusi, „Mich laust der Affe", hat es nicht leicht mit sich, der Schule, den Frauen und den Erwachsenen ganz allgemein. Er verbringt seine Tage zwischen Realität und Traum, und am Ende verschluken seine Phantastereien den kärglichen Rest an Wirklichkeit. Die brillante Fotografie und die schönen Bilder vermögen aber auch hier nicht die ärgerliche und triste Mischung aus Lebensüberfluß und Lebensüberdruß schmackhaft zu machen. Deprimierend, wie auch in vielen anderen skandinavischen Werken, egal ob aus Norwegen oder Finnland, die These von der „Unmöglichkeit der Nähe" zwischen der Jugend und den Erwachsenen. Die Kluft zwischen den Generationen erscheint als endgültig und unüberbrückbar.

Spätestens seit Ingmar Bergmans „Szenen einer Ehe" wissen wir, daß trotz oder gerade aufgrund der Emanzipation der Frau auch der Abgrund zwischen den Geschlechtern nicht kleiner, sondern größer geworden ist. So wandelt der schwedische Regisseur Lennart Hjulström auf den Spuren seines berühmten Landsmannes, wenn er in dem Film „Ein Hügel auf der dunklen Seite des Mondes" das Schicksal der russischen Emigranten Sonja Kovalevski und Max Kovalevski in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gestaltet.

Sie ist Mathematikerin, er Rechtswissenschaftler und ein Verfechter der Frauenemanzipation. Doch wie so oft, so klaffen auch bei Max Theorie und Praxis weit auseinander. Er scheut jede Bindung, verehrt zwar starke Frauen, fürchtet sich aber gleichzeitig vor ihnen. Er ist nicht fähig, Sonja, die sich in der Fremde entwurzelt fühlt, die Liebe und Geborgenheit zu geben, die diese sucht. Daran zerbricht sie letztlich und stirbt im Alter von 41 Jahren. Der Film beruht auf einer wahren Begebenheit, und der Regisseur zitiert aus Briefen, die sich Max und Sonja im vorigen Jahrhundert schrieben.

Ein optimistisches Werk ist hingegen Agneta Elers-Jarlemans Film „Schmerzgrenze", die Geschichte einer jungen Schwedin, die sich in einen Franzosen verliebt, der durch einen Autounfall so schwer verletzt wird, daß die Ärzte ihn aufgeben, seine Freunde ihn vergessen wollen, weil er nur noch „ein Stück Gemüse" sei, blind, stumm, gelähmt. Das Mädchen aber gibt ihren Geliebten nicht auf. Dieser Film war verdientermaßen der krönende Abschluß der 25. Nordischen Filmtage, die sich unter der 12jährigen Ägide ihres künstlerischen Leiters Bernd Plagemann zu einem wichtigen Forum nicht nur des skandinavischen Films entwickelt haben.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Mit dem Tango auf Tournee: Juan José Mosalini

Die Inspiración macht's

Er gilt als einer der ganz Großen des „neuen Tangos"; man nennt ihn in einem Atemzug mit Astor Piazzolla (mit dem zusammen er auch schon aufgetreten ist): der vierzigjährige Argentinier Juan José Mosalini. Er ist ein Meister auf dem Bandoneon, dem klassischen Tango-Instrument schlechthin: ein Blasebalg, der jammert, harte und wehmütige Töne hervorbringt und gelegentlich auch als Schlaginstrument herhalten muß. All diese Klangfarben malte Mosalini auf diesem armen Verwandten des Akkordeons aus. Unterstützt wurde er dabei von Gustavo Beytelmann am Klavier und Patrice Caratini am Baß.

Der Schauplatz für den Start seiner Deutschland-Tournee hätte stilechter nicht sein können: das „Luxor". Eine schummrige Kneipe am Rande des Kölner Universitätsviertels. Scheinwerfer bestrahlen in kitschigem Rosa ein karges Podium, das Publikum sitzt auf dem Fußboden, steht an der Theke oder einfach nur rum.

Das hatte wenig zu tun mit dem hochglanzpolierten Tanz im starren Vier-Achtel-Takt, bei dem sich hierzulande in den zwanziger Jahren ein elegantes Publikum übers Parkett schob. Immer wieder läßt Mosalini die Melodie aus dem Metrum fallen, verzögert sie in langgezogenen Rubati, wird leiser, bis nur noch ein klagender Laut aus dem Bandoneon übrigbleibt.

Neben Harmonien klingen rauhe Dissonanzen an, die eine vibrierende Spannung erzeugen und über Takte hinweg auf ihre Auflösung warten. Variationen auf dem Baß oder Kadenzen auf dem Klavier spielen mit den Themen, lassen sie sozusagen auf den Saiten zergehen.

So gewinnen „El Choclo" oder „La Cumparsita", Evergreens, die wir nur in geglätteten Tanzorchesterfassungen kennen, eine neue, faszinierende Klangdimension. Wenn die drei Männer den Tango so interpretieren, vermischt sich aggressive Lebensfreude mit unendlicher Traurigkeit.

Während sich Mosalini, Caratini und Beytelmann bei ihrer Kölner „Inspiración del Tango" als hervorragende Fürsprecher des Tanzes erweisen, vermag die gleichnamige Platte (Elgelstein/Teldec, 6.25676) den Funken nicht zu zünden. Ein Live-Mitschnitt mit Stimmengemurmel im Hintergrund (Tango wird ja nicht ehrfürchtig konsumiert!) wäre den dreien und ihrer Musik besser bekommen. Sterilität und Studioklang sind wohl der Tod der Inspiración.

RAINER NOLDEN

Tourneedaten: 8. 11. Herford, 9./10. Hamburg, 12./13. Berlin, 14. Hof, 15. Coburg, 16. München, 17. Schorndorf, 18. Tübingen, 19./20. Darmstadt, 21. Mannheim, 22. Düsseldorf.

Wie waren die fünfziger Jahre wirklich? – Tagung der Gesellschaft für Photographie in Hamburg

Als man vor der Kamera die Haltung verlor

Es tut immer noch ein bißchen weh, wenn man den Finger auf die 50er Jahre legt. Das hat die Tagung der Deutschen Gesellschaft für Photographie (DGPh) in Hamburg erneut deutlich gemacht. Neben den Vorträgen waren es vor allem die Bildschauen, die mit ihrer Fülle unerwartete Einblicke in Wesensmerkmale der 50er Jahre gaben.

So repräsentiert die Ausstellung von Fritz Kempe (in der Dresdner Bank) einen „Stil der Haltung". Denn Haltung zeigen einerseits die „Hamburger und ihre Gäste", die sich in jenen Jahren der Kamera darbieten, und Haltung spricht andererseits aus der zurück-„haltenden" Distanziertheit des Fotografen. Sie ist Ausdruck der Sehnsucht, innere Turbulenzen durch äußere Formen zu kanalisieren, und das verbindet Kempes Bilder mit den rein äußerlich völlig unterschiedlichen Sujets der „subjektiven Fotografie".

Professor J. A. Schmoll gen. Eisenwerth erläuterte ausführlich die Bedeutung von Prof. Otto Steinert und seiner Gruppe „fotoform". Sie hatte sich, anknüpfend an Experimente der 20er Jahre, der abstrakten Fotografie verschrieben. Ende der 50er Jahre, als Steinerts Aktivitäten nachließen, sorgte Walter Boje dafür, daß „die Geburtswehen der modernen Farbfotografie" – er berichtete darüber in einem gut illustrierten Referat – erheblich verkürzt und die Widerstände gegen das Übergreifen des Abstrahierungsgedankens auf die Farbfotografie abgebaut wurden.

Was zählte, war insbesondere in der Phase der – noch schwarzweißen – „subjektiven Fotografie", die reine Form ohne Nebenbedeutung. Professor W. Kemp tat diesen fotografischen Stil in einer Diskussion zwar als Irrweg ab, überzah dabei jedoch völlig die existentielle Funktion der Form für die menschliche Psyche.

Gerade dann, wenn die innerpsychischen Formstrukturen – Weltanschauung oder Weltbild, religiöse oder ideologische Bewertungen – verfließen, dann müssen neue Formzeichen in der äußeren Welt als Modellbilder für zu erneuernde innere Strukturen in Erscheinung treten. Und wer anders als die Malerei und die Fotografie sollten solche Zeichen setzen?

Dieses völlig unformalistische Elementarbedürfnis nach Form schlug, wie die Ausstellung „Die Fotografie der 50er Jahre" im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe beweist, folgerichtig auch in den durchaus nicht subjektiven „bildmäßigen" Fotos durch. Der Mensch wird ornamental arrangiert, aus der Landschaft ein ornamentaler Ausschnitt gewählt. Flächige grafische Wirkung geht vor lebendige Körperlichkeit. Aber auch Praktiken, wie die partielle Bewegungsunschärfe oder der Negativdruck beweisen, daß man damals vom Objekt so weit wie nur möglich abrückte.

Prof. R. Leppien, Kunsthalle Hamburg, wies auf diese verblüffende, damals wohl unbeabsichtigte, weil noch nicht erkannte Strukturähnlichkeit zwischen abstrakten Gemälden und zeitgleich entstandenen abstrakten, jedoch auch „bildmäßigen" Fotos hin. Zwar gab es damals zu den eindringlichen Porträtfotos keine Parallelen in der Malerei, aber die ruhige und zurückhaltende Ablichtung des menschlichen Antlitzes entspricht, Leppien zufolge, dennoch dem Willen zur Abstraktion.

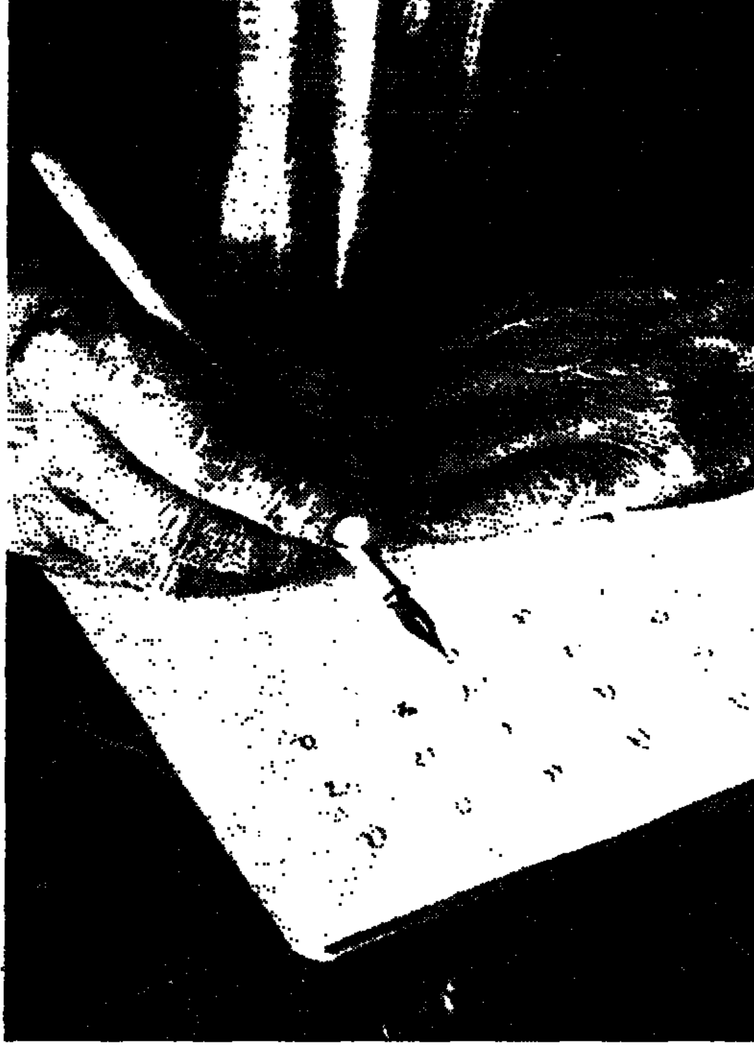
Diese „abstrahierende" Hinwendung zu Form und Haltung entdeckt man auch in einer fotografischen Sparte, in der man sie am wenigsten erwartet: der Modefotografie. In der Ausstellung „Vom New Look zum Petticoat" (PPS-Galerie) drängt sich die Tatsache geradezu auf, daß die Betonung der meist flächig dargestellten Figur gleichbedeutend ist mit dem Herausarbeiten der Form. Zur formal grafischen Anordnung des Objektes, oft unterstrichen durch die Beleuchtung, paßt die Gemessenheit in der Haltung der Modelle – und die Mode selbst, die nicht die Natürlichkeit betont, sondern sie künstlich, gleichsam puppenhaft wirken läßt. Die Außenhaut ist es, die das Innere zusammenhält. F. C. Gundlach wies in seinem hervorragend zusammengestellten, informativen und zugleich launigen Fotofilm darauf hin, daß erst ab 1956 die Mode davon abrückte, dem weiblichen Körper silhouettenbetonende Einengungen aufzuzwingen.

Das Frauenbild der 50er Jahre war die reife, die distanzierte Frau – begehrenswert zwar, aber unerreichbar. Und die Modelle selbst benahmen sich so zurückhaltend vor der Kamera wie die Fotografen hinter ihr. Das beginnt sich ab 1955 zu ändern – und man kann sich fragen, ob es wirklich ein Zufall war, daß gerade damals Objektive mit immer kürzerer Brennweite, mit denen man den Objekten immer näher rücken konnte, aufkamen.

Ausgelöst wurde die Trendwende zum eindringlichen und aufs Objekt eindrängenden, oft intimen Reportagebild durch Steichens internationale Ausstellung „The Family of Man". Sie ist ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der Fotografie. Ihre Nachwirkung war in den von Karl Pawek gestalteten „Weltausstellungen der Fotografie" zu spüren, bei denen mit packenden Bildern die Eindringlichkeit manchmal schon in Zudringlichkeit umgeschlagen ist. Die Deutsche Gesellschaft für Photographie hat dem begabten Bildredakteur und Fototheoretiker, der im September verstorben ist, posthum ihren diesjährigen Kulturpreis verliehen.

Wie wenig man den fünfziger Jahren mit einem Optimum an intellektuell geschärftem Verstand und einem Minimum an Verständnis gerecht wird, zeigte das Referat von Prof. Rolf Sachsse den „Ästhetischen Wiederaufbau". Der 1949 Geborene vermutete überall Kontinuität zur Nazizeit. Und so mußte Prof. L. Fritz Gruber in seinem Beitrag „Sinnvolle Rückgriffe und fruchtbare Neuanfänge" vieles korrigieren. Das Wissen der Zeitgenossen droht verlorenzugehen, die Geschichtsschreibung übernehmen die nachgeborenen Vereinfacher. Auch das deutete sich in Hamburg an.

GÜNTER SPITZING



Die Kamera ist immer dabei: Foto von David Seymour aus der Ausstellung „The Family of Man", die in den 50er Jahren die Fotografie revolutionierte FOTO: KATALOG

Sophokles' „Elektra" in Ciullis Ruhr-Theater

Muttermörder Harlekin

Es war nicht mehr als eine schicke Formel, als das Dritte Fernsehprogramm des WDR vom „Armen Theater des Roberto Ciulli" sprach. Gemeint war das „Theater an der Ruhr" in Mülheim an der Ruhr, eine sogenannte Freie Gruppe, die der Mann aus Mailand, vormals Mitglied des Kölner Schauspieldirektoriums, vor zwei Jahren gegründet hat.

Zwar ist es richtig, daß die städtischen Subventionen bescheiden ausfallen und die halbe Million nur knapp übersteigen. Doch Ciulli und seine Mitstreiter sind geschäftstüchtig: Noch vor der ersten Premiere hatten sie einen genügend großen Kreis theaterloser Städte gefunden, die bereit waren, die Katze im Sack zu kaufen. Inzwischen tauscht man mit anderen Aufführungen aus, und man arbeitet mit Kurt Hübners Freier Volksbühne in Berlin zusammen. Das Unternehmen ist wirtschaftlich gesund – und künstlerisch erfolgreich! Daß es als einzige deutsche Bühne zum Bitef-Wettbewerb nach Belgrad eingeladen wurde und einen Preis errang, ist kein Zufall.

Jetzt eröffnete Ciulli seine dritte Saison mit „Elektra", jener Tragödie um des Agamemnon Tochter, die Sophokles gegen 413 v. Chr. 80jährig in Athen aufführte. Leid ist ihr Thema – und Orests Rache an den Mördern seines Vaters: an seiner eigenen Mutter also und ihrem neuen Mann Aigisthos.

Das stellt Ciulli schon klar, wenn die Zuschauer eintreten. Ein rotes Band – oder ist es ein Faden? – spannt sich von der Bühne, wo der alte Erzieher steht, zur Rückwand des Saals, zu Orest und Pylades. Und noch bevor der Vorhang sich öffnet, erfährt man, wie Apolls Orakel die Ausführung der Rache befahl: Ohne Heer, ohne Schild, unbewaffnet, „mit List". Darauf wartet man gespannt.

Aber Sophokles zeigt ja erst Elektra und ihre maßlose Klage um den ermordeten Vater und über die erzwungene Gemeinschaft mit den Mördern. Für diese Zwangslage hat Ciulli ein wahrhaft überraschendes Bild gefunden: Er steckt das Mädchen in einen Erdhaufen wie einst Beckett seine Winnie in „Glückliche Tage".

Aus dem Chor thebanischer Jungfrauen sind drei Männer geworden, die im Hintergrund in einem Flipper-Spielsalon herumlungern; ihre Stimmen kommen, wie oft bei Ciulli, aus Lautsprechern. Und Schwester Chrysothemis sowie Mutter Klytaimnestra, beide in modischem Party-Look, schauen gelegentlich bei der Gefangenen vorbei, um ein Läppchen zum Reinigen oder Speise zu bringen.

Dieweil schreit Gordana Kossanovic als Elektra, mit dem Deutschen auf Kriegsfuß – sie sagt „Vata" und „Mutta" und „Opfa" –, ihre Klage heraus wie eine sinnlose Litanei. Die Schuld der Mutter wird verhandelt, nicht aber gibt es den großen Stakkato-Dialog der Schwestern über Aufstand und Unterwerfung. Und den Bericht vom Tode Orests stattet der Erzieher gar als Chaplin-Imitation ab.

Diese Aufführung aus Fertigteilen trägt nicht weit, zumal Ciulli jedes Teil, sobald es seine Schuldigkeit getan hat, sofort demontiert. Dafür wartet er dann mit einer „List" auf, die weder Sophokles noch Orest je eingefallen wäre: Die Figuren der Commedia dell'Arte ziehen auf – Arlecchino (Orest!), Brigella, Truffaldino. Was folgt – das Wiedererkennen Orest/Elektra, Muttermord, Heraustragen der Leiche – vollzieht sich als Pantomime zu dröhnendem musikalischen Lärm. Aigisthos naht, übereicht Orest wortlos eine Pistole und wird in den Palast getrieben. Schuß. Vorhang. Aus.

Danach weiß man es: Das Theater des Roberto Ciulli ist geistig arm – aber das Himmelreich ist ihm nicht verheißen. Doch in Mülheim, wo man Stück und Mythos nicht kennt, gibt's dafür prasselnden Beifall.

KATHRIN BERGMANN

Klassik, ganz in Blech: Philip-Jones-Ensemble

Trompeten sind von Adel

Ein Londoner Trompeter fühlte sich beim Orchesterdienst nicht voll ausgelastet. Nur selten hatte er so ergiebige Aufgaben wie bei Gustav Mahler, „wo die schönen Trompeten blasen". Oft war er an einem Abend nicht mehr als 15 Minuten lang beschäftigt. Philip Jones fand es jedoch unter seiner Würde, sich über das von den Komponisten verordnete reichliche Pausieren zu freuen. Die Trompete, seit feudalen Zeiten für Hohes und Hehres zuständig, behauptet auch in bürgerlichen Zeiten immer noch etwas von ihrem angestammten Adelsstolz.

Der vom Pausieren gelangweilte Trompeter, Sprößling einer seit drei Generationen Blasinstrumente spielenden britischen Musikerfamilie, besann sich also auf die alten Hoheitsrechte seines Instruments und faßte den Entschluß, sich mit seiner Trompete vom Orchester zu emanzipieren. Sein Erfindersinn zielte aber nicht einfach nur auf eine Solokarriere. Jones wollte mehr.

Zusammen mit einigen gleichgesinnten Kollegen zettelte er im Orchester eine friedliche Fronde an. Als Resultat der Blechbläser-Verschwörung sprang eine bis dahin unerhörte Klassik-Formation heraus: das Philip-Jones-Bläserensemble. Die Gründung vor 32 Jahren war um so tollkühner, als es außer ein paar Barockstücken nur sehr wenig Originalmusik für Blechbläser-Ensembles gibt. Doch unbeirrbar setzte Jones auf die Freude am Klang seines Ensembles.

Ausgerechnet nur Blech: Damit erreichte das P. J. B. E. ein sich weltweit seit Jahrzehnten immer wieder erneuerndes Publikum. Rund um den Globus mochte und mag man seinen spezifischen „Sound". Das Repertoire ergab sich durch zwangsläufig immer ehrgeizigere Arrangements, denn es gibt fast nichts, was die Jones-Leute nicht spielen.

Die Besetzungspalette beginnt beim Trio und sieht bis zu 18köpfige Formationen vor; als praktikabelste Konstante hat sich das Quintett herauskristallisiert (zwei Trompeten, Horn, Posaune und Tuba). Das P. J. B. E. rekrutiert sich aus der Blechbläser-Solisten-Elite englischer Orchester. Sein Klangspektrum reicht von hoheitsvoller Feierlichkeit bis in die raffinierte und elegante Hektik der gestopften Töne und anderer moderner Effekte, sein Repertoire erstreckt sich vom frühen Barock bis in unsere Zeit.

Entsprechend abwechslungsreich ist die Liste der nahezu 30 Platten, die das P. J. B. E. inzwischen eingespielt hat (Decca). In der genialisch ausgefuchsten Bearbeitung von Elgar Howarth verwirklicht sich das Unwahrscheinliche: Mussorgskis „Bilder einer Ausstellung", in verblüffenden Klangfärbungen, von der Piccolo-Trompete bis zur Baß-Tuba, mit vielfältig integrierten Percussions-Anreicherungen, ein Klassik-Hit, der brillant mit Ravels Instrumentation konkurriert.

Auf ihren klassisch-romantischen Erkundungszügen verschmäht die Jones-Crew auch nicht gelegentliche Abstecher auf populäres Terrain. Unter den „Easy Winners" glänzen Ragtimes von Scott Joplin neben „Greensleeves" und dem Czardas von Monti. „Wir sind keine Band", verwahrt sich Jones, fast zu ehrpusselig, mit Trompeterstolz gegen Mißdeutungen. Mehrere Komponisten fühlten sich zu Stücken für sein Ensemble angeregt, und er arbeitete außer mit Howarth auch mit Dirigenten wie Neville Marriner oder John Eliot Gardiner zusammen. Derzeit unternimmt das Philip-Jones-Bläserensemble eine Tournee durch die Bundesrepublik, mit Konzerten heute in Braunschweig, morgen in Neumarkt, am 11. 11. in Lindau.

GEORG BORCHARDT

Aus Frust das Orchester verlassen: Trompeter Philip Jones FOTO: TELDEC

KULTURNOTIZEN

Karl Joseph Hahn erhält die Joseph-Bech-Medaille in Gold der Hamburger Stiftung F. V. S.

„Jubiläum" von George Tabori wurde zum Hörspiel des Monats Oktober gewählt.

Liliane Guignabodet erhielt für „Natalie" den Großen Romanpreis der Académie Française.

Albert Uderzo, Schöpfer des „Asterix", ist mit dem „Prix du génie" ausgezeichnet worden.

Das **Accademia-Museum** in Florenz ist für vier Monate geschlossen worden.

György Ligeti wurde in Paris der Ravel-Preis 1984 zuerkannt.

Druckgraphische Zyklen moderner Künstler zu biblischen Themen zeigt das Salzburger Rupertinum vom 28. 11. bis 5. Februar 1984.

Marco Arturo Marelli wurde als Oberspielleiter der Oper ans Nationaltheater Mannheim verpflichtet.

JOURNAL

Dreister Kunstdiebstahl im Budapester Museum

dpa, **Budapest**

Bei einem großen Kunstdiebstahl haben bisher unbekannte Täter aus dem Budapester „Museum der Schönen Künste" einige der wertvollsten Gemälde aus der Renaissance-Abteilung entwendet. Es handelt sich dabei um die „Esterhazy Madonna" und um das „Porträt eines jungen Mannes" von Raffael, um die „Heilige Familie" von Palma Vecchio, um die Tiepolo-Werke „Maria mit den sechs Heiligen" und die „Heilige Familie auf der Flucht nach Ägypten" sowie um zwei Tintoretto-Porträts. Da die wertvollen Sammlungen im Museum nach den modernsten Methoden geschützt und gewartet werden, ist informierten Beobachtern unverständlich, wie es zu dem Diebstahl kommen konnte.

Kay Hoff erklärt Austritt aus VS

dpa, **Lübeck**

Der Schriftsteller Kay Hoff (Lübeck) ist aus Protest gegen den Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS), Bernt Engelmann, aus dem Verband ausgetreten. Hoff hatte Ende Oktober als Reaktion auf Äußerungen Engelmanns über den Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Manès Sperber, gemeinsam mit Günter Grass und Jürgen Fuchs den Rücktritt des VS-Vorsitzenden gefordert.

Hamburger Künstlerinnen in der Villa Massimo

SAD, **Rom**

Die beiden Hamburger Malerinnen, Renate Anger und Renate Flaskamp, haben ein Stipendium an Roms deutscher Künstlerakademie Villa Massimo erhalten. Renate Anger wird bis zum 30. September 1984 und Renate Flaskamp bis zum 31. Oktober 1984 bleiben. Gegenwärtig sind 14 Stipendiaten in Rom, außer den beiden Hamburgerinnen vier aus Baden-Württemberg, drei aus Bayern, zwei aus Niedersachsen und je einer aus Berlin, Nordrhein-Westfalen und Hessen.

Erneut eine deutsche Kulturwoche in Ungarn

DW. **Budapest**

Zum zweiten Mal findet in Ungarn vom 23. bis zum 30. Januar eine Kulturwoche der Bundesrepublik Deutschland statt. Es werden die siebenten Kulturwochen der Bundesrepublik seit 1979 in Osteuropa sein. Geplant sind unter anderem eine Aufführung des Wuppertaler Tanztheaters, ein kammermusikalischer Abend mit Aribert Reimann und eine Ausstellung „Moderne Malerei aus der Bundesrepublik Deutschland", auch das Bochumer Theater wird ein Gastspiel geben.

Horst Mönnich 65

Horst Mönnich wird 65. Der Mann, den der Krieg herumstieß von der Lausitz bis nach Rußland, von Kurland in die Gefangenschaft, der die Eltern und den Zwillingsbruder verlor, mit dem zusammen er erste Gedichte geschrieben hatte – er hat sie nun um eine ganze Generation überlebt. Der Mann, der mit „Gruppe 47" und „Stunde Null" identisch schien im Engagement für einen neuen Anfang (und für eine neue Gattung, das Hörspiel), er hat auch das Kapitel Nachkriegsgeschichte überlebt. Aber nicht wie einer, der nun pünktlich in Pension geht und selbstzufrieden die Rükken seiner Bücher streift: „Die Autostadt", die Geschichte des VW; „Einreisegenehmigung", eine Reise in das andere Deutschland; oder das eben vollendete „Jugenddorf – Reise in eine neue Welt", die Geschichte und Wirklichkeit des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschlands. Mönnich ist, so scheint es eher, bereit zu einem neuen Anfang nach einem schweren Unfall, umgezogen in seinem Haus am Chiemsee von der Wohnstandhalle in die umgebaute Garage mit Holzstuhl, Holzregal und Arbeitsplatte. Mönnich schreibt langsam, Mönnich braucht Zeit. Wünschen wir ihm, daß er sie immer hat. uhl.

Alberto Erede 75

Wie Verdis Opern zu klingen hatten, das erfuhr man in den 50er und 60er Jahren hierzulande eigentlich nur in Düsseldorf und Duisburg. Dort stand nämlich, als Generalmusikdirektor der Rheinoper, Alberto Erede am Pult. Er vermittelte ganz authentisch die Wonnen der Italianità: Glanz, Feuer, Dynamik. Erede und Düsseldorf, das ist immer noch ein Geben und Nehmen. Denn der Italiener, der Verdi so verblüffend ähnlich sieht und heute seinen 75. Geburtstag feiert, hat auch eine Leidenschaft für Wagner, den er irgendwo sonst so musizieren konnte wie mit dem damals phänomenalen Düsseldorfer Ensemble um Astrid Varnay und Hans Hopf. Erede, der an fast allen großen Opernhäusern – an der Scala, der Met und in Bayreuth zumal – und mehr als 200 Schallplatten dirigiert hat, ist nach wie vor ein Weltreisender der Oper. Die nächste Düsseldorfer Station: Donizettis „Liebestrank" am 10. Dezember. ebi

Anonymer Anruf brachte Anke nach Hause

C. GRAF SCHWERIN, Hannover

Fünf Monate nach ihrem Verschwinden ist die 16jährige Anke Matz aus Soltau in der Nacht zum Sonntag wieder in ihr Elternhaus zurückgekehrt (siehe WELT vom 3. 11. 83). Die Adoptivtochter der Pastorin Eva Matz war von der privaten deutschen Hilfsorganisation „Amok", die sich um deutsche Jugendliche in Holland kümmert, in Amsterdam ausfindig gemacht worden. Das Mädchen wurde am Wochenende von einer Mitarbeiterin der Organisation nach Hause gebracht.

Bis zu dem Hinweis an „Amok" hatte keine Spur nach Amsterdam gewiesen. Auch Interpol, die erst vor drei Wochen in die polizeiliche Suchaktion eingeschaltet wurde, hatte noch keine Anhaltspunkte für den Aufenthaltsort des Mädchens. Erst ein anonymer Anruf bei „Amok", mit der die Mutter seit Monaten in Verbindung stand, führte zu etwas Licht im Dunkel. Der Hinweisgeber hatte in mehreren Zeitungen vom mysteriösen Verschwinden Ankes gelesen.

Nach Angaben der Mutter ist das Mädchen in gutem gesundheitlichen



Tauchte ähnlich mysteriös auf wie sie verschwunden war: Anke Matz FOTO: DW

Zustand. Bisher hat die 16jährige nur wenig über ihr Leben während der vergangenen Monate und die Art der Flucht von zu Hause erzählt. Die 16jährige war am 8. Juni zuletzt auf dem Weg zu einer Bekannten der Familie gesehen worden, war aber dort nie angelangt. Am 1. August hätte sie eine Lehre beginnen sollen.

Da Eva Matz Strafantrag wegen Kindesentführung gestellt hatte, wird die Schülerin in den nächsten Tagen von der Soltauer Kriminalpolizei verhört werden, um festzustellen, ob sie freiwillig nach Amsterdam kam oder in Abhängigkeit von Drogenhändlern oder Zuhältern geriet.

Nach der Rückkehr ihrer Tochter äußerte sich auch Eva Matz zurückhaltend. Sie war mit dem Fall an die Öffentlichkeit gegangen, weil sie darin die letzte Chance sah, etwas über ihre Tochter in Erfahrung zu bringen. Jetzt ließ sich die Pastorin von ihrer vorgesetzten Behörde beurlauben. Sie wolle, so erklärte sie gegenüber der WELT, nun zunächst einmal alles hinter sich lassen und gemeinsam mit ihrer Tochter in die Ferien fahren.

Mindestens alle fünf Jahre droht der „Severn Bridge" der Kollaps

Eine der größten Hängebrücken Englands ist den Belastungen nicht mehr gewachsen

FRITZ WIRTH, London

Daß „London Bridge" zusammenbricht – diesen Alptraum besingen die Briten von Kindesbeinen an in erstaunlich fröhlichen Reimen. In der letzten Woche nun wurde den britischen Abgeordneten im Unterhaus ein Alptraum vorgetragen, aus dem sie sich nur schwer einen Reim machen können. Die „Severn-Bridge"-Hängebrücke, im Jahre 1966 von der Königin als ein Jahrhundert-Bauwerk eröffnet und gefeiert, droht nach nur 17jähriger Benutzung einzustürzen.

Zwei Fahrbahnen gesperrt

Die „Severn Bridge" ist eine wichtige Verbindungslinie zwischen dem Süden Englands und Wales. Etwa ein Drittel aller Waliser Industrieprodukte wird über diese Brücke befördert, die mit einer Spannweite von 1100 Metern im Mittelstück eine der längsten Hängebrücken der Welt ist. 35 000 Autos passieren durchschnittlich pro Jahr die vier Fahrbahnen dieser Brücke.

Die Abgeordneten erfuhren nun: Der Brücke droht der Kollaps, wenn sich auf einem 200-Meter-Stück auf ihren vier Fahrbahnen zu gleicher Zeit sechs 32-Tonnen-Lastwagen stauen sollten. Außerdem sei bei einer Windgeschwindigkeit von hundert Meilen in der Stunde der Zusammenbruch einer der Stahlpfeiler zu befürchten. Derartige Orkane werden in der Gegend zwischen Cardiff und Bristol durchschnittlich alle fünf Jahre einmal registriert.

Der britische Verkehrsminister handelte schnell. Er reduzierte unverzüglich die Verkehrsdichte auf der Brücke um die Hälfte, indem er zwei der vier Fahrbahnen sperren ließ. Die Folge ist ein immerwährendes Gedränge auf beiden Seiten der Brücke. Der Umweg über Gloucester ist zu zeitraubend und zu teuer – er ist 80 Kilometer lang.

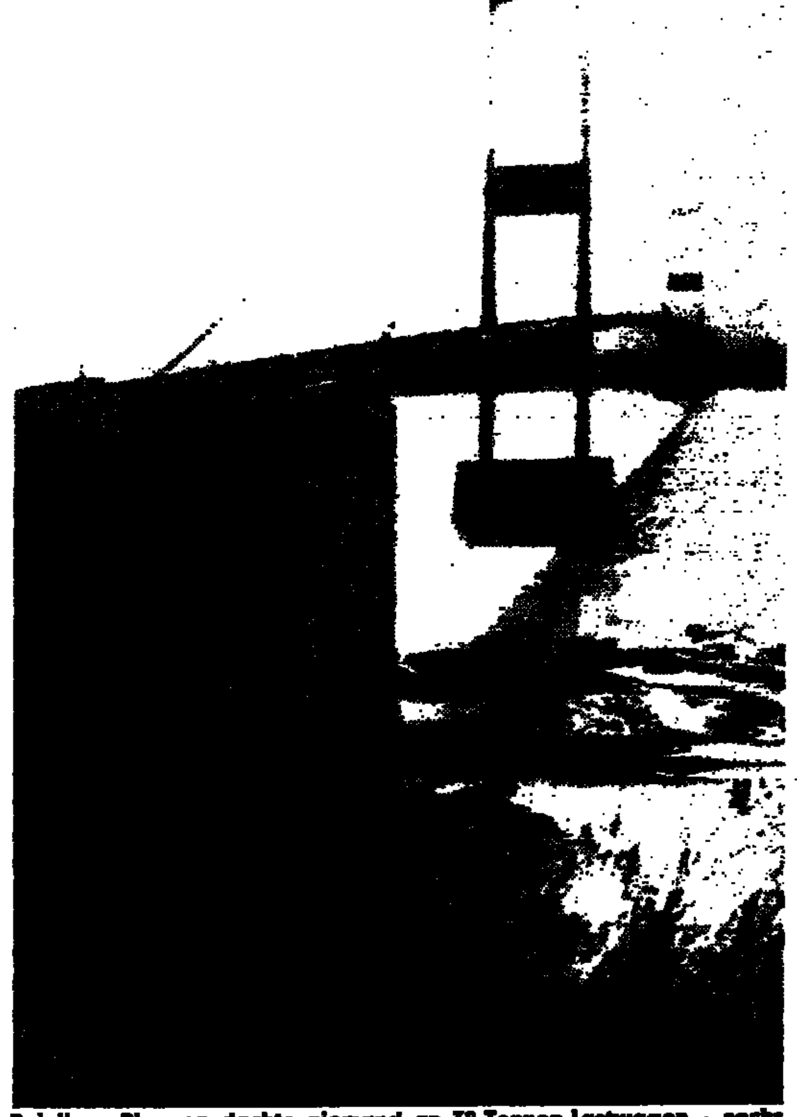
Und nun berät man in Whitehall, was zu tun sei. Zur Stunde weiß man nur eines mit Sicherheit: Wie gut der Rat auch immer sein mag, er wird teuer sein. Zwei Möglichkeiten bieten sich an: einmal, die in ihren überstrapazierten Stahlpfeilern ächzende Brücke zu stabilisieren, was ungefähr 32 Millionen Pfund (rund 130 Millionen Mark) verschlingen würde – fast so viel, wie die Brücke ursprünglich kostete. Der zweite Ausweg wäre, in unmittelbarer Nähe eine neue Ersatz- und Entsatzbrücke zu bauen, die angesichts des ständig steigenden Verkehrs ohnehin Anfang des nächsten Jahrhunderts fällig wird.

Die Ursache dieser Brückenkrise: Die „Severn Bridge" wurde Anfang der fünfziger Jahre geplant. Zu jener Zeit hatte man weder annähernd präzise Vorstellungen über die Verkehrsdichte in den achtziger Jahren, noch hatte man vorausgesehen, daß dereinst 38-Tonnen-Lastwagen gebaut werden. Peter Buckland, einer der führenden britischen Brücken-Designer, behauptet sogar: „Ich glaube, daß keine der großen Hängebrücken, die vor mehr als fünf Jahren gebaut worden sind, dem modernsten Standard entsprechen würde." Er gab aber auch gleich wieder Entwarnung mit dem Hinweis: „Das bedeutet nun nicht, daß wir unverzüglich den Verkehr über alle diese Brücken stillegen müssen."

„Concorde-Bauwerk"

Dennoch, das würde bedeuten, daß heute wirklich nur noch eine große Hängebrücke in Großbritannien einen Tauglichkeitsschein bis zum nächsten Jahrhundert erhalten könnte. Es ist ironischerweise die vor zwei Jahren eröffnete Humberbrücke, die Yorkshire und Lincolnshire verbindet, jene Brücke, die sich mittlerweile als überflüssig erwiesen hat, weil es inzwischen gut ausgebaute Straßen gibt, über die man ohne Brückenzoll und nur mit geringem Zeitverlust billiger auf die andere Seite kommen kann. Man nennt diese Brücke heute in Anlehnung an ein anderes nutzloses technologisches Wunderwerk die „Concorde-Brücke".

Aufgeschreckt durch warnende Stimmen hat die britische Regierung nun angeordnet, die hundert größten Brücken des Landes zu untersuchen. Unverhüllte Schadenfreude über diese Brückenkrise herrscht allein unter der kleinen Schar extremer Waliser Nationalisten. Sie hatten vom ersten Tag an die „Severn Bridge" als ein Teufelswerk betrachtet.



Bei ihrer Planung dachte niemand an 38-Tonnen-Lastwagen – sechs davon könnten die „Severn Bridge" heute schon in die Knie zwingen. FOTO: DPA

Schwere Unwetter setzten Spanien unter Wasser

dpa, Madrid

Sintflutartige Wolkenbrüche haben gestern in Barcelona und Umgebung schwere Schäden angerichtet. Die Überschwemmungen forderten bislang ein Menschenleben. In der katalanischen Zwei-Millionen-Stadt gingen am frühen Morgen 88 Liter Regen pro Quadratmeter nieder. In Barcelona und umliegenden Industriegebieten brachen der Straßen-, Flug- und Eisenbahnverkehr sowie die Telefon- und Stromversorgung zum Teil zusammen. Zahlreiche Straßen, darunter die Autobahn Gerona–Alicante, wurden überschwemmt.

In der Landwirtschaft sind die Schäden noch unübersehbar. Zahlreiche Gemüse- und Obstkulturen sowie Äkker und Wiesen wurden unter Wasser gesetzt. In Barcelona verursachte die Regenflut ein beispielloses Verkehrschaos und ließ in der U-Bahn und im Zentralmarkt den Strom ausfallen. Im Raum Valencia und in Andalusien, wo am Wochenende nach schweren Unwettern ebenfalls „Land unter" gemeldet worden war, normalisierte sich die Lage gestern langsam wieder. Die heftigen Regenfälle ließen aber auch die Menschen im Süden Spaniens, wo eine vierjährige Dürre zu einer katastrophalen Lage in der Landwirtschaft geführt hatte, aufatmen.

Dienst nach Vorschrift

dpa, Aachen

Wegen des „Bummel-Streiks" in den Niederlanden mußten sich Reisende in die Niederlande gestern mit Geduld wappnen. Der Verkehr rollte zwar über die Grenze, aber nur im Schneckentempo, weil die niederländischen Grenzbeamten „Dienst nach Vorschrift" machten.

Schlechte Noten

rtr, London

Schlechte Noten haben bei einer Untersuchung sämtliche europäische Fluglinien erhalten. Der Komfort werde immer schlechter, die Sitze seien eng und das Essen schlecht und phantasielos, heißt es in dem englischen Reiseführer „Egon Ronay-Guide 1984". Außerdem seien die Flüge im Vergleich zu den USA „himmelschreiend teuer".

Luther-Münze

dpa, Bonn

Die zum 500. Geburtstag von Martin Luther geprägte Gedenkmünze im Nennwert von fünf Mark ist von Donnerstag an bei allen Banken und Sparkassen zu haben. Die Auflage beträgt 8,35 Millionen Stück.

Beben in China

rtr, Hongkong

Der Osten Chinas ist nach Angaben des Observatoriums in Hongkong am Wochenende von einem schweren Erdbeben erschüttert worden. Das Beben hatte nach diesen Angaben eine Stärke von sechs auf der nach oben offenen Richterskala.

Blut statt Geld

SAD, Shelbyville

Bluten müssen Verkehrssünder in Shelbyville, wenn sie einer Geldstrafe bis 50 Dollar (etwa 130 Mark) entgehen wollen. Sie haben die Wahl einer Blutspende an das örtliche Krankenhaus. Diese Wahlmöglichkeit ist jetzt von zwei Richtern in Shelbyville eingeführt worden, die kein Verständnis dafür haben, daß „Vater Staat seine Finanzen durch Amtshilfe der Justiz aufbessert".

Lebenslang mit 15 Jahren

DW. Northampton

Ein 15 Jahre alter Junge, der ohne erkennbares Motiv ein dreijähriges Nachbarskind erstochen hatte, ist gestern in Northampton zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Nur der britische Innenminister kann entscheiden, ob der Junge wieder freigelassen wird.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Deutschen Messe- und Ausstellungs AG, Hannover, bei.

ZU GUTER LETZT

„Höhenflug des Kuckucks in Österreich" AP-Meldung aus Wien über steigende Pfändungen

Ausbrecher nach Schießerei gefaßt

dpa, Bad Wildungen

Nach einer Schießerei in einem Lokal in Bad Wildungen sind am Sonntag vier tags zuvor aus dem Gefängnis in Villingen-Schwenningen (Schwarzwald) ausgebrochene Häftlinge von der Polizei überwältigt worden.

Der mutmaßliche Anführer der Ausbrecher, der 28 Jahre alte Hardon Sahm, sowie sein 21 Jahre alter Komplize Jürgen Albert wurden lebensgefährlich verletzt. Albert wäre gestern aus der Haft entlassen worden. Die beiden anderen Ausbrecher und die Polizisten blieben unverletzt.

Zu der Schießerei war es nach Angaben der Polizei gekommen, als die uniformierten Beamten nach einem Tip aus der Bevölkerung in dem Lokal die Papiere der vier Männer kontrollieren wollten. Sahm und Albert hätten daraufhin mit ihren in der Haftanstalt entwendeten Pistolen das Feuer eröffnet. Der aus Düsseldorf stammende Sahm (28) hatte am Samstag in einem Lagerraum des Gefängnisses in Villingen-Schwenningen einen Wärter überwältigt, ihm die Schlüssel abgenommen und seine drei Mitgefangenen aus ihren Zellen befreit.

Für saubere Luft müßten Athener aufs Rad

OECD-Studie: Nur Verzicht aufs Auto würde der griechischen Hauptstadt helfen

EVANGELOS ANTONAROS, Athen

Die Athener bekamen es jetzt schriftlich: Dem lebensgefährlichen Smog, der immer wieder die griechische Hauptstadt bedroht, ist nur beizukommen, wenn sie konsequent auf ihr Auto verzichten. In einer Studie der Organisation für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) werden die vier Millionen Bewohner denn auch aufgefordert, für Fahrten in die Stadt und zum Arbeitsplatz auf das Fahrrad umzusteigen. Allein auf diesem Wege könne die Qualität der Athener Luft kurzfristig verbessert werden, heißt es in dem jetzt veröffentlichten Papier.

Die 1979 von der griechischen Regierung in Auftrag gegebene Untersuchung empfiehlt, alle bereits bestehenden Gesetze zur Bekämpfung der Luftverschmutzung rigoros anzuwenden. Sollte dieser Rat nicht befolgt werden, so die OECD-Experten, würde sich der Zustand der Luft nicht nur in Athen, sondern auch in allen übrigen Großstädten des Inselreiches weiter verschlechtern.

Die meisten Schadstoffe gehen auf das Konto der Kraftfahrzeuge. Da es in Griechenland keine Behörde wie den TÜV gibt, befinden sich zehntausende von Privatautos in einem technisch desolaten Zustand. Abgasfilter sind kaum üblich. Das schwefelreiche Benzin und ein rapider Anstieg der Zulassungszahlen in den letzten Jahren haben dazu geführt, daß 90 Prozent des Schwefelgehaltes der Athener Luft aus den Auspuffen von Kraftfahrzeugen stammt.

Ob die Mahnung der OECD bei den Athenern Resonanz findet, bleibt fraglich. Eine Zeitungs-Umfrage ergab, daß viele Bürger das Fahrrad auf den Straßen Athens, wo sich 800 000 Autos drängen, ebenfalls für lebensgefährlich halten. Aber den meisten Griechen wird es vor allem deshalb schwerfallen, ihren Wagen in der Garage zu lassen, weil das Auto mehr noch als in anderen Ländern Statussymbol ist. Die „eigenen vier Räder", die wegen des hohen Zolls und der exorbitanten Luxussteuer dreimal soviel wie in der Bundesrepublik Deutschland kosten, lassen beim Besitzer auf Wohlstand schließen.

Doch die Autofahrer sind nach Meinung der OECD nicht die einzigen Sünder. Den Politikern und Behörden wird vorgehalten, bisher „kein systematisches Netz von Maßnahmen und Plänen" zur Beämpfung der Luftverschmutzung ausgearbeitet zu haben. Der sozialistische Umweltschutzminister Antonis Tritsis versucht, die Gefahr zu verharmlosen und seinen Landsleuten Geduld einzureden. Mindestens zehn Jahre seien nötig, um die Luftverschmutzung einigermaße in den Griff zu bekommen. So wird vorerst alles bleiben wie es ist.

Wer nur ein paar Tage fern der griechischen Hauptstadt in guter Luft verbracht hat, bemerkt nach der Heimkehr den Unterschied schmerzlich. Die Augen tränen, der Mund wird trocken. An Tagen mit geringer Luftbewegung hat man den Benzingestank in der Nase und leidet unter Müdigkeit. Selbst Nichtraucher spüren dann ihre Lungen. (SAD)



LEUTE HEUTE

Neue Freiheit

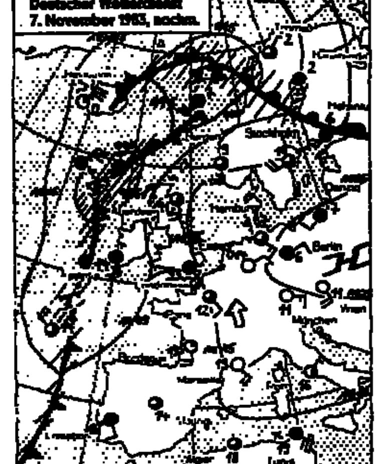
Der französische Filmschauspieler **Yves Montand**, der jüngst durch sein Abrücken von der KP Frankreichs Schlagzeilen machte, gab jetzt Journalisten seine Definition der Freiheit: „Immer die Wahrheit sagen. Stets das Kind beim Namen nennen. Keinen Kompromiß suchen, den man als Mut darstellt. Niemals ein Dogma vertreten, sondern immer offen sein."

Muschel-Schatz

Nusrat Machmud Ali, arme, kinderreiche Mutter auf der kleinen Insel Failaka im Persischen Golf, wurde über Nacht zur reichen Frau. In einer Seemuschel fand sie eine Perle groß wie eine Murmel. Experten schätzten ihren Wert auf etwa 600 000 Mark.

WETTER: Spätherbstlich, Nebelneigung

Wetterlage: An der Westflanke des wetterbestimmenden mitteleuropäischen Hochs gelangt von Süden her weiterhin milde, zu Nebelbildung neigende Luft nach Deutschland.



Vorhersage für Dienstag:

Ganz Deutschland und Raum Berlin: In Niederungen verbreitet Nebel oder Hochnebel. Dort auch nachmittags nur wenig Auflockerungen. Gebietsweise aber auch wolkenarm und sonnig, vor allem im Westen und Nordwesten. Höchsttemperaturen in Nebelgebieten um 8 Grad, sonst zwischen 13 und 17 Grad. Nächtliche Tiefstwerte zwischen 7 Grad im Norden und 4 Grad im Süden. Schwachwindig, vorherrschend aus Süd.

Weitere Aussichten:

Am Mittwoch wenig Änderung. Am Donnerstag im Norden Temperaturrückgang.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	6°	Kairo	24°
Bonn	12°	Kopenh.	10°
Dresden	10°	Las Palmas	23°
Essen	14°	London	13°
Frankfurt	6°	Madrid	14°
Hamburg	7°	Mailand	10°
List/Sylt	10°	Mallorca	22°
München	11°	Moskau	10°
Stuttgart	7°	Nizza	19°
Algier	18°	Oslo	8°
Amsterdam	11°	Paris	12°
Athen	18°	Prag	5°
Barcelona	15°	Rom	16°
Brüssel	13°	Stockholm	10°
Budapest	14°	Tel Aviv	23°
Bukarest	14°	Tunis	19°
Helsinki	6°	Wien	11°
Istanbul	13°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 7.28 Uhr, Untergang 16.43, **Mondaufgang:** 12.25 Uhr, Untergang 19.51 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Streik legte Tausende von Greyhounds an die Leine

WOLFGANG WILL, New York

14 000 Haltestellen sind verwaist, kein Greyhound-Rad rollt mehr über das 160 000 Kilometer lange Überlandstreckennetz Amerikas, 3800 der Busse mit dem Windhund stehen in den Garagen. 156 000 Passagiere täglich müssen sich andere Verkehrsmittel suchen, um ans Ziel zu kommen – vielen bleibt nichts, als sich per Anhalter durchzuschlagen. Die 12 700 Angestellten von Amerikas legendärer Busgesellschaft streiken.

Dieser Streik hat zwei außergewöhnliche Aspekte:

1. Er wurde ausgelöst, weil das Unternehmen unnachgiebig auf Gehalts- und Lohnkürzungen von wenigstens 9,5 Prozent bestand.

2. Er kann damit enden, daß alle Streikenden entlassen werden und die Greyhounds in zwei bis drei Wochen mit neuer Belegschaft auf den Straßen rollen.

Mit der Forderung an die Mitarbeiter, Verzicht zu üben, steht Greyhound nicht allein: Amerikas Automobilarbeiter oder die Belegschaften vieler Fluggesellschaften mußten in diesen „sauren Apfel" beißen, da auch ihre Unternehmen vom Konkurs bedroht waren. Die Greyhound-Bilanz ist ähnlich traurig. Die Lohnkosten und damit zusammenhängende Sozialleistungen sind auf 63 Prozent aller Kosten gestiegen. Im vergangenen Jahr verzeichnete das Bus-Unternehmen Verluste in Höhe von 16,3 Millionen Dollar. Konkurrenz-Buslinien können billiger wirtschaften, weil ihre Lohn- und Sozialleistungen zwischen 30 und 50 Prozent unter denen von Greyhound liegen. Im Durchschnitt liegt das Jahreseinkommen eines Greyhound-Busfahrers bei 27 437 Dollar, hinzu kommen 8307 Dollar an Sozialaufwendungen. Nach Angaben der Firma sollen diese Einkommensfaktoren um 9,5 Prozent verringert werden. Doch die Gewerkschaft, bisher ebensowenig zum Einlenken bereit wie das Management, beziffert den verlangten Einkommensverzicht auf 20 bis 25 Prozent.

Es scheint, als sitze das Management momentan am längeren Hebel, und es ist nicht auszuschließen, daß sich die „Fluglotsen-Affäre" wiederholt. Präsident Reagan feuerte seinerzeit alle streikenden Fluglotsen. Ersatz stand förmlich auf der Matte und war nach einigen Wochen einsatzbereit. Da es in den USA keinen dem deutschen vergleichbaren Kündigungsschutz gibt, will Greyhound nach der „Fluglotsen-Methode" vorgehen:

Das Unternehmen hat bereits damit begonnen, neue Busfahrer auszubilden. Sie müssen über entsprechende Erfahrung verfügen und diese nachweisen können, so daß sie nur noch den letzten „Greyhound-Schliff" brauchen. Die Kündigung der Streikenden soll aber erst in der kommenden Woche ausgesprochen werden – ihnen will man noch eine Chance geben, die Einkommenskürzung zu akzeptieren. Mit der Suche nach einer „Ersatz-Belegschaft" hatte Greyhound sofort nach Beginn des Streiks in der vergangenen Woche begonnen, und der Erfolg war überwältigend. Für die 12 700 Arbeitsstellen meldeten sich binnen 48 Stunden mehr als 20 000 Bewerber, Greyhound sieht auch kein Problem, 7500 neue Busfahrer zu finden, so daß der Linienverkehr spätestens in der Thanksgiving-Woche, die am 21. November beginnt und ein Feiertagsreisegeschäft verspricht, wieder aufgenommen werden kann.

*Greyhound, seit 1914 im Personen*beförderungsgewerbe und seitdem zu einem Konzern gewachsen (Restaurants, Verpackungsindustrie, Seifenherstellung, Versicherungen), ist mit seinem Omnibusunternehmen nicht allein in „die Roten" geraten, weil die Betriebskosten zu schnell stiegen. Eine entscheidende Rolle spielen auch und vor allem die vielfach so billig gewordenen Flugpreise in den USA. Die Fluggesellschaft „People Express" etwa, die vorwiegend mit von der Lufthansa gekauften Boeing 737 fliegt, kassiert für die Strecke Newark/New York–Norfolk nur 23 Dollar, während die Greyhound-Busfahrkarte 56,15 Dollar kostet. Für 23 Dollar auch fliegt „People Express" zwischen Buffalo und Newark, während Greyhound hier 41,85 Dollar berechnet. (SAD)